



In dieser DOPPELnummer:

- ★ Kampf gegen § 218
- ★ Ein wunderschöner Tag...
- ★ Zur Politik des MIR
- ★ England: „Claimant's Union“
- ★ Bauernkrieg in Wyhl
- ★ Die Situation in Portugal

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Berlin: Politische Front, c/o Politischer Buchladen, 463 Berlin, Postfach 13-48
Frankfurt: Revolutionärer Kampf c/o SG, 6 Frankfurt 1, Postfach 4302
Hamburg: WWA c/o Manifest-Buchladen, 2 Hamburg 18, Schillerstr. 79
Kassel: Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative, c/o Redaktion „Ausweiden und zermalmen“, 35 Kassel, Nierenz 26
München: Arbeiterische c/o Besse-Buchladen, 8 München, Adalbertstr. 41 b
Nürnberg/Erlangen: Gruppe Solidarität c/o Politladen, 858 Erlangen, Postfach 38-49
Saarbrücken: Gruppe Rote Fahne c/o Politischer Buchladen, 66 Saarbrücken, Dudenstr. 69
Wuppertal: Klassenkampf, Postfach 106, 4200 Wuppertal

Bibliothek des Ruhrgebiets



30227518

Postanschrift: WWA c/o SG, 6 Frankfurt 1, Postfach 4302 NR. 26 MÄRZ 1975

2,-
DM

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich - Einzelpreis 1 DM
 Druck und Verlag: Politladen Erlangen
 V.i.S.d.P.: Achim Bergmann, München, Josephsburgstr. 16
 Abopreis für 12 Nummern 12 DM - Lieferung wird aufgenommen, sobald der Be-
 trag von 12 DM auf das Konto WWA Gelsen, Kto. 4884-882 Postfach
 Nürnberg eingegangen ist.
 Bestellungen für Wiederverkäufer (mit 10% Rabatt ab 15 Exemplaren):
 SOVA, 6 Frankfurt 90, Postfach 900832

WARUM SO EIN URTEIL:

Das Urteil der Verfassungsrichter und damit die Beibehaltung des § 218 werden uns nicht daran hindern, die eigene Kontrolle über unser Leben und unseren Körper zu erkämpfen. Wir werden unsere Forderungen und Methoden weiterhin öffentlich vertreiben, wir werden uns nicht in ein Halbdunkel zurückdrängen lassen, das für viele Frauen undurchsichtig bleiben würde.

Doch selbst wenn es gelänge, uns zurück in die Illegalität zu jagen, das wenige bisher Erreichte rückgängig zu machen, so würde doch der tägliche tausendfache Schritt zur Abtreibung erfolgen - unter Lebensgefahr und psychischen Ängsten. Das wissen auch die, die sich jetzt anmaßen, mit der Verfassung in der Hand unsere Rechte zu treten. Sie wissen, daß es kein Gericht der Welt gibt, das die Frauen zwingen kann, Kinder zu bekommen, die sie nicht wollen. Sie wissen, daß sie lediglich Hunderttausende von Frauen jedes Jahr ins Unglück stürzen, ohne daß die geringste Hoffnung besteht, durch ein solches Mittel die Geburtenrate im Land spürbar zu erhöhen, die Abtreibungsziffer wirksam zu senken.

Fragen wir uns also: warum ein solches Urteil? Und fragen wir noch genauer: glauben wir, daß vor zwei oder drei Jahren es zu einer ähnlich offenen unverhohlenen Provokation den Rechten der Frauen gegenüber gekommen wäre? Möglich ist es, denn auch damals haben Männer die Politik bestimmt - und Männer sind noch immer bereit gewesen, die Ziele von Frauen unter anderen Zielen zu begraben. Wahrscheinlich aber ist es nach unserer Meinung nicht.

Weshalb nicht? Wir wissen, daß Frauen in dieser Gesellschaft immer die schwächsten sind, daß sie in allen politischen Konstellationen die schwerste Bürde zu tragen haben, nur: diese Bürde hat nicht immer dasselbe Gesicht. Es gibt politische Situationen, in denen man unserem Drängen nach Selbstbestimmung an einzelnen Punkten nachgibt - um sie insgesamt umso fester in den Griff zu bekommen.

Eine solche Periode waren die Jahre seit der Studentenrevolte: Wirtschaftsblüte ging einher mit einer immer noch wachsenden Zahl von Frauenarbeitsplätzen. Wir strömten ohnehin in die Büros und Schulen, Krankenhäuser und Fabriken. Wir arbeiteten und wir bedrohten niemand, denn alle Männer hatten Arbeitsplätze. Wir durften von der „Luft der großen weiten Welt“ schnuppern und wir bekamen zur Belohnung die Weltanschauung der fortschrittlichen Frau geliefert: sei tüchtig im Beruf, aber trotzdem eine gute Hausfrau und Mutter. Effektiv und arbeitsam, weltoffen, sexbereit und partnerschaftlich. Wobei Partnerschaft bedeutet: leiste doppelte Arbeit, Sklavenerbeit, und sei obendrein noch geistig fit, auf daß Deine Männerumwelt dich nicht zurückgelassen findet.

Das ist das Bild, das z. B. die fortschrittliche Sozialdemokratie für die Frau entwirft - ein Bild, das wir auch in den sozialistischen Ländern bis ins letzte vervollkommen sehen: Frauen arbeiten, studieren, kriegen Kinder, machen Hausarbeit - alles gleichzeitig. Sie kommen nicht einmal zu genügend Ruhe, um über den Hohn einer solchen Befreiung nachzudenken.

In einer solchen politischen Situation, wo sich die Frau im Interesse aller anderen perfekt selbst unterdrückt, erlaubt man ihr unter Umständen auch



Und mit Recht. Denn arbeitslose Frauen sind nicht arbeitslos — sie werden aufgesogen von ihrem

Aber wir wollen nicht vereinfachen: Das Urteil der ehrbaren Richter in Karlsruhe, so meinen wir, ist Ausdruck dieses Trends. Es ist dennoch kein historisch notwendiges Urteil, denn die Disziplinierung der Frauen kann auch mit anderen Mitteln laufen. So sehen wir, daß Länder wie Österreich oder Frankreich im gleichen Moment die Abtreibung legalisieren. Daß dieses Urteil heute gefällt wird, ist vielmehr auch Ausdruck einer spezifisch deutschen Konstellation: des Interesses an der Partei, die anders aus dem Sattel zu heben. Frauen als die

Autonomie der Frauen muß damit anfangen, daß Frauen die Möglichkeit haben, sich der Abhängigkeit und Ausbeutung im Familienbereich zu entziehen. Das aber wird nur möglich sein, wie die Männer jeder gegen jeden zu kämpfen und dabei doch nur ausgeglichen zu werden – oder uns in einem Winkel still zu beschiden, stumme Opfer.

Beitrag der Milbertshofener Frauengruppe auf der Veranstaltung des Frauenzentrums am 15.2. im Schwabingerbräu/München.



Wir halten es wegen unserer Geschichte als linke Frauen und wegen unserer Überzeugung vom Zusammenhalt des Kampfs gegen den Kapitalismus mit dem Kampf gegen das Patriarchat für notwendig, unsere Erfahrungen fortlaufend mit den Genossinnen zu diskutieren, die im Umfeld der Linken arbeiten, die vom Klassenkonzept ausgehen, die das solidarische Verhältnis zu Arbeiterkämpfen haben und trotzdem spüren, daß das nicht genügt, wenn man einen antikapitalistischen **Frauenstandpunkt** entwickeln will. Weil wir diese Auseinandersetzung für notwendig halten, wollen wir auch die WWA als Forum dafür betrachten. Wir müssen allerdings dazu sagen, daß wir uns gleichzeitig stürken in den Rahmen eines feministischen Diskussionszusammenhangs gestellt haben und treffen wieder, wie es über die „Frauenoffensive“ oder die Frauenzeitung die Frauenstrassen verkörpert ist – und daß sich auch unsere Hauptorientierung liegen müßte.

Nach den Tausenden von Arbeits-, Verkehrs-, und Abtreibungsopfern kränkt kein Mahr. Sie sind unser jährlicher, blutiger Tribut an dieses System. Aber dieser Lärm ist einer von ihnen.



Am 1. Mai 1931 demonstrierten die Einwohner der hessischen Arbeitergemeinde Mörfelden auch mit der Forderung: WEG MIT DEM § 218!

DIE MÜNCHNER VERANSTALTUNG ZUM § 218

Die Diskussion über die mögliche Form einer Veranstaltung ging von zwei Dingen aus:

1. Mit dem Urteil wurde die Forderung „Weg mit dem Paragraphen“ im Grunde häufig und perspektivlos. Es ging darum, nicht einen traurigen Abklatsch vergangener Kampfmethoden und – Inhalte noch einmal aufzuwärmen, sondern Perspektiven zu zeigen. Hierbei schien uns, trotz der Niederlage, die das Urteil bedeutet, eines wichtig: Gesetzesrealität und Gesetzestext sind nicht notwendig gleichzusetzen. Frauen haben die Möglichkeit, den gegenwärtigen Status-quo von Rechtsprechung auszubauen und zu erweitern, wenn sie offensiv bleiben. Ferner ist es jetzt möglich, ohne taktische Zugeständnisse in der Argumentation nicht nur die Fristenlösung herauszuheben, sondern die männliche Medizin, den Raub der Körperkontrolle viel umfassender anzugreifen, die Selbsthilfediakonie offener zu führen und ein weitverbreitete Bedürfnisse anzuknüpfen, die immer schon in der 218er Bewegung enthalten waren. Aus diesen Gründen wurde beschlossen, eine Informationsveranstaltung im Schwabingerbräu durchzuführen, die folgende Themen umfasse:

Die neue rechtliche Lage
Vergleich mit England, Frankreich, Österreich
Versuch einer politischen Einordnung des Urteils
Darstellung von Erfahrungen mit „legalen“ Abtreibungen
Versuch, die Abtreibung in den destruktiven Zusammenhang männlicher Sexualität zu stellen
Kurzer Einblick in die Perspektiven der Selbsthilfe-Vorbereitung von Seminaren
Die Referate wurden von Frauen verschiedener Gruppen erarbeitet. Gewissermaßen sportlich ergänzt wurde dieser Katalog durch die Verlesung der Namen von Ärzten, die die Abtreibung als Mittel der Ausbeutung benutzen, Frauen der Überherrschaft zwingen, mit ihnen zu schlafen, etc. Dies im Zusammenhang mit der Erstellung einer schwarzen Liste von Frauenärzten, die ungenügend beraten, schlecht behandeln, die ihren Wissensvorsprung gegen die Frauen einsetzen. Es wurden mehrere Hundert Fragebögen verteilt mit dem Ziel, die Ärzte zu ermitteln, die unter bestimmten Bedingungen akzeptabel sind und mit der Perspektive, einen öffentlichen Kampf gegen alle anderen zu führen. Frauen sind kein Schlichtvieh.

2. Die Form einer Veranstaltung im geschlossenen Raum war aus demselben Grund wichtig, weil die Bewegung in München insgesamt relativ schwach ist und wir durch eine Demonstration weder eine echte Öffentlichkeit hätten herstellen können, die noch, 14 Tage vor der Urteilsverkündung, viele Frauen mobilisierte hätte. Viele aber, für die Demonstrationen keine geeignete Ausdrucksform sind, oder die die Schwärze voll haben von mindestens mit 200 Leuten, kommen gern zu einer Veranstaltung, auf der sie inhaltlich sich auseinandersetzen können. Das traf auch zu: Des Schwabingerbräu war voll, die Zeitungen sprachen von 2.000 Frauen, obwohl soviel gar nicht hineingehen. (Letzteres ist übrigens ein Indiz dafür, daß zum Thema 218 im Moment noch eine echte Öffentlichkeitswirksamkeit möglich ist, die der Bewegung trotz aller Verkürzungen in die Hände arbeitet. Wie lange noch, ist fraglich.)

Warum eine reine Frauenveranstaltung?
Dies war zunächst der umstrittenste Entschluß. Wir meinen: es ging darum, anhand der Provokation des Urteils gerade eine Perspektive von Frauenmacht zu entwickeln. Frauenmacht heißt, daß Frauen sich als diejenigen erfahren, die in der Lage sind, ihre Inhalte selbst zu artikulieren und offen zu vertreten, ihre eigenen Machtspielräume zu erkämpfen. Die Praxis wird nur erfolgreich sein können, wenn sich tatsächlich solche breite Frauenaktivität bildet, wenn Beratung und Aufklärung, Selbsthilfe und Körperkontrolle von Frauen massenhaft als Perspektive aufgegriffen werden. In diesem Zusammenhang, aber auch im Zusammenhang eines neuen Selbstbewußtseins von Frauen, ist eine Massenveranstaltung von ausschließlich Frauen ein wichtiger Schritt.

Es ging nicht darum, Männer von der Unterstützung des Kampfes auszuschließen, sondern die Kraft derjenigen zu stärken, die ihn hauptsächlich und mit anderen Inhalten als die Männer führen müssen.

Film über eine ABTREIBUNG

Als Beitrag zum „Jahr der Frau 1975“ und zu Diskussionen zur Problematik des straffreien Schwangerschaftsabbruchs hat die Film-Cooperative Zürich den Film „Histoires d'a“ in ihren Verleih aufgenommen. Im Hinblick auf die kommenden parlamentarischen Debatten und die Abstimmung der Initiative für straffreien Schwangerschaftsabbruch, erscheint uns dieser Film als nützliches Interventionsinstrument in Meetings und Kampagnen.

„Histoires d'a“ (Geschichten von a) kämpft in erster Linie für den straffreien Schwangerschaftsabbruch und vermittelt die verschiedenen Momente des Kampfes und der daraus entstandenen Bewegung. Zu Beginn zeigt der Film eine Abtreibung nach der Abortmethode. Vor dem Eingriff bespricht der Arzt mit der schwangeren Frau in Gegenwart ihres Mannes den ganzen Vorgang. Der Eingriff beginnt nicht eher, als bis das Hindernis der Angst beseitigt ist.

Der Film ist 16 mm, schwarz/weiß, 85 Minuten lang, französisch mit deutschen Untertiteln. Verleiht bei Film Cooperative Zürich, Postfach 328, 8039 Zürich, Tel.: 01/25 44 22.

Die oben beschriebene Abtreibungsmethode wird von Ärzten und ausgebildeten Leuten des „groupe information santé“ (gis) in Paris, Lyon und Grenoble in inoffiziellen Zentren gratis durchgeführt.

Aus: focus, Postfach 161, 8033 Zürich, Tel.: 01 28 77 00.



Nach der Frankfurter 218-Demo, die durchaus friedlich verlief, sind eine ganze Menge Bullen dorthin verunsichert gewesen, dass sie einfach ausgeflippt sind und mit ihren gefährlichen Sprühdosen wütend herumgespritzt haben.

Interessant ist, daß nicht nur die meisten Frauen die Frauencharaktere als positiv erleben, sondern auch, daß fast nur linke Frauen den Ausschuß der Männer zum Problem machen. Eben weil z.B. die Männer der diversen Parteinärsätze auf der „Einheit“ des Kampfs so insistieren, daß sie an den Türen lauern und darauf achten, ob ihre Frauen auch gehend gegen die kleinfürigen Inhalte der Frauenzentren agitierten.

Hier muß übrigens gesagt werden: Der Ausschuß von Männern verhinderte nicht das Aufkommen einer Diskussion über die abstrakte Einheit des Proletariats. Die Frauen der sozialistischen Gruppen brachten diese Inhalte selbst und in sehr plumper Weise vor.

Über das Moment der „Macht“ hinaus war der Frauencharakter der Veranstaltung wichtig für bestimmte Diskussionen, vor allem über die Selbsthilfe. Das ohnehin gebrochene Verhältnis der meisten Frauen zu ihrem eigenen Körper konnte so wenigstens nicht noch einmal durch die Gegenwart meist kontrollierender Freunde und Männer gestört werden – und an den zahlreichen Meldungen zu Selbsthilfeminaren ließ sich erkennen, was für ein existenzielles Problem gerade hier begraben liegt.

Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg für die Münchner Frauen – und über die große Presseresonanz auch ein wichtiger Vorbereitungsschritt für die Demo am Tag der Urteilsverkündung. Bei dieser Demo, die hauptsächlich vom Frauenforum (Frauenpartei) organisiert worden war, erschienen laut Presse 5.000 Personen, wieder überwiegend Frauen. Für München ohnehin sehr viel, was diese Zahl aber auch relativ gesehen sehr groß.

Wir meinen, daß die inhaltlichen Perspektiven, die in der Veranstaltung entwickelt wurden, für uns entscheidende Perspektiven aufgezeigt haben und vor allem zu einem beitragen: daß der Kampf um den Paragraphen, jetzt, wo er vorbei ist, nicht „umsonst“ gewesen ist, sondern in neue, offensive Perspektiven mündet.



Frauen aus dem römischen Stadtteil CASALBRUCIATO demonstrieren für freie, kostenlose Abtreibung und fordern gleichzeitig mehr Kindergärten, bessere Schutzbedingungen, Hausaufgabenbetreuung und Essensausgabe für ihre Kinder

Rede einer italienischen Genossin auf der Demo in Frankfurt:

In Italien ist die Polizei am 9. Januar in Florenz in ein gynäkologisches Zentrum CISA (Informationszentrum für Sterilisation und Abtreibung) eine Initiative der Radikalen Partei, wo die Abtreibungen fast kostenlos waren, eingedrungen. Die Polizei hat den verantwortlichen Arzt der Klinik und 50 Frauen festgenommen. Der Überfall der Polizei war bestialisch: Die Polizisten sind in den Operationssaal eingedrungen, haben bei einigen Eingriffen zugehört, haben Frauen die noch unter der Einwirkung der Narkose waren in die Kassen transportiert und Frauen die gerade aus der Narkose erwacht waren, einer ärztlichen Untersuchung unterzogen um die Abtreibungspraktiken festzustellen.

Die Frauen haben auf diese Provokation sofort geantwortet: Am nächsten Tag demonstrierten in Florenz 8.000 Frauen unter der Parole: Fuori le donne che hanno abortito dentro Fanfani e il suo partito (Freiheit für die Frauen die abgetrieben haben, in den Knecht mit Fanfani und seiner Partei) – Fanfani ist der Chef der Christlich Demokratischen Partei Italiens. In den nächsten Tagen zogen in allen größeren Städten Italiens so in Rom, Turin, Mailand tausende von Frauen auf die Straßen. Die Protesten waren alle gegen die DC und gegen die Kapitalisten gerichtet: anti – concessioni per non abortire, aborto libero per non morire – Pille um nicht abzutreiben, freie Abtreibung um nicht zu sterben. Aborto gratuito e liberalizzato, una nuova lotta del proletariato – für freie und kostenlose Abtreibung, ein neuer Kampf des Proletariats. In Neapel und anderen Städten haben proletarische Versammlungen stattgefunden. Die gefangenen Frauen vom Frauengefangnis Rebibbia haben sich mit den festgenommenen Frauen und mit deren Kampf solidarisiert. Die tausenden von Frauen die demonstrieren haben gezeigt, daß sie selbst und nur sie, über sich selbst entscheiden wollen, daß sie Subjekte und nicht Objekte in dieser Gesellschaft sein wollen: sie haben gezeigt, daß der Hauptfeind diejenigen sind, die seit dreißig Jahren an der Macht sind und über die Bedürfnisse und Probleme der Frauen hinweg die Macht ausgeübt haben, allen voran die DC.

Die große Mobilisierung war unmittelbar erfolgreich: kein CISA ist geschlossen worden!

Aber die Repression begnügte sich nicht mit der Räumung der Klinik: der Sekretär der Radikalen Partei Spadaccia ist festgenommen worden, nur weil er sich politisch für die Initiative verantwortlich erklärt hatte. Am 24. Januar wurde Adele Paccio, die Gründerin der CISA während des 1. nationalen Kongresses für die Abtreibung festgenommen. Die Ex-Presso, eine liberale Wochenzeitung, der mit einer schwangeren gekrüppelten Frau auf dem Titelbild erschienen war, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Die DC hat nicht zu stillig diesen Moment für diese Repressionswelle gewählt. Im Parlament soll in den nächsten Wochen über einen Gesetzesvorschlag zur Regelung der Abtreibung der von den Sozialisten eingebracht wurde, diskutiert werden. Die Liberal-

sierung der Abtreibung in Frankreich hat in Italien ein sehr positives Echo ausgelöst: Die DC, deren klerikale Moral mit der sie in der Vergangenheit immer versucht hat einen großen Teil der Frauen an sich zu binden, (immer weniger Gläubige findet, versucht jetzt kurz vor den Regionalwahlen mit einer Ordnungskampagne ohne gleichen das Proletariat zu disziplinieren).

Diese Kampagne wird im Namen eines Gesetzes geführt das die Aufrechterhaltung der Sittlichkeit zur Grundlage hat, eines der realistischen und schmutzigsten Gesetze die noch auf die faschistische Gesetzgebung zurückgeht die ja in Italien noch herrscht.

3 Millionen Frauen sollen jährlich diesem Gesetz ihre Gesundheit, oft ihr Leben, während eine kleine Gruppe von Parastraten, die sehr oft an die christdemokratischen Klientelen gebunden sind, sich den klandestinen Abtreibungsmarkt für bürgerliche Frauen aufhalten und gute Geschäfte dabei machen. Während gleichzeitig Millionen von Frauen gezwungen werden in den schlechtesten Bedingungen abzutreiben.

Aber diese Kampagne fällt der DC wie ein Stein wieder auf den Fuß, so wie ihr am 12. Mai das Referendum über das Ehescheidungsgesetz auf den Fuß gefallen ist, wo gerade wir Frauen, die wir von der DC immer als zahmes Wahlvolk behandelt wurden, eine entscheidende Rolle für den Sieg gespielt haben, wie wir Frauen eine entscheidende Rolle in den Kämpfen in den Betrieben gegen die Krise, gegen die Betriebsverlegungen, gegen die Kurzarbeit und die Leiharbeitergruppen und im Häuserkampf einnehmen.

Die Tausende von Frauen die in diesen Tagen in Italien demonstrieren haben gezeigt, daß die Abtreibung, noch viel direkter als die Ehescheidung, gebunden ist an die Existenzbedingungen von Millionen von Frauen, an ihren täglichen Kampf gegen die Krise, um den Arbeitsplatz und gegen die Preistraberei, gebunden an den Mangel an Kindergärten und Schulen, und an die sozialen Beziehungen die uns in dieser unmenschlichen Gesellschaft aufgezogen werden.

In Trento wird heute eine Demonstration stattfinden gegen den Prozeß gegen 283 Frauen die abgetrieben haben. Gegen die italienische und gegen die deutsch-christdemokratischen Partei, gegen die Kapitalisten die uns vor allem jetzt in Krisenzeiten disziplinieren wollen, sagen wir NEIN zum Paragraphen 218. In Deutschland wie in Italien liegt die Antwort auf die christdemokratische Provokation in den Händen der Arbeiterinnen, der Studentinnen der Angestellten für die Abschaffung des feischistischen Abtreibungs-Paragraphen für eine freie, kostenlose Abtreibung auf Krankenschein.

Genossinnen von Lotta Continua

P.S.: Inzwischen sind Spadaccia und auch Adele Paccio wieder freigelassen worden



Englische Frauenruppendemonstrieren vor der deutschen Botschaft in London aus Solidarität mit den von der Beibehaltung des Abtreibungsverbots betroffenen deutschen Frauen

tenzerweiterung der Bullen etc.)
davon, wie die Masse der Bevölkerung und insbeson-
dere der Arbeiter darauf reagiert.

Aber weil wir wissen, daß isolierte bewaffnete Aktionen diesen Staat nicht stürzen können, je nicht einmal ernsthaft gefährden, wissen wir auch, daß die Existenz solcher Gruppen, ihre Aktionen nicht wirklich der Grund für die Verschärfung der Repression sind.

„Insofern ist es großer Quatsch, der Sadeguerills die Schuld daran zu geben, « es ist immer noch der Staat, der seine gegen das Volk gerichtete Macht ausbeut, nicht der 2-Juni!

Es ist ja auch so, daß solche Aktionen vom Staat als Vorwand benutzt werden, um zu einem Zeitpunkt auftrüben zu können, in dem der proletarische Klassenkampf noch so schwach ist, daß es gegen diese Auftrüben keinen starken Widerstand gibt. So brauchte er nicht nach, und klar erkennbar, aufgrund der wilden Streiks und Fabrikbesetzungen von 73 und als Konsequenz der Bulleninszenierung gegen die Arbeiter von John Deere und Ford aufzurüsten, wodurch er klar hätte zeigen müssen, gegen wen sich seine Macht richtet und wessen Interessen er verteidigt. Insofern erschienen solche Aktionen tatsächlich die Badininnen der Massenkampf!

Eine weitere negative Konsequenz besteht darin, daß die Aktion zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, als sich gerade eine Bewegung gegen die Diktatur des Bundesverfassungsgerichts und sein Terrorurteil herauszubilden begann. So schwach die Bewegung auch war und höchstwahrscheinlich nicht zur belligigen Aushaltung des Abtreibungsverbot geführt hätte, ist es doch sehr schlimm, daß durch die Aktion des 2.Juni auch die Ansicht dazu einzeln gedrückt wurden; sie auf Messenbare jetzt wieder aufzunehmen, ist sicher wesentlich gefährlicher.

Direkt betroffen allerdings sind wir von den Folgen und Konsequenzen dieser Aktion; und zwar auf verschiedenen Ebenen:

- von den unmittelbar nach Beendigung der Aktion einsetzenden Bußeneinsätzen
- von der langfristigen Verschärfung der Repression (entsprechende Gesetze, Aufrüstung und Kompe-

Festgenommene organisieren Gegenwehr

In einem weiteren Bericht aus Berlin heißt es: „Noch am Mittwoch mußten alle bei der Polizeifestnahme festgenommenen freigelassen werden. Die Festnahmen waren also „zur Überprüfung der sozialen“ erfolgt, d.h. um EDV-Unterlagen herzustellen und nach Wiesbaden an BKA zu geben. Diese Maßnahmen sind ebenso oft notwendig wie insgesamt eine Hausdurchsuchung, die nach 4-tägiger „gründlicher Vorbereitung“ (Polizeipraxis) dem Hühner sichtlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl wegen „Gefahr im Verzuge“ erfolgte. Am 6. März waren zum Teil bei den bereits durchsuchten, zum Teil bei neuen Leuten nochmals Krippeleute, um erneut zu befragen. Teilweise wußten von den gestrigen Durchsuchungen nichts. Das davor, daß die etwa 300 aus der BRD eingeflogenen Krippebluten hier echt nicht durchdrücken und auf die Bullenbürokratie offenbar durchdreht. Bullen kommen wohl auch wegen der Unzahl Denunziationen („Hinweisler“) aus der Bevölkerung (über 3.000 bis jetzt) nicht mehr mit, die die ganzen Dreck nachprüfen müssen. So heißen die

Bleibt die Frage nach der Reaktion der Bevölkerung und ihrer Bedeutung für die Bedingungen der politischen Intervention der Linken. Wenn es wohl auch so ist, daß die Reaktion überwiegend positiv war, daß man sich mehr am Schicksal

Die Entführung von Lorenz jedoch hat eben nur zur Befreiung der 7 Gefangenen und zur Selbstdarstellung Mehlers (*KPD) geführt, dazu, daß 'unser demokratischer Rechtsstaat' zwar nicht als allmächtig gezeigt wurde, aber auch dazu, daß er die zum Anlaß nehmen wird, sich noch mächtiger zu machen, ohne daß sich z.Z. dagegen eine starke Widerstandsbewegung bildet. Dies ist die wesentlich langfristige Konsequenz dieser Aktion.... und sie ist so positiv nicht!

Es bleibt ein Rest von Ambivalenz gegenüber dieser Aktion, weil wir uns über die Befreiung der 7 Gefangenen natürlich freuen....

Nach am 5. März nachmittags gabs die ersten Treffen zur Organisation der Gegenwehr: Zusammenstellen der Listen der festgenommenen, die bereits im Knast begannen worden waren; Ausarbeitung von Fragebögen und Muster-Beschwerden; Widersprüche etc.; Vorbereitung der Schadenersatzklagen wegen der Beschädigungen. Es widersprachen alle Betroffenen zusammenzustimmen und gemeinsam einhellig gegen Durchsuchungen und Festnahmen und ED-Behandlungen etc. vorzugehen. Erntet war ein Flugblatt mit Hinweisen und Verhaltensregeln verteilt. Eine gründliche Dokumentation der Bullenaktion (mit Fotos und Polizeifunkmitschnitten etc.) wird angestrebt. Die soll dazu zu verheilen, nicht nur die Bullenschweinereien zu denunzieren, sondern vor allem ein detailliertes Bild zu zeichnen, um daraus zu lernen.

lernen und sich besser darauf vorbereiten zu können. Außerdem braucht man genaue Protokolle etc. für die juristische Aufarbeitung mit Beschwerden und Klagen. Die Betroffenen Jugendgruppen (Rauch-, Weisbeckerhaus, SJSZ) klieben seit Donnerstagabend in den entsprechenden Stadtteilen Plakate mit Fotos und Schilderungen. Für Anfang nächster Woche ist ein teich geplant, auf dem auch eine gemeinsame Einschätzung des Bullenvergehens versucht werden soll. Die KPD ist leider schon aus der gemeinsamen Front ausgesucht und macht am 7. März ihr eigenes teich in die Stimmung in der Bevölkerung „droht“ gegen die Bullen umzuschlagen, da deren offensichtliche Erfolgslosigkeit bei allen den terroristischen Kontroll- und Verfolgungsmaßnahmen selbst Springer bald nicht mehr hinwegjagen könnten. Wir sind jedenfalls alle immer noch nicht runter!“

„Polizei verwüstete unser Jugendwohnkollektiv
Thomas Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9
5. März 2 Uhr 10

Erste 3 Hundertschaften Bereitschaftspolizei, 2 Wasserwerfer, Hundespezialisten und Spezialeinheiten standen vor unserem Haus. Mit entschulten Maschinen pistolen und Handfeuerwaffen, besetzte die Polizei die vier Etagen unseres Hauses. Nach einer Minute wurden wieder einmal nicht unsere Schlüssel benutzt, sondern Türen mit Brechzangen und Äxten aufgebrochen. Im Foyer wurden ohne sichtlichen Grund Geiseln aus der erwählte Jugendzentrum wurde total verwüstet. Das Mobiliar wurde durcheinander geworfen, zum Teil kaputtgeschlagen und volle Müllsäcke darüber gestreut. In der ersten Etage wurden drei Jugendliche Hausbewohner aus dem Schlaf gerissen und aus dem Hochbett geworfen. In dem zweiten Stock nahmen Jugendliche angeblich eine drohende Haltung an. Diese bestand darin, sie schliefen und die dreimalige Aufforderung die Zimmer zu verlassen nicht hörten. Das reicht, um zehn Trainingspersonen in ein Schlafzimmer zu werfen und einen herauszufordernden Jugendlichen mit der Pistole niederzuschlagen. Während Polizisten mit entschulten Maschinenpistolen aus Gruppenweise in Räumen zusammengepöckelten, durchwühlten andere Trupps die Zimmer, zerhackten Mobiliar, kippten Fernseher um und zerlegten Fensterscheiben.

Als um 5 Uhr des Wäters zu Ende war, notierten wir 25 zerschlagene Fensterscheiben, demolierte Tür- und Fensterrahmen, 3 zertratene Plattenspieler, 2 demolierte Waschmaschinen, ein Fernseher, ein

Radio, ein Kassettenspieler, 2 Spiegel, eine Autobatterie wurden mitsamt Zerschlagung und 20 Jugendliche wurden festgenommen. Gegen jenen Gesetz wurde ab 30 Aktenordner, eine elektrische Schreibmaschine und private Post beschlagnahmt, ohne uns eine Liste der mitgenommenen Gegenstände auszuhandeln. Wer sich auf seine gesetzlich garantierten Rechte berufen wollte, wurde mit einer Maschinenpistole an die Wand gedrängt. Wer erinnert sich nicht an die Methoden der Gestapo in der Nazizeit. Die ganze Sinnlosigkeit des Polizeinsatzes wird deutlich, wenn man bedenkt, daß unser Haus seit der Entführung von der Polizei bewacht wurde. Ihr müßte also klar sein, daß wir in keinem Zusammenhang mit der Entführung stehen konnten. Warum dann dieser Polizeibesuch?

Seit mehreren Jahren versucht die Polizei erfolglos, im Untergrund arbeitende Stadtquartillgruppen zu zerschlagen. Ein erneutes Beispiel ihrer Ohnmacht war die Entführung von Peter Lorenz. Zwei Stunden nach der Entlassung von Lorenz, versuchte die Polizei durch massive Terrorereignisse gegen Jugendzentren, Wohnkollektive und fortgeschrittene Arbeiter den Eindruck zu erwecken, sie sei Hart der Lage. Es wurde jedoch weder bei uns noch irgendwo sonst belastendes Material gefunden. Der Polizeinsatz war für viele von uns ein Schock, aber solche Aktionen werden uns nicht daran hindern, unser Jugendzentrum weiter aufzubauen, jugendlichen Treibgängern ein Zuhause zu bieten und jugendlichen Arbeitern, Lehrlingen und Schülern ein kollektives Zusammenleben zu ermöglichen. Kommen sie einfach mal ins Haus und reden sie mit uns.

Wir machen weiter!
Das Thomas Weinbacher-Haus – Kollektiv

Der Opler spielt den starken Mann
wenn er den Lorenz schützen kann
(Mann oh' Mann !!)

Wir wollten eigentlich zur Lorenz-Entführung nichts sagen, weil wir sie für eine politisch falsche Tat hatten, die lediglich zum Ziel hatte, Fremde aus dem Kreis zu holen. Dabei wird vergessen, daß damit bald wieder neue Leute einsitzen werden. Da die Gruppe keine Basis in der Bevölkerung hat, betreibt sie individuelle Rachepolitik, mit der sie kurzfristig grausam den kürzesten ziehen wird.

Ach ich aber die Reaktionen der Kollegen auf die Einführung mitbekam, z.B. -alle an die Wand-, MG-Gerbe in die Kommunen-, alle Linke ausrotten-, Strauß muß ran-, Hilder hat-, usw. wurde mir übel. Mir wurde klar, daß die Dummheit solcher Heiden der Arbeit, Opel-Bauerchen, der Opel-Ordnern keine Grenzen kennt.

Ich verstehe nicht, wie Leute, die, wenn sie einen grünen Kitzel sehen, anfangen zu lachen, ganz klein werden, ihr Maul halten und sich wie Schulbuben herunterputzen lassen, wie dieselben Leute unheimlich starke Sprüche machen können, wenn es darum geht, daß es noch Leute gibt, die den Mut haben, sich individuell zu wehren.

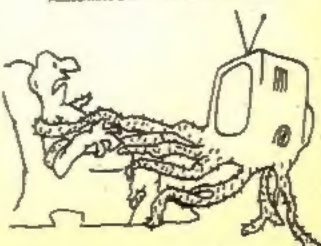
Über die Veranachung mit den 6,8% Lohnsteuerschluß regt sich keiner so auf. Oder daß die Heiden der Arbeit bei ihren Abzahlungen, ihren Hypotheken zahlend nur für die Banken schaffen oder daß Typen wie die Flicks Millardengewinne von Millionen Steuerengel kommen. Oder, daß das Parlament be-

schließt, der § 218 wird endlich reformiert, und eine schwarze Richterminderheit sich einfach über diesen "Volkswillen" hinwegsetzt. Nein, das ist in allen normal in unserem Rechtsstaat, da regt sich niemand darüber auf. Bestenfalls fällt den Bauernchen der Spruch ein: "Wir sind immer die letzten, die Dummen und die Geschissenen. Da kann man nun mal nichts machen."

Aber wenn mal so ein Karl von denen da oben an die Löffel gepeckt wird, tun die Bäuer-
lein so, als seien das ihre Ohren.

Das, meine Ich, ist schafsköpfige Dummheit. Die Helden der Arbeit bei Opel wird keiner erfüllen.

Ausschnitt aus der RK-Betriebszeitung



Wir wollen

Alles!



- A was wollt ihr?
- B wir wollen alles!
- A was, alles wollt ihr?
- B ja, einfach alles!
- A was ist denn schon alles?
- B ja, ist das denn nichts?
- A doch, das ist schon was
- B und ob, das ist ganz schön viel
- A ja, das ist eigentlich doch nicht so wenig
- B dann machen wir uns mal ran
- A genau, auch alles muß erstmal angefangen werden
- B und dann, wenn wir alles haben?
- A meinst du, wir schaffen das?
- B na klar, was alles will, das kann auch alles
- A das ist ja stark, wenn wir mal alles haben
- B und dann haben wir alles und stehen da
- A nass, denn machen wir weiter
- B also alles und noch viel mehr
- A dann können wir immer weiter machen, da bin ich auch dabei
- B na los, wir alle zusammen!

21.11.1974

Patrick Bruns

Noch mal Berlin!

Soll das Thomas-Weißbecker-Haus jetzt endgültig zerstört werden?

Berlin (ID)
6. März

Am 27.2. ist auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg der unabänderliche Beschluß gefaßt, das Haus Wilhelmstr. 9 (Thomas Weißbecker-Haus) der Arbeitsunfähigkeit zu überlassen, obwohl keine echte Notwendigkeit dafür vorhanden ist (siehe ID Nr. 52). Obwohl der Senat vertraglich verpflichtet ist, eine ein anderes Haus zu stellen, hat er noch nichts in dieser Richtung unternommen.

Im Rahmen der Großfahndung nach der Entlassung von Peter Lorenz wurde unser Haus, das bereits mehrfach durchsucht worden ist, mit einer so beispiellosen Brutalität und Gewalt durchsucht, daß es zum Teil unbewohnbar geworden ist (siehe Flugblatt). Es wurden sofort Flugblätter gemacht und verteilt, um die Bevölkerung über die tatsächlichen Geschehnisse zu informieren. Darnach scheint die Polizei für Berlin zu weit gegangen zu sein, denn sogar die „liberale Öffentlichkeit“ hat inzwischen dagegen protestiert. Das wird es uns möglicherweise erleichtern, um unser Haus zu kämpfen.

Tommy Weißbecker-Haus

Ohnmächtig wütende Bullen hinterlassen — wie üblich — Trümmerhaufen

Berlin (ID)
6. März

Die größte Fahndung in Berlin nach Kriegsende heißt im Volksmund mittlerweile „Aktion Wasser-schlag“. Polizeiliche Gewalttäter überrollen in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch zahlreiche Wohnungen und verurteilen alles, was ihnen in den Weg kam. Als Vorwand dazu diente der Befehl, nach Mitgliedern der Bewegung des „2. Juni“ zu suchen, die sie nicht fanden. Zu den Verurteilungen durch die Polizei war seitens der Polizeipressestelle keine Stellungnahme zu bekommen.

Das Thomas-Weißbecker-Haus in der Kreuzberger Wilhelmstraße 9 wurde praktisch unbewohnbar gemacht (siehe nachfolgender Bericht). Das Georg von Rauch-Haus am Mariannenplatz auf dem Bethaniengrund wurde ebenfalls von randalierenden Bullen überrollt. In einem frisch getrichenen Raum schrieben sie Parolen wie „KPD-Schweine“ an die Wand. Im Schöneberger Jugend- und Schülerzentrum in der Beitzler Straße rissen die rasenden Bullen Fußböden auf und traten nicht verschlossene Türen zu Bruch. Sie wüteten auch im sozialistischen Zentrum in der Stephanstraße. Die einmal logierten Bullen erinnern sich ihrer Spezialausbildung und machten ganze Arbeit, rissen Telefonkabel aus der Wand, leerten Mülltüten und Fäkaltröpsel auf dem Boden aus, zerbrachen Spiegel, verbogen Arme von Plattenspieler und zertrümmerten Lampen.

Nachfolgend ein Bericht vom Weißbecker-Haus, ein zweiter Bericht aus Berlin zu den Verhaftungen, der Bericht eines Rundfunkjournalisten stellvertretend für ähnliche bürgerliche Presseberichte in einigen anderen Zeitungen, zum Schluß Hinweis, wie man sich bei Hausdurchsuchungen verhalten soll („du kannst der nächste sein!“).

Wenn einer aus dem Knecht kommt...

Solidarität mit den politischen Gefangenen! Freiheit für alle Gefangenen!

Einige Genossen haben diese Parolen ständig im Mund. Was sie aber wirklich drauf haben, erfährt man dann, wenn man aus dem Knecht kommt. Wie sie sich zu einem gegenüber verhalten...

... verdammt, da kann man Rolf Maurer fast verstehen.

„Ja, wenn man dann gar noch abgehauen ist... so als einer... andere erpresst... nur Bomben und Knete im Kopf...“

Na da paßt man halt den Genossen überhaupt nicht in den Kram, stört sie in ihrem Freiraum, stellt sie ihre im Freiraum entwickelte Perspektive in Frage. Geradezu erschreckend ist die Hilflosigkeit, die man bei Genossen auslöst. Dann kommt die Frage: Wieviel habe denn noch offen? 13/4 Jahre. Die diesen Naja... Scheiße...

Aber wenn Du's abmachst, dann bist frei, denn kannst du auch wieder politisch arbeiten. Unter Freiheit verstehe ich was anderes. In diesem System habe ich nur soviel Freiheit, wie ich mir nehme!

Nun noch zu der Hilflosigkeit, die ich bei Genossen auslöse, wenn ich sie mit meiner Situation konfrontiere. Übrigens mit der Hauptgrund, warum ich meinen Frust zu Papier bringe.

Morgen könnt ihr bereits in der gleichen Situation sein!

Das klingt euch wohl wieder blödsinnig moralisch und nach Erpressung.

Und wenn schon. Ist mir schal! Ich frage mich nur: was wollt ihr morgen in so'n Situation tun, wenn ihr euch heute nicht mit den Problemen vertraut macht, euch nicht mit denen auseinandersetzt, die bereits in dieser Situation sind?

In diesem Zusammenhang zur Aktion „Winterreise“ — Verrat — Rolf Maurer:

Maurer hat z.B. früher manchmal gesagt: „Euch bring' ich noch in den Knecht!“

Kann ich verstehen. Und ich habe auch schon manchem gewünscht:

„Ihr solltet euch aber mal fragen, ob ihr Typen wie Rolf Maurer nicht selbst produziert?“

Nun haben einige Genossen ja aus diesem Fall Konsequenzen gezogen. Wie sehen diese aber aus? Man schirmt sich noch mehr ab, militärte Genossen, die aus dem Knecht kommen, sieht in ihnen potentielle Verräter, macht sich über ihre Bedürfnisse lustig (hab' ich selbst erlebt!), läßt sich mal zu ihnen herab: distanziert, belehrend, den Standpunkt eines Sozialarbeiters einnehmend. So in die Isolation getrie-

EINE TODKRANKE GENOSSIN IM KNECHT

* Für die Frankfurter Soziologin Brigitte Heinrich bei der Anarchistenaktion „Winterreise“ vor über drei Monaten festgenommen und seitdem in Mainz in Untersuchungshaft, haben die Rechtsanwälte Dr. Heidmann und Krutzki Haftverschonung beantragt. „Der existenzielle Ruin“, schreiben ihre Anwältin in einer Presseerklärung, „steht bei Frau Brigitte Heinrich unmittelbar bevor: unter den Bedingungen der Isolierung stellen sich alle Symptome eines Rückfalls einer seit acht Jahren für geheilt betrachteten Lymphdrüsenkrankung wieder ein... Nach der Untersuchung durch einen Mainzer Internisten, der die Symptome feststellte, hat sich die Krankheit mit großer Geschwindigkeit weiterentwickelt.“ Neue Untersuchungen seien trotz Verlangens bisher nichts vorgenommen worden.

Für den Fall, daß die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden sollte, müsse „davon ausgegangen werden, daß der Tod von Brigitte Heinrich durch die Bundesanwaltschaft, den Bundesgerichtshof und das Bundeskriminalamt bewußt in Kauf genommen wird.“ Dies besonders, da die Dozentin an der Frankfurter Universität „unter fadenscheinigen Beschuldigungen“ festgehalten und ihr „ein krimineller Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie Anarchisten kannte und mit ihnen diskutierte.“

(FR)

Nach einer ganzen Flut von Presseerklärungen, die seit der abgewiesenen Freilassung Brigitte Heinrichs an die bürgerlichen Zeitungen gingen, ist der obige Artikel der erste, der tatsächlich abgedruckt wurde. Nicht ohne Grund. Die Rundschau z.B. reagiert erst dann auf politische Unterdrückung, wenn sie auch medizinisch einwandfrei diagnostiziert werden kann, d.h. die jeweilige Genossin kurz vorm Verraten ist. Daß wir keine Amnesty International sind, die ihren „Gefangenen des Monats“ auf der letzten Seite vorstellen kann, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Sollte...

Bei B.Heinrich haben wir uns bisher allerdings so verhalten, daß es nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, bis wir eine zweite Katharina Hammerschmidt haben: eine weitere Genossin, die durch Knechtbedingungen und unsere Unfähigkeit oder gar Ignoranz viktimisiert und kaputt ge-

macht werden konnte.

Wir sind Zyniker, wenn wir uns jehrelang auf Teach-Ins, in Artikeln und Diskussionen die Beiträge unserer Imperialismus-Spezialisten B. Heinrich anhören, in dem Augenblick aber uns einen Druck um sie scheren, wenn sie als letztes Überbleibsel der Aktion „Winterreise“ inhaftiert bleibt.

Und wir sind Schwachköpfe, wenn wir solche Trauerspiele zulassen, wie sich am letzten Freitag eine in Mainz abspielen konnte.

Dort inszenierte nämlich die KPD anhand einer Knecht-Kundgebung ein Wahlkampfritual für die Rheinland-pfälzische Landtagswahl. Da sich bisher außer ihren Seminarstudenten und der Roten Hilfe e.V. praktisch niemand um B.Heinrich gekümmert hat, mußten weniger als ein Dutzend Frankfurter Genossen betripelt mitgehen, wie die KPD aus der Einkerkung B.Heinrichs linientreue Propaganda-futter machte.

Daß es absurd ist, sich davon irgendeine Veränderung der Situation im Knecht zu erhoffen, dürfte auf der Hand liegen. Der nächste Haftprüfungs termin ist am 28.April, also erst in EINEINHALB Monaten bis dahin kann B.Heinrich tot sein.

Deshalb müssen wir so schnell als möglich entscheiden, welche Aktionsmöglichkeiten wir haben, um die Haftverschonung oder wenigstens intensive medizinische Behandlung durch massiven Druck zu erreichen.

Und das kann nur durchgesetzt werden, wenn auf jeden Fall auch unter uns eine größere Öffentlichkeit hergestellt wird — über öffentliche Veranstaltungen, Teach-Ins usw. Man kann als erste Aktionsform unabhängige Gutachten von Medizinern einholen, die die wirklich gefährdete Situation von Brigitte Heinrich darlegen. Der Dankschön von ihr, Kantzenbach, sollte auch zu einer Stellungnahme zu den Haftbedingungen aufgerufen werden. Aber das wichtigste: die Solidaritätskündgebungen und -aktionen sollten wirklich massenhaft stattfinden, um die bürgerliche Öffentlichkeit unter Druck zu setzen und auf der anderen Seite die Isolierung von Brigitte Heinrich aufzuheben. Und wir sollten uns dabei auch überlegen, welche Repressionen uns im Gefolge der Lorenz-Erführung noch erwarten und wie es uns geht, wenn wir isoliert im Knecht sitzen.

enes derartigen Artikels nicht, wenn er in solcher Aufmachung die erste Seite ziert, während andere wichtige Probleme total unter den Tisch fallen.

Der Bericht aus dem Oplert hat da schon viel mehr her, zumal er eine meiner Meinung nach entscheidende Wendung der Gewerkschaftslinien andeutet, die gegenüber der Mobilisierung wie sie zur Zeit von der Reaktion vorzüglich organisiert wird, aus der defensiv zu kommen versucht.

Was dann allerdings wieder ein Hammer ist, ist der LAW-Artikel, geschrieben von einer Genossin, die nicht mehr drin ist und einem Genossen, der es „erzählt“ bekommen hat. Der Kampf der LAW war natürlich auch wichtig, nur frage ich mich, warum haben wir es nicht geschafft eine kritische Reflexion über ihn einzuleiten, als er aktuell war. Stattdessen ein solcher Riesen, der einen toten Hund natürlich auch nicht wieder zum Leben erweckt. Wer diskutiert in Frankfurt noch über die LAW, war in anderen Städten. Die Genossin, die den Artikel geschrieben hat, hofft nur noch: „Ich hoffe schon und ich glaube eigentlich auch, daß es in der LAW weitergeht.“ Kontext aber läuft die nichts mehr, in dem Artikel ist auch nicht ein Punkt, wie es dort weitergehen könnte — wie sollte es auch sein, man ist ja nicht mehr drin und wie die LAW-Lehrlinge im Fechenheimer Jugendzentrum dazu sagen, wenn sie in der WWA plötzlich einen solchen Artikel finden, den sie weder selbst geschrieben, noch diskutiert haben, ja von dessen Entstehung sie überhaupt nichts wußten, kann man sich denken. Klar, daß die keine Lust mehr haben. „Politik zu machen“ und lieber sich die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie am besten an eine zweite Sternanlage und einen Mischpult für die Diskothek herankommen.

An den Artikeln über den Straußbesuch bei Mao kann ich wenig Kritik anbringen, da mir die Kenntnisse fehlen, ich fand's wichtig, daß so etwas in der Zeitung diskutiert wird, zumal unser Verhältnis zu China sehr ambivalent und ungeklärt ist. Auf alle Fälle unterscheidet sich der Artikel wohlstand von dem „Rechtterteilungsgewinn“ der K-Gruppen. Zu dem Artikel über die Arme:

Inhaltlich kann ich daran wenig kritisieren, allerdings kommen mir solche Überlegungen, wie sie einem von den „allwissenden“ Redakteuren, die immer Angst haben, man könnte was in die falsche Kehle bekommen, von selbst. Erstens sollte man andere nicht für dümmer halten, als man selbst ist, und zweitens denke ich, braucht die WWA kein geheimes ZK, was ständig besorgt über die richtige Linie wacht.

Soviel für diesmal. Viel Spaß beim verdauen.

ein Frankfurter Genosse

P.S.: Wenn's nicht für allzu schlecht empfunden wird, kann man so etwas ja mal abdrucken. So ketzerisch ist es ja nun auch wieder nicht. Aber bitte ohne kurz gedruckten Kommentar oder sonstige „Richtigstellungen“ der Redaktion firm.

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie uns anhören!“

Geh' NIE ALLEIN auf's Sozialamt!

Sozialamt



... es erwartet dich auch nicht nur EINER!

ORGANISATION VON SOZIALHILFEEMPFÄNGERN UND ARBEITSLOSEN IN ENGLAND

Schon viele Jahre lang gibt es in England Gruppen von Leuten, die aus den verschiedensten Gründen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Das ist eine richtige Bewegung geworden, die vor allem so zwischen 1971 und 1973 ziemlich stark war, überall in Großbritannien entstand und ziemlich viel praktische Bedeutung hatte und zum Teil auch noch hat. Ich habe da früher auch einmal in so einer Gruppe mitgearbeitet. Diese Gruppen heißen „Claimants Union“, was wörtlich übersetzt in etwa „Sozialhilfe-Empfänger-Gewerkschaft“ bedeutet. Aber man darf das nicht so wörtlich nehmen. Gewerkschaften, wie man sie hier in Deutschland kennt, sind die Claimants Unions auf keinen Fall, aber sie sind auch nicht so wie die normalen englischen Gewerkschaften.

Die erste Claimants Union ist etwa 1966 in Birmingham entstanden. Es war eine Gruppe von Typen, die sich hauptsächlich mit rechtlichen Problemen beschäftigten. Die Grundidee war: daß es gesetzliche Möglichkeiten gab, staatliche Geld-Unterstützungen zu erhalten, aber kaum jemand durchblickte durch den ganzen Paragraphenwald und es unheimlich schwierig war, die einem zustehenden Gelder aus den Behörden herauszuholen. Hier ist ein Flugblatt von einer Claimants Union von West-London. Da heißt es am Schluß unter der Überschrift: „Wer wir sind!“. Die Claimants Union ist ein Kollektiv von arbeitenden Arbeitern und Arbeiterinnen, von Leuten, die arbeitsunfähig sind, von alleinstehenden Müttern und Rentnern, die sich zusammengeschlossen haben, um als Gruppe für unsere Rechte zu kämpfen, und um die Spielregeln der Sozialämter und des Staates zu bekämpfen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen, wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie auf uns hören!“

Die Claimants Unions hatten sich von Anfang an aus zwei Momenten gebildet: Zum einen waren es Leute, die nicht (mehr) „normal“ arbeiten konnten: alleinstehende Mütter, Leute, die krank waren, ehemalige Gefangene, Leute, die von der Arbeit früher völlig kaputt waren usw. - also Arbeitslosigkeit hieß nicht, daß die mal gerade keinen Job hatten, [wenn jemand zumindest in London und Umgebung entlassen worden war und einen neuen Job suchte, fand er nach 2 oder 3 Monaten wieder einen neuen] sondern es waren und sind vor allem Leute, die von der Sozialhilfe abhängen, die permanent und nicht nur kurzfristig „arbeitslos“ und Sozialhilfe-Empfänger sind. Von daher kam z. B. auch eine wichtige politische Bedeutung für die Frauenbewegung, weil die Genossinnen innerhalb der Claimants Unions unmittelbar mit Arbeiter-Frauen, nämlich den alleinstehenden Müttern, zusammengearbeitet haben. Die Ausländer haben übrigens in der Anfangsgeschichte zumindest keine wichtige Rolle gespielt oder höchstens nur in Gegenden Englands, wo der Anteil der Ausländer ganz besonders stark war.

Zum anderen wurden die Claimants Unions von ehemaligen Studenten gebildet. Aus der Studentenbewegung Ende der 60-iger Jahre gab es in England die „libertäre“ Bewegung - am ehesten das, was man hier in Deutschland „Spontis“ nennt - die eine ziemlich klare politische Ablehnung von der Arbeit im Kapitalismus drauf hatten. Es gab also eine starke Anti-Arbeits-Ideologie in diesem Teil der Studentenbewegung. Von ihnen gingen dann die meisten weg von den Universitäten und sie haben sich aus der Studentenbewegung herausgelöst. Wir sind dann in Arbeitsviertel gezogen. Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir dort auch wohnen, wo wir - auch im Rahmen der Claimants Unions - „Stadtteilerbe“ gemacht haben. Es war für uns eine Voraussetzung, da zu leben, wo wir auch politisch aktiv waren.

Ja, und dann war die Paradoxie, staatliche Forderungen sich geben zu lassen und in den Claimants Unions mitzuarbeiten nur eine natürliche Konsequenz von der Anti-Arbeits-Ideologie unter diesen Genossen und Genossinnen.

Vom Alter her gesehen, waren schon auch ältere Typen in den Kollektiven, aber klar - es gibt da in England ähnliche Konflikte wie hier in Deutschland - im Großen und Ganzen stützen sich die Claimants Unions in der Mehrzahl auf jüngere Leute. Obwohl ich in bestimmten Gebieten Großbritanniens in den letzten Jahren auch viele Fachebeiter arbeitslos geworden waren, haben die meisten kontinuierlich in Claimants Unions mitgearbeitet.

Wichtig ist, daß in England allerdings ein viele Leute mit sehr wenig Geld auskommen müssen und es vielleicht auch etwas besser geht als in Deutschland, weil Lebensmitteln z. B. etwas billiger sind. Und dann ist auch wichtig, daß viele von den Leuten aus

der Claimants-Bewegung in besetzten Häusern wohnen. Man muß dazu wissen, daß die Hausbesetzer-Bewegung (also „Haus“) bedeutet meist ein kleines Reihen-Häuschen mit 2 Stockwerken in Großbritannien sehr viel weiter verbreitet ist als in Deutschland, im allgemeinen auf Grund anderer rechtlicher und politischer Bedingungen sehr viel friedlicher abläuft und sich vor allem auch auf nicht-studentische Bevölkerungsschichten erstreckt. In London allein sind jetzt vielleicht 10 000 Häuser besetzt. Das war natürlich wichtig für die Claimants-Bewegung. Denn besetzte Häuser kosten ja keine Miete und so ist es natürlich einfacher mit der staatlichen Forderung zusammenzukommen. Zum Beispiel hat auch fast jede Claimant Union ein eigenes Büro. Natürlich nicht gemietet, sondern in einem besetzten Haus. Das sind oft Häuser, die schon in städtischem Besitz sind und leer oder zum Verkauf stehen. Insbesondere in Städten, in denen die Labour-Party (im ersten mit der deutschen SPD vergleichbar) in der Verwaltung saß, konnten sie die Leute aus den besetzten Häusern nicht so einfach rauschmeißen. Sie konnten sich das politisch schlecht leisten. Die Tröstlichkeit auf den Sozialämtern, die vielen Leute, die sehr wenig Geld zum Leben hatten - das war schon eine nationale Schande geworden. Da konnten es sich die Parteien nicht leisten, Forderung-Empfänger aus einem leerstehenden Haus rauszuschmeißen.

Ende der 80-iger Jahre hat ein angelernter Arbeiter durchschnittlich vielleicht netto 600,- DM verdient im Monat. Frauen verdienen auch in England sehr viel weniger. Wenn man staatliche Forderung beantragt hat, bekommt man zum einen jedenfalls die Miete bezahlt und noch etwa 5 Pfund in der Woche, das sind so 120,- bis 130,- DM im Monat. Für alleinstehende Genossen und Genossinnen ging das gerade. Da konnte man schon mit auskommen. Für diejenigen, die noch eine Familie hatten, war das natürlich viel schwieriger. Das oben Gesagte ist natürlich nur ein Grundbetrag und es gibt noch tausend Zusatzbestimmungen, aber problemlos und ohne diese Zusatzungen haben auch die Leute mit Kindern usw. nicht wesentlich mehr Geld bekommen. Deswegen war die Claimants Union als ein wirklich effektives Mittel, mehr Geld aus den Arbeits- und vor allem aus den Sozialämtern herauszuholen, unheimlich wichtig gerade für diese Leute. Daher waren die Claimants Unions auch so erfolgreich, das heißt überall in England bildeten sich autonom ähnliche Kollektive wie das in Birmingham. Zunächst vor allem in London, ich glaube so etwa 30 in den einzelnen Stadtteilen, und um 1971 gab es schon mehr als 100 Claimants Unions in ganz Großbritannien. Es ist eine völlig informelle Bewegung. Sie wurde niemals (etwa als „Gewerkschaft“ im normalen Sinne des Wortes) anerkannt. Und dennoch stellten sie auf der Stadtebene eine reale Macht dar, mit der sich die Behörden auseinandersetzen mußten.

Was machten die Claimants Unions?

Eine der ersten Sachen, die die Claimants Unions gemacht haben, war: die Gesetze zu studieren. Es ist da in Großbritannien genauso wie in Deutschland: ein Wald von Paragraphen, Zusatzbestimmungen, Ausnahmen usw. ... Und die Genossen haben die Gesetze so gut studiert, daß sie diese oft besser kannten als die Beamten, die in den Sozial- und Arbeitsämtern gearbeitet haben. Die konnten dann was vormachen, die wußten nichts mehr zu sagen.

Aber die Leute in den Claimants Unions machten nicht nur alle Bestimmungen ausfindig, auf Grund derer man Geld beanspruchen kann, - sie sammelten auch die Tricks und praktischen Erfahrungen, wie man das Geld auch wirklich rausholt, und - vor allem - sie organisierten gemeinsame Aktionen, um sich auch wirklich gegenüber den Behörden durchzusetzen. Wenn möglich, überlegten wir uns natürlich auch, wie man die Behörden beschleichen kann. Denn die Claimants Unions hatten nie so ein legalistisches Bewußtsein, daß wir nur das bekommen sollten, was „unser Recht sei“. Wir sind davon ausgegangen: wir müssen soviel Geld wie möglich kriegen, weil es eh immer noch wenig ist, weil wir es brauchen, um unser Leben etwas besser zu machen. Da war zum Beispiel die Sache mit dem Mietgeld: Oft haben ja die Leute in besetzten Häusern gewohnt, wo sie keine Miete zu bezahlen brauchten. Die haben sich dann noch wo anders angemeldet, in einem anderen Sozialbezirk, und haben dann auch noch Geld für Miete bekommen. So haben sie schon ein bißchen mehr rausgeholt. Das ging allerdings nur, weil zwischen den verschiedenen Sozialämtern in einer großen Stadt wie z. B. London kein koordinierender Kontakt möglich war.

Oder die Sache mit dem Kleidergeld: Man kann - in der Regel - zweimal im Jahr Geld für Kleidung

bekommen. Zuerst haben die Behörden dann jemanden nach Hause zu den Leuten geschickt um nachzusehen, ob diese auch wirklich neue Kleidung brauchen - ob der Betreffende also z. B. wirklich nur ein paar Schuhe hat oder sowas. Da haben wir dann organisiert, daß die Wohnungen immer einfach leergeräumt wurden ... Es hat dann sehr tröstlich ausgesehen und die Leute von den Behörden konnten nichts dagegen sagen. Solche Aktionen sind oft gelaufen. Mit der Zeit haben die Typen von den Behörden die Nase voll gehabt und sie haben die Anträge dann gleich bewilligt.

Ein paar praktische Beispiele

In einer Claimants Union waren vielleicht ein Kern von 10 oder 20 aktiven Leuten, die haben Flugblätter geschrieben, sind auf die Sozialämter gegangen, haben dort erstmal den ganzen Tag mit anderen Leuten geredet. Das war der erste Schritt. Es ist auch wichtig, daß wir auch mit den Leuten, die dort auf den Sozialämtern waren, auch außerhalb der Sozialämter etwas zu tun hatten: wir lebten in denselben Stadtvierteln, man hat sich getroffen beim Einkaufen, in der Kneipe, sonstwo ... es war halt nicht so getrennt voneinander. Es gab Möglichkeiten, Beziehungen außerhalb dieses einen Zusammenhangs (Sozialamt) zu entwickeln. Und auf dem Sozialamt stellte sich immer das gleiche Problem: die Beamten sagen: „Ja, ja, Sie kriegen das und das und das“ - aber das ist immer nur das Minimum! Und die Leute wußten einfach nicht, was sie noch alles kriegen konnten.

Da war z. B. eine Frau, die hatte noch kein Geld für das Kind bekommen. Es war Freitag. Sie hatte kein Geld mehr. Die im Sozialamt sagten: „Ja, ja, nächste Woche bekommen Sie Geld“. Aber die Frau brauchte das Geld sofort, für's Wochenende. In so einem Fall zum Beispiel sind dann vielleicht 10 Leute von der Claimants Union mit der Frau auf Sozialamt zurückgegangen. Dort haben vielleicht noch 50 andere Leute gesessen und auf irgend was gewartet. Die haben sich dann solidarisiert, denn sie haben ja die gleiche Erfahrung gemacht wie die Frau. Und so sind dann alle zusammen nochmal zu dem Typ ins Zimmer gegangen und haben das Geld gefordert. Und sie sind nicht eher weggegangen, bis sie das

Putz zwischen der Polizei und der Claimants Union, so auf lokaler Ebene, im Stadtviertel. Es lag eine ungeheure Betonung darauf, immer neue Taktiken und Aktionsformen zu entwickeln. Damit haben wir die auf den Ämtern immer wieder überholt.

Die Möbelgeschichte von Hackney

Wer staatliche Forderung bekommt, hat auch Recht auf Möbelzuschläge. Normalerweise bekommen die Leute dann irgendwann mal 20 Pfund oder so, aber damit kann man wirklich überhaupt nichts kaufen. Da kriegt man höchstens gebrauchte Möbel, die schon verstaubt sind, die zusammenfallen, wenn man sie scharf anguckt: also die kaum brauchbar sind. Dagegen haben wir dann in der Claimants Union was gemacht. Wir haben gesagt, die Leute, die Forderung beantragen, das sind keine Menschen 2. Klasse, die haben auch ein Anrecht auf anständige Möbel, und nicht nur die Scheiße, die man uns immer nur angeboten hat. Und da war eine Familie, in diesem Stadtteil von London, in Hackney, die hat auch mit der Claimants Union dort zusammengearbeitet. Die hatten ein ganzes Haus voll von so Schall-Möbeln bekommen. Und da haben wir dann ganz praktisch diskutiert, was können wir machen, um anständige Möbel zu kriegen. Der Vorschlag: wir nehmen den ganzen Scheiß auf einen Wagen, fahren ihn zum Sozialamt, schmeißen ihnen den ganzen Kram vor die Füße und lassen ihn da, bis sie uns das Geld geben, damit wir uns eigene, richtige Möbel kaufen können. Das wurde beschlossen.

Zuerst sind die Genossen von der Claimants Union und die Familie durch den Stadtteil gelaufen und haben eine kleine Demo gemacht. Das war eine interessante Sache. Die Leute auf der Straße haben geredet. Sie haben zum Teil auch mitgemacht und sind der Prozession gefolgt zum Sozialamt. Und dort haben sie einfach die ganzen Möbel hingestellt, ins Büro selbst. Man muß sich das vorstellen: da sind so etwa 30 Leute hingekommen, mit alten Bettstellen, kaputten Stühlen usw. und alles im Bürozimmer hingeschmissen, die Matrasen sind über die Theke geflogen usw. Die Typen da wußten überhaupt nicht, was sie reagieren sollten. Das war eine wichtige Sache, daß sie so überrascht waren, sie wußten überhaupt nicht, was sie sich vorhalten sollten. Und



Geld hatten. In Bar ausgezahlt. Manchmal hat das bis 8 Uhr abends gedauert. Bei solchen Gelegenheiten kam es dann auch öfters zu Auseinandersetzungen. Die Genossen sind dann zum Teil über die Theke gesprungen und haben das Geld selbst gesucht (wenn der Beamte z. B. gesagt hatte, er habe keins da). Solche direkten Aktionen haben immer zu einem gewissen Erfolg geführt.

Es ist auch in England so, daß das Geld normalerweise nicht bar im Sozialamt, sondern durch Überweisung ausgezahlt wird. Aber natürlich hatten die auch Bargeld da, im Sozialamt, so daß so eine Aktion schon Erfolg haben konnte. Und wir wußten das. Es war dann einfach unsere Hartnäckigkeit, wir haben uns nicht einschüchtern lassen, sondern haben die Beamten eingeschüchtert. Wir ließen uns nicht mit komplizierten Rechtsbestimmungen tödnen, sondern wir (oder einige von uns) wußten Bescheid und konnten dem Typ auf dem Arm noch was sagen. Die hatten natürlich auch unheimlich Schiss. Da ist öfters auch die Polizei geholt worden. Oft gab es

am gleichen Tag noch hat die Familie 200 Pfund bekommen, das waren so etwa 1 200,- DM. Das war natürlich unheimlich viel Geld!!

Die Zusammenarbeit zwischen den Claimants Unions

Am Anfang gab es eine Auseinandersetzung über die organisatorische Form der Claimants Unions. Die Leute aus Birmingham wollten eine Art (nationaler) zentralistischer Organisation aufbauen. Die anderen Claimants Unions haben das aber abgelehnt. In den meisten Claimants Unions waren eher anarchische Genossen oder solche aus der „libertären“ Bewegung - und die hatten eine anti-zentralistische Tendenz gemeinsam. Wir haben uns dann für eine föderalistische Form der Organisation entschieden. Das heißt z. B. in London, da gab es etwa 30 Gruppen in den verschiedenen Stadtvierteln, die trafen sich dann etwa einmal im Monat in einer „all-London-Claimants Union“-Versammlung, wo einzelne Vertreter hingingen, um Erfahrungen auszutauschen und politisch zu diskutieren. In anderen Städten oder Gebieten ist

das ähnlich organisiert und alle drei Monate etwa hat es dann ein nationales Treffen gegeben: ein Treffen der 'Claimants Union Federation'. Und am Höhepunkt der Bewegung, etwa 1972, kamen dabei etwa 500 Leute aus allen Teilen Großbritanniens zusammen. Das waren nicht nur die Politticker. Es war z. B. so, daß die einzelnen Gruppen sich einen Bus mieten und die Leute damit zu dem nationalen Treffen hinführen. Die Orte, an denen man sich traf wechselten immer. Durchschnittlich kamen vielleicht so 100-200 Genossen zu diesen regelmäßigen Treffen. Dort wurden informell und auf Sitzungen Erfahrungen ausgetauscht, politische Fragen diskutiert, über die Perspektiven der Claimants Unions selbst diskutiert usw., usw. ...

Die Claimants Unions haben übrigens Mitgliederstrukturen, also sie sind nicht völlig informelle Aktionsgruppen. Man muß Mitglied werden, muß auch einen Beitrag zahlen, natürlich einen sehr kleinen, denn keiner hat ja viel Geld. ... das braucht man für Büromaterial, für die Flugblätter usw. In Bezug auf die Mitgliedschaft wurde also ein formeller Aspekt aufrechterhalten. Das war zum Teil auch ein Schutz gegen alle möglichen linken Gruppen und Gruppchen, die in die Claimants Union reinkommen und sie übernehmen wollten, ohne dort irgendeine praktische Basis zu haben. Klar - als die Claimants Unions sehr schnell zu einer richtigen Bewegung geworden waren, versuchten vor allem die Trotzkisten - die sind in England am stärksten - hier Fuß zu fassen. Aber letztendlich haben sie keinen Erfolg damit gehabt. Dagegen war Voraussetzung, um Mitglied zu werden, Sozialhilfeempfänger zu sein, oder gar zu sein.

Jede Claimants Union gab in ihrem Stadtteil ihre kleine Zeitung heraus (die oftmals alle möglichen Themen aus dem Stadtteil aufgriff, sodaß zum Teil enge Verbindungen zu anderen Stadtteilinitiativen hergestellt wurden), sie veröffentlichten Flugblätter mit Informationen und über die nationale Föderation und auf regionaler Ebene fand ein ständiger Austausch von Erfahrungen statt, z. B. erfolgreiche Beispiele von anderen Claimants Unions oder ähnliches, die natürlich auch veröffentlicht wurden.

Später wurden dann viele dieser Erfahrungen und Kenntnisse in sogenannten 'Handbüchern', also dicken Broschüren zusammengefaßt. Einzelne Claimants Unions übernahmen es, zentral zu bestimmten Bereichen solche Broschüren zusammenzustellen: da gab es eine für 'alleinstehende Mütter', eine für 'streikende Arbeiter' und andere. In ihnen waren dann sowohl politische Einschätzungen über die spezielle Situation, zum Beispiel über die Perspektive, wie man über die Sozialhilfe den Staat zum 'größten Streikfönd' den es je gab', machen kann; oder aber die Stellung und die Probleme, die Diskriminierungen usw. der alleinstehenden Mütter - usw. Zum anderen enthalten diese Broschüren immer sehr genaue und umfassende Darstellungen der rechtlichen Möglichkeiten, Geld und sonstige Unterstützung zu bekommen, und natürlich auch die Tricks, wie man besser und mehr Geld auch wirklich aus den Behörden rauskriegen kann. In diese Broschüren gingen die ganzen praktischen Erfahrungen mit ein. Diese Methoden, solche Broschüren herauszugeben, gibt es in England auch in Bezug auf andere Bereiche: so gibt es auch zum Beispiel ein 'Hausbesitzer-Handbuch'. In dem sind auch politische Erfahrungen, rechtliche Hinweise, Tricks usw. bis hin zu ganz praktisch-technischen Anleitungen: wie man z. B. rausgerissene elektrische Leitungen wieder installiert oder wie man die Toiletten und die Wasserleitung wieder reparieren kann.

Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Claimants Unions. Von Anfang an gab es innerhalb der Claimants Unions zwei Tendenzen: die einen wollten sich vorwiegend auf die rechtliche Beratung beschränken, die anderen wollten die Claimants Unions zu einem Teil einer viel breiteren politischen Bewegung machen.

Die zweite Tendenz hat dann etwa 1970 die Forderung nach einem 'garantierten angemessenen Einkommen' (Guaranteed Adequate Income) aufgestellt. Das geschah in Anlehnung an die Forderungen, die die Gruppe 'Potere Operaio' in Italien aufgestellt hatte. Es war der Versuch, eine Einheit zu formulieren zwischen den Bedürfnissen der Leute, die arbeiteten, und denen, die nicht arbeiteten. Auch war es eine klare inhaltliche Alternative zu der Forderung der Trotzkisten: nach Arbeit. Diese Forderung nach dem 'garantierten angemessenen Einkommen' wurde zwar in den Programmen der Claimants Unions aufgenommen, aber sie wurde doch niemals wirklich tragend für die praktische Politik, und es hat sich auch daraus keine wirkliche Kampagne entwickelt. Aber diese Diskussion kennzeichnet das zentrale Problem der Claimants Unions: nämlich das Verhältnis zu anderen Bewegungen und vor allem zu den Kämpfen der Arbeiter. In diesem Punkt kam es schließlich zu harten Auseinandersetzungen. (Ein Auszug aus einem Kritikpapier, das von einer Londoner Claimants Union 1974 geschrieben wurde, ist hier neben abgedruckt).

Es gab schon früher Ansätze, Verbindungen mit den Arbeitern in den Fabriken praktisch herzustellen. Das erste Mal war es, glaube ich, 1969. Man ging zu streikenden Arbeitern und informierte sie darüber, welche Möglichkeiten sie haben, staatliche Unterstützungsgelder zu bekommen. In diesen Zusammenhängen wurde dann das 'Handbuch für streikende Arbeiter' gemacht. Die Grundidee, die damals propagiert wurde, war: auch wer streikt, hat Anspruch auf staatliche Fürsorge, wenn er sonst kein Geld bekommt. Die Parole: Wenn ich streike und kein Geld vom Arbeitgeber bekomme, löst mich zum Staat gehen und die Gewerkschaftsleute sperren. Und die Gewerkschaften haben auch nicht, oder nur wenig gezahlt und der Staat ist so zum größten Streikfönd geworden, den es je gab'. Konkret ist das so gelaufen, daß die Arbeiter gemeinsam mit den Genossen von den Claimants Unions zum Sozialamt gegangen sind und das Geld rausgeholt haben.

Die Konservative Regierung hat dann versucht, das 'social security'-Gesetz zu ändern, um das unmöglich zu machen. Die haben sich natürlich dagegen gewehrt, zumal viele Streiks ja auch gerade gegen die Konservative Regierung gerichtet waren. Aber die Gesetzes-Veränderung ist einfach nicht durchgegangen.

1972 war dann ein großer Bergarbeiterstreik. Hier wurden das erste Mal wirklich massenhaft diese Broschüren benutzt und es fand eine wirklich praktisch effektive Zusammenarbeit zwischen den streikenden Arbeitern und einzelnen Claimants Unions statt.

Das wurde dann fortgesetzt: kurz darauf war 1972 ein großer Bauarbeiter-Streik. Und obwohl das ein - räumlich - sehr weit verzweigter Streik war und es daher organisatorisch sehr schwierig war, wurden eine Reihe praktischer Verbindungen geschaffen. Dann kam der Helferbeiter-Streik, der Dockarbeiter-Streik von 1972 und dann - und das war sehr wichtig - der erste Streik an den Krankenhäusern. Gerade bei diesem Streik haben viele Ausländer, die dort stark als Arbeiter und unteres Krankenhauspersonal vertreten sind - Westindier, Spanier, Portugiesen, Philippinos, 80% sind Frauen u. a. - sehr eng mit den Claimants Unions zusammengearbeitet. Und ein Teil der offiziellen Gewerkschaften hat das gar nicht gerne gesehen, weil sie fürchteten, daß die Claimants Unions zu viel Einfluß erhalten.

Aber diese Streiksituationen waren die einzigen Momente, wo wirklich eine praktische Verbindung zwischen den Leuten aus den Claimants Unions und den Arbeitern in den Fabriken hergestellt wurde. Die Kontakte waren aber nicht stabil. Sie wurden nicht organisiert aufrechterhalten - wie auch? - und führten daher nicht zu einem permanenten Kontakt, höchstens auf privater, informeller Ebene.

Selbstkritik gegen die Anti-Arbeit-Ideologie

Aber ein anderes Ergebnis der praktischen Erfahrungen in dieser Zeit war, daß so langsam in der ganzen 'libertären Bewegung' eine Selbstkritik gegen die 'Anti-Arbeit-Ideologie' entwickelte. Wir haben gesehen, daß ein Teil unserer Ablehnung der Arbeit unverständlich war: es war der Teil, der darauf hinauslief: also wir brauchen es eigentlich nicht zu arbeiten, wir können immer von staatlicher Unterstützung leben. 1969 war ein Papier geschrieben worden, mit der Parole "Fight to live", 'kämpfe, um zu leben'. Das war unsere Antwort und Alternative zu der Gewerkschaftsforderung (und derjenigen der KP und der Trotzkisten) nach dem 'Recht auf Arbeit'. Die politische Kritik an dieser Forderung, das war schon o.k. Aber die ganze 'Anti-Arbeit-Ethik' in diesem Papier, das wurde permanent auf den Treffen der Claimants Unions diskutiert. Gerade die Arbeitergenossen haben immer kritisiert, daß wir es uns da zu einfach gemacht hätten. Wir würden da in den realen Anlässen von Kämpfen vorbeiziehen, die in den Fabriken gegen die kapitalistische Arbeit laufen. Wir markten halt mit der Zeit - und da war die Zusammenarbeit mit den streikenden Arbeitern 1971 bis 1973 eben sehr wichtig -; daß wir den Fehler gemacht hatten zu glauben, daß die achte, konsequente Form des Kampfes gegen die Arbeit bedeuten würde: nicht zu arbeiten. Das war aber eine Fehleinschätzung des Inhalts der Arbeiterbewegung: es geht darum, die Arbeit zu verändern: Kampf gegen die kapitalistische Arbeit.

Diese Debatte hatte insgesamt in Bezug auf die 'libertäre Bewegung' nach einem anderen Aspekt: wir kritisierten, daß wir uns zu sehr auf die Unterstützung von einzelnen Personen konzentriert hatten. Ausgangspunkt unserer Bewegung war, daß wir in der politischen Arbeit bei unserer eigenen Unterdrückung anfangen wollten. Das ist ja prinzipiell eine richtige Verbindung. Aber wir hatten daraus die falsche Gleichung abgeleitet: gut, wir sind jetzt Empfänger von staatlicher Fürsorge - also sind wir jetzt genauso unterdrückt wie andere, die auch von staatlicher Fürsorge leben. Oder: wir sind Frauen; oder wir sind Hausbesitzer; usw. usw. Auf solchen Gleichungen aufbauend hatten wir gesagt: wenn wir mit der politischen Bewältigung unserer Probleme anfangen, dann werden wir schon eine Beziehung zu den anderen Leuten, denen es gleichergoht wie uns geht, entwickeln. Gerade an den Erfahrungen in der Streikbewegung haben wir dann in einem wichtigen Punkt gemerkt, daß dies alles in dieser Form nicht stimmte. So war eben die 'Anti-Arbeit-Ideologie' ein Produkt von uns gewesen und zumindest nicht die Haltung eines großen Teils der Arbeiter selbst - trotz bzw. gerade beim Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen.

In der Auseinandersetzung spielt auch die Frage der organisatorischen Struktur der Claimants Unions eine Rolle. Die einen sagten, die Claimants Unions müßten sich entsprechend ihres notwendig zu schaffenden inhaltlichen Verbindung mit anderen Kämpfen auch eine 'weitergehende und formalisierte' Organisationsform schaffen. Sie müßten zu einer allgemeinen, politischen Organisation werden. Die anderen beharrten darauf, daß die Claimants Unions weiter selbstständig bestehen sollten, mit der Zeit würde sich schon aus den verschiedenen 'autonomen' Bewegungen eine verbindende Organisation von allein ergeben. Etwa um 1972 kam es gerade in der Frage, zu immer härteren Auseinandersetzungen und im Ergebnis hat das dazu geführt, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die für neue Organisationsformen eintraten, mit der Zeit aus den Claimants Unions ausgetreten sind. Viele von ihnen sind dann in die Betriebe gegangen, sie haben sich teilweise in Big Flame organisiert oder in Stadtteilgruppen, Betriebsgruppen usw.

Aber sie haben natürlich keine neue 'lib-

gemein-politische Organisation' gegründet. Hinter dieser Forderung stand vielmehr das politische Unbehagen an der immer deutlicheren Beschränkung der Alltagsaktivitäten der Claimants Unions, an der mangelnden oder unklaren politischen Perspektive, und mit dem Zerbröckeln der 'Anti-Arbeit-Ideologie' tauchte natürlich die Idee auf, in die Betriebe zu gehen, weil nur dort der Kampf gegen die kapitalistische Arbeit geführt werden muß und da auch schon längst geführt wird. Und so sind viele Genossen, die während der Streikphase Kontakte mit Arbeitern geknüpft hatten, aus den Claimants Unions rausgegangen und gehen heute in der Fabrik arbeiten. So ist heute in England ein allerdings völlig informelles Informationsnetz von Betriebsgruppen entstanden.

Bei diesem Abflauen der Claimants-Union-Bewegung ab 1973/74 spielt natürlich auch eine Rolle, daß sowohl die Behörden mit der Zeit lernen, 'besser' in ihrem Sinne zu reagieren, und daß natürlich auch eine allgemeine Repression einsetzte: es gab viele Geldstrafen, Gefängnisstrafen (normalerweise mit Bewährung), ständig kurze Verhaftungen ... also die ständigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sind schon ein Problem gewesen. Bestimmte Claimants Unions, deren aktivster Kern meist nur aus höchstens 20 Leuten bestand, wurden durch diese Repressionen mit der Zeit praktisch kaputt gemacht, und zwar gerade die aktivsten. Aber das darf man nicht verallgemeinern und die Repressionen waren auch nicht der Hauptgrund. Dieser war schon das politische Problem: bei der Streikbewegung bis 1973 war eine politische Dimension in die Bewegung hineinkommen, die auf der Basis und Beschränkung der Claimants Unions nicht aufrechterhalten werden konnte, die aber andererseits die Alltagspraxis der Claimants Unions noch deutlicher als ein Dienstleistungsverhältnis offenbarte, das auch langfristig nicht aufgehoben werden konnte.

So blieben nur diejenigen Genossen und Genossinnen in den Claimants Unions, denen diese Beschränkung auf rechtliche Beratung nichts ausmachte bzw. die das richtig finden.

Man muß übrigens dazu sagen, daß in England anders als Deutschland 'Arbeitslosigkeit' nicht erst seit einem Jahr ein Problem ist; daß das auch nicht vor einem Jahr so ein Schock wie hier eingesetzt hat; daß es auch sehr große regionale Unterschiede gibt: In Gegenden wie Schottland z. B. herrscht schon jahrelang große, strukturelle Arbeitslosigkeit, (bis zu 10%) während in London und auch im ganzen Südosten Englands auch heute noch relativ leicht irgendeine Arbeit zu finden ist, so sucht z. B. Ford in Dagenham ständig neue Arbeiter und bekommt nicht genug.

Die Veränderung der Claimants Unions auf die stärkere Betonung und Beschränkung auf rechtliche Beratung wird sich hier anpassen. Früher waren die Claimants Unions vor allem dort stark, wo auch die 'libertäre Bewegung' stark war. Jetzt findet eine Verschiebung statt, in Richtung auf eine stärkere Betonung der Probleme, die mit der strukturellen Arbeitslosigkeit verbunden sind. Und auf dieser neuen inhaltlichen Ebene scheinen die Claimants Unions in der letzten Zeit auch wieder anzuwachsen.

Obwohl also gerade die Genossen(innen) ausgetreten sind, die gerade das Aktionsmoment früher sehr stark mitgetragen haben, machen die Claimants Unions natürlich auch heute noch manchmal Aktionen, soweit sie zur Durchsetzung bestimmter Forderungen sinnvoll sind; das widerspricht nicht der vorwiegend 'rechtlichen Tendenz'. Aber der ganze Zusammenhang von 'Zusammenwohnen, Zusammenleben, Zusammenkämpfen' und die bewußte politische Dimension ist heute in den Claimants Unions nicht mehr so stark wie früher. Alles ist viel arbeitsteiliger, viel institutionalisierter.

Aus dem Handbuch der C.U. für alleinstehende Mütter:



Als ich klein war, ging ich zur Schule und dachte, das sei das Gefängnis.



Als ich dann die Schule verließ und zur Arbeit mußte, war ich mir ganz sicher, daß dies das Gefängnis war.



Ich hörte auf zu arbeiten, um zu heiraten - da wurde ich ganz verwirrt als ich gemerkt hatte, daß mich dies aus dem Gefängnis bringen würde.



Dann verließ mich mein Ehemann und ich ging zur Sozialfürsorge und in ein Obdachlosenheim - dies sagt genug darüber aus, daß dies ein Gefängnis sein mußte!



Ich hatte nicht genug zum Leben; deshalb frag ich irgendwann um zu klagen.

DA HABEN SIE MICH INS GEFÄNGNIS GESTECKT. UND JETZT WEISS ICH GENUG VOM LEBEN: ES GEHT IMMER VON EINEM GEFÄNGNIS INS ANDERE !!!

1966 wurde der 'Social Security Act' (= Gesetz zur sozialen Sicherheit) in England verabschiedet. Dies legte zum ersten Mal fest, daß die Sozialhilfe-Empfänger bestimmte Rechte hatten. Der hauptsächlichste Nutzen lag dabei in den verstreuten Möglichkeiten. Jedoch wurden (gerade) diese Rechte der Fürsorge-Empfänger nie veröffentlicht, und der Mangel, um die Almosen des Staates zu bitten, bestand weiterhin.

Die Idee, die hinter der ersten (1966 gegründeten) 'Claimants Union' in Birmingham stand, war: für die Rechte der Fürsorge-Empfänger ungenutztes Gesetz zu kämpfen, sie frei zu machen von dem Gedanken, selbst an ihrer Arbeitslosigkeit schuld zu sein oder daran, daß sie von der Sozialhilfe leben mußten zu zeigen, daß es nicht die Schuld des Sozialhilfe-Empfängers, sondern die des Kapitals ist - und auch, daß die Fürsorge-Empfänger nicht dankbar sein sollten für die megeren Almosen, die der Staat ihnen gab, sondern gemeinsam mehr fordern.

Von Anfang an wurde den Agenturen der sozialen Kontrolle, Sozialarbeitern und Wohlfahrts-Organisationen das Recht bezstritten, irgendeine Rolle in den Claimants Unions zu spielen, weil dies die Kraft der Fürsorge-Empfänger, ihren eigenen Kampf zu kämpfen, unterhöhlen würde und nur dazu dienen würde, sie weiterhin von der allgemeinen Minderlichkeit abhängig zu halten und als Bürde der Gesellschaft zu betrachten.

Ganz am Anfang war die 'Claimants Union' in Birmingham ziemlich bürokratisch organisiert: sie besaß ein Komitee und eine zentralistische Struktur und sie versuchte, von den Gewerkschaften offiziell anerkannt zu werden und mit der lokalen Gewerkschaftsleitung auszukommen. Nach einem ersten Zögern reagierten die Sozialbehörden ganz freundlich gegenüber der 'Claimants Union' und dachten, daß es von Vorteil wäre, wenn die Fürsorge-Empfänger gut organisiert wären und eine offizielle Vertretung beständen, mit der man über ihre Köpfe hinweg verhandeln könnte. Und so fanden auch mehrere Treffen zwischen der 'Claimants Union' und den Behörden und den Gewerkschaften statt. Die Claimant Union hatte jedoch ein jähres Erwachen, als sie nach kurzer Zeit feststellen mußte, daß die lokale Gewerkschaftsleitung nicht dazu bereit war, auf ihre Forderungen und Beschwerden zu hören. Von da an stand jede Verbindung mit der Labour Party oder der lokalen Gewerkschaftsleitung für die Claimant Union

Zur politischen Diskussion innerhalb der Claimants Union

Die Arbeitslosen-Gruppe von 71 diskutierte die Entwicklung von autonomen Massenkämpfen mit der Claimants Union als Basis. Allerdings wurden diese Diskussionen nicht vermasselt und viele Claimants Unions wurden so nicht in die Diskussion einbezogen. Zum anderen gab es aber auch keinen politischen Konsens, von dem man hätte ausgehen können. Die tatsächliche Praxis erschöpfte sich darin, mehr Geld für die einzelnen Mitglieder zu beschaffen. So konnte man sich auf die Arbeitslosen, anders als eine Art Wohlfahrtsorganisation,

die mehr A-Geld beschafft, kaum beziehen. Wo Claimants Unions darüber hinauswachen, zum Beispiel in Southend, wo eine Fabrik und das Arbeitsamt besetzt wurden, um einen Job mit niedriger Steuer zu kriegen und um die Frauen auch von der Sozialhilfe unterstützen zu lassen, blieb es eine einmalige Aktion. Es gab sporadische Kampagnen gegen das Vier-Wochen-Gesetz, gegen den Lohnstop, die aber meistens begrenzt bleiben mußten, weil sie sich nur in Aktionen im Arbeitsamt oder in Appellen erschöpfen und keine Aktionen am Arbeitsplatz einschlossen. Darüberhinaus verhindert die die Klausel gegen Arbeitsunterbrechungen im Sozialhilfegesetz. Einige Claimants Unions verteilen Flugblätter mit einer Analyse der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit der Gewerkschaften, den Ausbeutungscharakter von Lohnarbeit, und wie man Arbeitsplätze erkämpfen kann. Das wurde aber nicht weiterentwickelt und letztlich war die Antwort darauf die, eben in den Claimants Unions gegen das Sozialhilfessystem zu kämpfen und es wurden keine Möglichkeiten des Kampfes eröffnet, die über Aktionen gegen die Arbeitsämter hinausgehen.

Außerdem bestand die Basis der meisten Claimants Unions in Rentnern, alleinstehenden Müttern und Invaliden und es gelang nie tatsächlich eine Verbindung zu den Arbeitslosen herzustellen. Wir waren alle zusammengekauert ohne zu verstehen, unsere spezifische Ausbeutung im Kapitalismus miteinander zu verbinden. Die gemeinsame Basis war, als Sozialhilfeempfänger gegen den Staat mit seinem Sozialhilfessystem zu rebellieren, aber die Verbindung zwischen denen, die langfristig vom Sozialhilfessystem betroffen sind und den nur kurzfristig betroffenen Arbeitslosen konnte nie hergestellt werden. Das hätte genau eine Orientierung an einer politischen Strategie gegen die Lohnarbeit bedeutet. Die Antwort, die einige von uns an die Arbeiter hatten war dann, hör auf zu arbeiten, du kannst ja von der Sozialhilfe leben. Abgesehen davon, daß es natürlich langfristig nicht geht, ist das genau nicht der Weg, den Kampf gegen die Lohnarbeit voranzutreiben.

GAI (Guaranteed Adequate Income, etwa: garantiertes angemessenes Einkommen)

Die Forderung wurde aufgestellt und diskutiert von der Arbeitslosen-Gruppe, trotzdem wir nicht klar, was diese Forderung gegenwärtig bedeutet. Diskutiert wurde, inwieweit eine solche Forderung in den Kapitalismus integrierbar ist, wie in den USA, Italien oder Kanada, wo sie als ein Minimaleinkommen für Arbeitslose aufgefunden wurde (nämlich: was bedeutet garantierte Bezahlung angesichts der 3-Tage-Woche), inwieweit kann eine Forderung nach GAI eine revolutionäre Forderung im Kampf gegen die Lohnarbeit sein.

Früher wurde GAI ziemlich ökonomistisch diskutiert – nämlich wieviel müssen wir fordern, sind 10 Pfund genug, soll GAI nach den Lebenshaltungskosten berechnet werden, sollen Kinder GAI bekommen usw., eben weil die Hauptsache für viele Claimants Unions erstmal war, mehr Buxer aufs Brot zu kriegen.

Schon 1970 wurde im Federation Journal die Forderung nach einem Minimallohn für Arbeiter und Arbeitslose, der den Bedürfnissen gerecht wird, aufgestellt. Das wurde aber nie als Perspektive entwickelt und das sollte die Kampagne für das garantierte Einkommen leisten.

Die Perspektive der Kampagne lag gerade darin, daß auch diese Forderung alle Arbeiter vereinigt, soll heißen: auch die Arbeitslosen, wie es früher die Forderung „Recht auf Arbeit“ nicht leisten konnte. Damit wurde die Entwicklung der Claimants Unions berücksichtigt, die sich auf die Verweigerung von Arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, zur Produktion von Mehrwert, gründeten hatten. Der Unterschied zur Forderung nach Recht auf Arbeit zeigt sich gerade in der Situation von Arbeitslosigkeit und Entlassungen in der Forderung nach Lohn, egal ob wir beschäftigt sind oder nicht bzw. Fortzahlung des gleichen Lohnes bei Kurzarbeit.

Die Forderung war genauso wichtig für alleinstehende Mütter, deren Arbeit der Kindererziehung gesellschaftlichen Wert hat, der anerkannt werden muß. Sie greift außerdem die bürgerliche Familienstruktur an, wenn die Frau nämlich ein eigenes Einkommen besitzt und der Mann nicht mehr zur Arbeit gezwungen ist, um seine Familie zu ernähren. Ein GAI wurde sich eben auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, nicht auf die des Kapitalismus beziehen, revolutionär ist die Forderung, weil sie das Recht der herrschenden Klasse auf Ausbeutung in Frage stellt.

Das waren die Themen damals und diese Forderung sollte von den Sozialhilfeempfängern als einer



Klasse in andere Schichten getragen werden und so mit ihnen eine Front schaffen und so die Einheit der ganzen Arbeiterklasse herstellen.

Das war der Punkt, wo die Kampagne auf dem Bauch fiel, als nämlich nur noch die grandiose Idee von der einen Arbeiterklasse übrigblieb, statt sich an den antikapitalistischen Kämpfen zu orientieren, wo diese Forderung teilweise längst gestiftet war oder wo sie entwickelt werden konnte. „Garantiertes Einkommen“ wurde schon als Blankoscheck auf eine neue Gesellschaft gesehen, statt eine Richtung des revolutionären Kampfes anzugeben.

Das schuf ein ziemliches Durcheinander in den Claimants Unions, manche verbanden das schon mit der Idee einer Gesellschaft, in der niemand mehr zu arbeiten braucht, parallel zu einem Mythos der raschen Entwicklung der Automatisierung, die endlich sämtliche Arbeit durch Maschinen leistet. Das richtete sich dann nur noch gegen die Arbeit und nicht mehr gegen die Lohnarbeit. Andere sahen dann gleich die Möglichkeit zum Rückzug auf Landkommunen u. a. m.

Auszug aus einem Papier einer Londoner Claimants Union



ARBEITSLOSSELBSTHILFE

Dieses Flugblatt wurde auf der u. a. von DGB und GEW organisierten Demonstration gegen die Jugend-Arbeitslosigkeit und gegen die Nichtbezahlung der Lehrer verteilt. Diese Demonstration fand am 22.2.75 in Frankfurt statt und es kamen etwa 6 000 Leute.

Wir sind arbeitslose Jugendliche aus Bockenheim, und haben uns zusammengeschlossen, um etwas gegen unsere beschissene Lage zu unternehmen. Wir haben uns gegenseitig geholfen beim Ausfüllen der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe, sind gemeinsam auf die zuständigen Ämter gegangen, um uns gegenseitig vor dem Terror der Bürokraten zu schützen. Erfolg: Wir haben unser Geld gekriegt, ohne von Pontius zu Pilatus gejagt zu werden. (.. bin nicht zuständig, gehen sie Zimmer .. blah, blah, ..) und wir werden dafür sorgen, daß es so bleibt. Wir haben allerdings sehr schnell gemerkt, daß uns diese Sachen allein nicht weiterhelfen. Das Geld reicht nicht hinten und vorne, wir hängen den ganzen Tag rum, wissen nicht wie wir die Zeit rumbringen sollen. Kurz die Lage ist beschissen! Wie das aussieht, kann man täglich in der Zeitung lesen: Steigende Kriminalität (+ 60%), Einbrüche, Schlägereien im SUFF, Vergewaltigungen, immer mehr Selbstmorde usw.

Vom Staat haben wir keinerlei Verbesserungen unserer Situation zu erwarten, da Staat und Industrie nur an ihrem Profit interessiert sind, was uns wird ist ihnen wurscht. Wer dagegen was macht, kommt in den Knast, es sind ja genug da.

Deshalb haben wir zur Selbsthilfe gegriffen. Wir haben ein Arbeitskollektiv angefangen, das Entrümpelungen, Kleintransporte u. a. macht. Dadurch sind wir in der Lage, unsere Zeit sinnvoll zu gestalten und kollektives Arbeiten zu lernen. Außerdem ist das für uns eine Möglichkeit, Geld rauszuschaffen, um die weitere Arbeit der Gruppe zu finanzieren, und weitere Kollektive zu bilden.

WIR RUUFEN ALLE ARBEITSLOSEN AUF, SICH IN IHREN STADTEILEN ZUSAMMENZUSCHLIESSEN UND SICH GEGENSEITIG ZU HILFEN!

BESORGT UNS ANTRÄGE, UM UNSERE ARBEIT ZU UNTERSTÜTZEN. SPENDET AUF DAS KONTO DER ARBEITSLOSSELBSTHILFE BOCKENHEIM! Frankfurter Sparkasse von 1822 L. Budenz 305-35835

Arbeitslosen Selbst Hilfe Frankfurt-Bockenheim



Seit 1973 befindet sich Dänemark in einer tiefen ökonomischen Krise – die Grenzen der „gemischten Ökonomie“ scheinen erreicht. Äußere Anzeichen dieser Krise sind die hohe Inflationsrate (z. Zt. 16%), die seit Sommer 1974 stark zunehmende Arbeitslosigkeit, die im Januar 1975 die 14 % überschritt, die schnell wechselnden Regierungskonstellationen (vorzeitige Neuwahlen Dezember 1974, vorzeitige Neuwahlen Januar 1975 mit dem sich daran anschließenden Zirkus der verschiedenen Versuche von Regierungsbildungen) mit ihrer Varianten von Sparplänen und „Ganzheitslösungen“. Eklamt wird eine Institutionalisierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital zwecks Sicherung einer „angemessenen“ Profitrate gemeint). Aufstieg der Glutrup-Partei und der Wiedereinzug der dänischen KP (DKP) und der Linksozialisten (VS) in das dänische Parlament, das Folketing.

Die dänische Arbeiterklasse, die noch im Mai 1974 auf die Kürzung von Sozialleistungen und Erhöhungen von indirekten Steuern mit mehrheitlich spontanen Massentrials antwortete, an denen nahezu 300 000 Kollegen teilnahmen, resignierte im Verlauf der zunehmenden Arbeitslosigkeit mehr und mehr. Die Aktion der Uniprint-Arbeiter scheint der erste Anstoß zur Überwindung dieser Resignation zu sein.

Fabrikbesetzung bei Uniprint A/S

Mitte Januar, als die Arbeitslosigkeit vorläufig kulminierte, beschloß der Wintner-Konzern, einer der größten Verlage mit Zweigfirmen in Schweden, Norwegen, Finnland, England und der BRD (IH-Verlag GmbH), die ihm einverleibte Druckerei Uniprint A/S zu schließen. Die Druckarbeiten sollten wegen angeblicher Unrentabilität in Schweden weitergeführt werden.

Für die 70-köpfige Belegschaft von Uniprint A/2 durch Veranschaulichung innerhalb der Konzernkette so hingedreht hatte, daß sich für Uniprint A/S ein Defizit ergab. Somit hatte die Konzernleitung einen Vorwand für die profitablere Produktionsverlegung nach Schweden. Bei genauerer Untersuchung bestätigte sich diese Annahme der Uniprint-Belegschaft und sie stellte die Forderung nach Weiterführung der Produktion ohne Entlassungen auf. Diese Forderung wies der Wintner-Konzern zurück und nach vergeblichen Vermittlungsversuchen von Seiten der Gewerkschaft, schritten die Uniprint-Arbeiter zur Aktion am 28.1. wird die Druckerei Uniprint A/S besetzt – Dänemarks erste Fabrikbesetzung.

„I DAG UNIPRINT – I MORGEN DIG“ (Heute Uniprint – morgen du)

Nachdem die Uniprint-Belegschaft über den Internationalen Graphischen Verband erreicht hatten, daß Druckarbeiten für den Wintner-Konzern von ausländischen Arbeitern weder in Dänemark noch im Ausland ausgeführt werden, riefen sie in zahlreichen Veranstaltungen unter dem Motto „Heute Uniprint – morgen du“ eine breite Solidaritätsbewegung ins Leben. Überall in Dänemark entstanden Solidaritätskomitees, die über die Aktion der Uniprint-Arbeiter aufklärten und Geld einsammelten, da die Uniprint-Arbeiter wegen „selbst verschuldeten Arbeitslosigkeit“ keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Diese Solidaritätsbewegung ermutigte die Arbeiter bei Uniprint: Sie fordern nicht mehr nur Weiterführung der Produktion ohne Entlassungen, sondern auch weitgehende Kontrolle über die Produktion.

Polizeieinsatz bei Uniprint

Am 18.2. morgens wurde die Druckerei Uniprint A/S auf Verlangen des Wintner-Konzerns von der Polizei geräumt. Die Belegschaft war darauf vorbereitet: eine ständige Überwachung der Druckerei wurde organisiert und ein ständiger Versammlungsraum gemietet – die Aktion ging und geht weiter! Die Solidaritätsarbeit wird verstärkt fortgesetzt und die Zeitungen monken über die ersten finanziellen Schwierigkeiten beim Wintner-Konzern.

„Uniprint viar vejen“

– Uniprint zeigt den Weg – eine weitere Parole der Solidaritätsbewegung – scheint bereits Auswirkungen zu haben: am 21.2. trafen 64 Schmiede bei der Kuhlfabrik T.S. Sabroe ØB in Aarhus auf Protest gegen die Wiedereinführung des MTM-Systems in einen wilden Streik. Da Streiks während der Laufzeit eines Tarifvertrages in Dänemark mit empfindlichem Bußgeld für die Arbeiter belegt werden, haben die Schmiede Solidaritäts-10-Kronen-Scheine gedruckt, um die Spendensammlung anzukurbeln.

Schickt Solidaritätsadressen und Spenden für die Uniprint-Arbeiter:

Uniprintindlånings
Dunfells Alle 31
DK-2900 Hellerup

Sanierung in Kreuzberg – für wen

Berlin (ID) Nr. 67
13. Februar

Wenn es nach den Plänen der Bewoge (Berliner Wohnungsbau-Gesellschaft) geht, wird die Hausgemeinschaft in der Waldemarstr. 81 in Kreuzberg das Haus zum 28.2.75 räumen. Seit über 2 Jahren wohnen hier Erwachsene und Kinder zusammen. Anfangs war es die gemeinsame Kindererziehung, die die damals 14 Erwachsenen und 6 Kinder auf die Idee brachte, in ein Haus zu ziehen. Inzwischen sind zu der gemeinsamen Kindererziehung, zu wohnen zur Zeit 5 Kinder hier, andere Probleme dazugekommen, wie Aufnahme von Haftentlassenen, Krankenzubereitung, der gemeinsame Versuch, Beziehungsprobleme anzugehen.

Die räumlichen Bedingungen sind sehr gut, da neben 21 einzelnen Zimmern große Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen, wir haben Zentralheizung, Duschbad, ein solches Haus in Berlin zu dem relativ günstigen Preis noch einmal zu finden ist unmöglich.

Die Bewoge ist daran interessiert, möglichst viel Profit aus der Sanierung herauszuholen. Deshalb kauft sie ganze Sozialwohnungen in der Sanierungsgebiete rechtzeitig auf. An der Sanierung läßt sich auf verschiedene Weise verdienen: der Senat finanziert den Abriss der Häuser, Neubauten und beteiligt sich an Renovierungskosten. Die hohen, für die meisten jetzigen Kreuzberger unbzahlbaren Mieten streicht die Bewoge ein, wobei die entstandenen Unkosten bald wieder raus sind. Abgesehen von einigen „hartnäckigen“ Fällen gelingt es der Bewoge sehr leicht, die Bewohner des Sanierungsgebietes (legenden Häuser umzusiedeln. Immer in Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsstellen. Das verwundert nicht, wenn man die Personalsituation zwischen den beiden kennt.

Legitimationen für die Räumung der Häuser werden immer wieder erfolgreich geschaffen – das vorantreiben des Zerfalls der Häuser über Jahre hinweg, indem nur die notwendigen Instandsetzungsarbeiten und oft nicht mal diese geleistet werden; Überbesetzung der Häuser, vor allem mit Ausländern, die oft keinen Mietvertrag erhalten und dann nach „Bedarf“ rausgeschmissen werden. Es ließen sich noch weitere Beispiele schildern, wie hier vorgegangen wird. Entscheidend ist für uns aber, was können wir tun. Klar ist, daß Bewoge und Senat nicht die Interessen der Leute berücksichtigen, für die sie angeblich sanieren. Also müssen wir für unsere Interessen selber eintreten und für ihre Durchsetzung kämpfen. Diese sind kurz zu formulieren, wir wollen in unserem Haus bleiben und wir wollen unser Wissen über die Rechte der Bevölkerung in Mietsachen weitergeben. Bewohner Kreuzbergs, die ihre Interessen gegen die Sanierungsgesellschaften und den Senat durchsetzen wollen, werden von uns unterstützt, soweit es in unseren Kräften liegt.

Unsere Aktivitäten haben sich lange Zeit auf Verhandlungen mit den Senats- und Bezirksamtstellen, und der Bewoge beschränkt; mit einiger Zeit arbeiten wir mit verschiedenen Leuten zusammen, die jetzt oder demnächst selbst von den Sanierungsmaßnahmen betroffen sind. Wir treffen uns regelmäßig in der Waldemarstr., um gemeinsame Aktionen zu beraten. Zur Zeit gehen wir mit einer zusammen erstellten Zeitung zu den Leuten, die in Häusern wohnen, die im Freinachtungsraum 1975 liegen.

Kontakt über Info-bug, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

hier gibts Kontakt!

Übrigens gibt es in Osnabrück ein bewohntes Haus, das von den Bullen nicht geräumt wird. Das liegt sicherlich auch daran, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Leute dort sehr gut ist. Trotz Totschweigens seitens der örtlichen Presse wird die Bevölkerung informiert: Informationen in Schulen, Vereinen und was es sonst noch gibt und – ziemlich interessant – Veranstaltung in einem Altersheim, was die Leute sehr aufgebracht hat, gegen die Sanierungspolitik der Stadt. Schreibt den Genossen 'mal oder geht hin.

INITIATIVGRUPPE STADTSANIERUNG, 46 OSNABRÜCK WEISSBURGSTRASSE 7

Die POLITIK des MIR in CHILE -

1. Für die Entwicklung des MIR aus der chil. Studentenbewegung waren drei Faktoren entscheidend:
 1. Die Wahlniederlage Allendes 1964, d.h. ein Scheitern des reformistischen Weges zum Sozialismus.
 2. Die erfolgreiche Revolution in Cuba und ihre Theoretisierung in der Focustheorie von Debray und Che Guevara.
 3. Ein Aufschwung der Studentenbewegung, der u. a. bedingt war durch die zunehmende Dequalifizierung der Intellektuellen: der ant imperialistische Kampf der Studenten entwickelte sich zum antikapitalistischen Kampf weiter.

Nach der Wahlniederlage Allendes 1964 kam unter der Linke eine verstärkte Diskussion strategischer Fragen auf. Die parlamentarische Perspektive schien erfolglos. Vor allem der Sieg der cubanischen Revolution brachte eine neue Perspektive in die Diskussion der Linken: Die Perspektive des siegreichen bewaffneten Kampfes, die aufgrund der drohenden Übermacht des nordamerikanischen Imperialismus lange Zeit verschüttet schien. Es entwickelten sich verschiedene Diskussionsgruppen, vor allem in den Universitätsstädten Santiago und Concepcion, die die neue Strategie debattierten. Als eine solche Gruppe bildete sich der MIR. Er setzte sich aus Genossen verschiedener Fraktionen der SP und kleinerer linker Organisationen zusammen sowie aus unorganisierten Genossen. Der größte Teil der Mitglieder der neuen Gruppe brachte also schon politische Erfahrungen mit ein.



Innerhalb der chil. Studentenbewegung konnte sich der MIR in den folgenden Jahren als politische Kraft entwickeln, hauptsächlich mit dem Aufschwung der Studentenbewegung in Concepcion (von dort stammen auch die heutigen Führungskader). Der materielle Hintergrund für die Ausbreitung der Studentenbewegung bildete die drohende Arbeitslosigkeit unter Studenten aufgrund der freisicheren Wirtschaftspolitik (Dequalifizierung der Intellektuellen, akademisches „Proletariat“). Der anti-imperialistische Kampf der Studentenbewegung, der sich an der militärischen Intervention der USA in Vietnam und in Santo Domingo entzündete, mußte in einem Land wie Chile, dessen kapitalistisches System eng mit der imperialistischen Herrschaft verflochten ist, notwendig einen anti-kapitalistischen Charakter annehmen.

Nachdem der MIR zu einer politischen Kraft an den Universitäten geworden war und einen Stamm von Kaderen herausgebildet hatte, gab er als seine Aufgabe an, das studentische Ghetto zu verlassen und in anderen Bereichen zu intervenieren. Trotzdem hatte der MIR die Universität als ein Kampffeld nie verlassen und nie unterschätzt. Der MIR betrachtet die Studenten als gesellschaftliche Schicht, die es zu gewinnen, nicht etwa zu neutralisieren gilt. „Die Frage bei den Studenten ist nicht so sehr, daß sie nicht durchblicken — dazu haben sie an der Universität genügend Zeit, alle Ideologien der Gesellschaft zu begutachten —, sondern daß sie aus ihren Erkenntnissen auch praktische, persönliche Konsequenzen ziehen —“ so der MIR.

Zu dieser Zeit (1967) kam es im ganzen Land zu einem Aufschwung der Massenbewegung. Die Genossen des MIR machten Agitation unter den Arbeitern der Klein- und



revolutionäre Erfahrungen mit dem Reformismus

Mittelbetriebe, die nur schwach gewerkschaftlich organisiert waren und nicht von der KP hegemonisiert wurden. Dabei kam es — wie auch an der Universität — immer wieder zu Konfrontationen mit den Bullen, denen der MIR im Gegensatz zur traditionellen Linken nicht aus dem Weg ging. Diese kämpferische Komponente war also von vornherein Bestandteil der Politik des MIR, man wußte, der MIR führt reale Auseinandersetzungen, dafür war er im ganzen Land bekannt, damit wurde er identifiziert und hatte Sympathien. Es ging dem MIR vor allem darum, die Massenbewegung zu entwickeln und neue Kampfformen zu propagieren, es ging um die militante Durchsetzung von Masseninteressen.

Der MIR wurde zu dieser Zeit stark von der revol. Entwicklung Kubas und der Landguerilla Che Guevaras be-

einflußt. Dieser Einfluß bedeutete, bestimmte Elemente der Focustheorie anzunehmen, die von Che und Debray als militärisches Modell des revolutionären bewaffneten Kampfes für ganz Lateinamerika formuliert und praktiziert wurde. Allerdings scheint es sicher, daß der MIR nie den entscheidenden Fehler der Focustheorie „verfallen“ war, nämlich der These, daß sich die politische Avantgarde aus dem militärischen Kampf ergebe. In Chile verbreitete sich die Guerilla im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern nie in bedeutsamen Maße. Der MIR selbst stützte seine Arbeit stets auf das Primat der Politik, d. h. er sah die Notwendigkeit der politischen Vorbereitung der Massen, der Intervention in der Massenbewegung, und er begriff den bewaffneten Kampf als höchste Form des politischen Massenkampfes. Gleichwohl gehen doch bestimmte Elemente der

Focustheorie in die Praxis (und Theorie) des MIR ein: Die Beziehung auf die bäuerlichen Massen als Träger der Revolution mit der Arbeiterklasse, und die Vorstellung, von revolutionären Basen auf dem Lande aus die Machtzentren in den Städten zu schwächen und, verbunden mit der Arbeiterklasse, schließlich zu stürzen. Die Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse wurde nicht immer so vertreten wie jetzt, und es ist anzunehmen, daß die relativ schwache Verankerung des MIR im Industrieproletariat nicht nur an der Stärke des Reformismus lag, sondern auch an der späten Intervention des MIR in dieser Arbeiterschicht.

Die strategischen Positionen des MIR waren zu dieser Zeit jedenfalls noch nicht sehr klar. Dies betraf beispielsweise die Frage der Wahlbeteiligung alternativ zum bewaffne-

UNSER POLITISCHES INTERESSE AN DER REVOLUTIONÄREN ENTWICKLUNG IN CHILE

ten Kampf, die Einschätzung der Christdemokratie als faschistisch oder bürgerlich-demokratisch etc. Der MIR ging zwar allgemein von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes aus und baute deshalb seit 67 eine militärische Infrastruktur auf, hatte aber noch keine eindeutige Konzeption für die Übernahme der Macht.

Die Notwendigkeit zur Strategiebildung ergab sich aber schon daraus, daß er, wenn er bei seinen Interventionen auf Reformisten stieß (z. B. in der Industriestadt Concepcion), sich vom Reformismus absetzen mußte – praktisch und theoretisch –, wenn er nicht von ihm aufgezehrt werden wollte.

Später kritisierte der MIR die Focustheorie eindeutig, da sie die Partei als außerhalb der Massen stehend betrachtet und die Partei von dort aus den bürgerlichen Staatsapparat angreift. Die Partei wird in der Focustheorie im wesentlichen als logistische Basis der bewaffneten Aktion verstanden und nicht als Instrument zur Entwicklung des Massenkampfes. Diese Konzeption der Avantgarde als rein militärischer beruht auf der Annahme, daß die politische Situation Lateinamerikas, das politische Massenbewußtsein bereits so weit ist, daß es nur noch der militärischen Intervention bedürfe, um die Massen zur Revolution zu führen: aus der Guerilla entwickle sich auch die politische Form der Führung, die Partei. Zudem wird das Problem der Massenbewaffnung außer acht gelassen, die bewaffneten Aktivitäten beziehen sich auf die Avantgarde, es fehlt ein Konzept des Aufbaus eines Volksheeres. Ein solches Konzept schließt eine politische Massenlinie mit ein, es kann unmöglich unter rein militärischen Fragestellungen und Aktionen entwickelt werden. Das avantgardistische Mißverständnis der Partei als rein militärischen Kern ist begleitet von einer Unterbewertung der politischen Arbeit in den Massen (entsprechend den konkreten Alltagsbedürfnissen der Massen) und der Geringschätzung einer politisch-militärischen Massenlinie.

II. Die ersten Interventionen des MIR bezogen sich vor allem auf die Schichten, die in ihren Kämpfen als Gegner außer dem internationalen Kapital auch die nationale Bourgeoisie hatten – die Bauern und pobladores. Aus dieser Praxis entwickelte der MIR eine auf spezifisch chilenische Situation zugeschnittene Strategie, die von einem neuen, erweiterten Begriff des revolutionären Subjektes, des Proletariats ausging. Wegen der Verflechtung von nationalem Finanzkapital und Landbesitz in Lateinamerika wenden sich die Kämpfe von Bauern und pobladores gegen die nationale Bourgeoisie und stärken die Seite der Arbeiterklasse.

Aufgrund dieser Strategie unterschied sich der MIR von Maoisten und Trotzkisten, die sich ausschließlich auf das traditionelle Industrieproletariat bezogen.

Aus der Negation der Strategie traditioneller Kommunisten allein ergibt sich noch kein Programm. Die Anfangspraxis des MIR war deshalb weitgehend pragmatisch. Er intervenierte vor allem bei den pobladores (das sind die Bewohner der Vorstadt-Slums, die in Chile „poblacion“ heißen), weil es sich bei ihnen um die „aktivste Bevölkerungsgruppe Chiles“ handelte, wie ihre Kämpfe zeigten. Der MIR handelte dabei unbeeinträchtigt von traditionellen Bedenken (daß man mit dem Subproletariat nicht zusammen arbeiten dürfe), im Gegensatz zur traditionellen Linken, die die pobladores politisch und organisatorisch völlig vernachlässigten; einzig die Christdemokraten kümmerten sich um sie: sie versuchten sie mit Wahlgeldern einzukaufen. – Die pobladores hatten als Gegner auch das nationale Kapital, nicht nur das internationale, deshalb paßt ihr Kampf auch nicht in die Strategie der späteren UP und wurde von ihr nicht vorangetrieben. Auch die sofort notwendig militante Kampfform der pobladores (Land- bzw. Hausbesetzungen) steht dem Konzept der KP entgegen.

Der MIR intervenierte also in einem Bereich, wo schon Kämpfe bestanden, wo die spontane Massenbewegung am weitesten herausgebildet war. Aus dieser anfänglich eher empiristischen Praxis bildete der MIR einen, der spezifischen Situation Chiles entsprechenden Strategieansatz. Das Hauptproblem dabei ist das Verhältnis von Proletariat zu Subproletariat (das in Chile quantitativ sehr stark ist) in die Massenbewegung, um ihr von dort einen neuen Anstoß zu geben. Anzumerken ist, daß das „Subproletariat“, die pobladores, etwas anderes darstellen als bei uns. In Chile zumindest kann man mit der Marx'schen Bestimmung der „Subproletariat“ nicht mehr viel anfangen. Bei Marx sind dies „Lumpenproletariat“, Leute, die als individuelle Existenzen gescheitert sind. Sie seien keine massenhafte, einheitliche soziale Schicht. Diese Subproletariat kommen aus allen Schichten, und ihre soziale Situation bietet keine kollektiven Veränderungsmöglichkeiten, die sich in eine revol. proletarische Perspektive einfügen würde. In Lateinamerika dagegen ist das Subproletariat eine quantitativ relevante neue soziale Schicht, die die imperialistische Durchdringung der Länder Lateinamerikas hervorbringt: Landflucht setzt ein, aber es existieren nicht die benötigten Arbeitsplätze, um diese entwurzelten Bauern und Landarbeiter zu integrieren. Selbstverständlich setzt sich dieses Subproletariat noch aus Angehörigen anderer Schichten zusammen: doch da sie in riesigen Slums am Rande der Städte zusammengefaßt sind, ergeben sich genügend gemeinsame soziale Bedingungen für kollektive Kampfmöglichkeiten.

1967 wurden die Maoisten und Trotzkisten aus dem MIR ausgeschlossen, der „Putch“ im MIR wurde von denen gewonnen, die die beste soziale Verankerung in Con-

(Fortsetzung nächste Seite)

1) Im Gegensatz zur Vietnam-Kampagne Ende der 60er Jahre verlangt die „Solidarität mit Chile“ eine klare politische Stellungnahme zum revolutionären Prozeß in Chile und zum chilenischen Widerstand. Die gesellschaftlichen Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen in Chile ähneln denjenigen Westeuropas so sehr, daß eine Parteinahme immer zugleich eine bewußte Auseinandersetzung über die verschiedenen politischen Praxisansätze und theoretischen Positionen innerhalb der revolutionären Linken Chiles erfordert.

Andererseits besteht die Bedeutung der revolutionären Erfahrungen Chiles für uns gerade darin, daß wegen der relativen Ähnlichkeit der gesellschaftlichen Bedingungen Chiles (kapitalistisch industrialisiertes Land, quantitativ relativ starke Arbeiterklasse, Parlamentarismus, starker Reformismus) mit denen Westeuropas im Gegensatz zu anderen revolutionären historischen Situationen wie etwa in Rußland, China, Vietnam die Kontroversen über die richtige revolutionäre Strategie, wie sie ähnlich auch bei uns bestehen, im Zusammenhang mit deren praktischen Konsequenzen deutlich werden.

2) Die politischen Erfahrungen aus Chile sind nicht einfach nur Bestätigungen alter Erfahrungen. Andererseits wollen wir nicht so tun, als ob wir völlig ohne eigene Kriterien den Prozeß der revolutionären Entwicklung in Chile betrachten und daraus die „objektiv“ richtigen Lehren ziehen würden. Auch wir betrachten diese Entwicklung mit einer bestimmten Brille, die unserer politischen Position und unseren Erfahrungen hier in der BRD entspricht. Ein wesentliches Moment der chilenischen Entwicklung ist jedoch, daß keines der traditionellen Schemata – auch unsere eigenen nicht – völlig „bestätigt“ wird.

3) Die Frage der revolutionären Strategie hat sich in Chile aus einer hochentwickelten Klassenauseinandersetzung heraus gestellt, auf deren historisch neue Fragestellungen, die sich aus der Auseinandersetzung der Massenbewegung mit der bürgerlichen Demokratie und dem Reformismus ergaben, keine fertigen revolutionär-strategischen Antworten existierten. Dieser historische, revolutionäre Prozeß hat sich nicht gradlinig entwickelt.

Wir halten es aber nicht für richtig, in der Analyse der chilenischen Situation stets nur zu betonen, daß die Entwicklung der Massenbewegung widersprüchlich verlaufen ist, daß die Vereinheitlichung des chilenischen Volkes real noch nicht vorhanden war und auch die Arbeiterklasse in sich stark differenziert war. Man muß die Schwierigkeiten, die sich im chilenischen Prozeß gestellt haben, kennen und in seiner Strategie berücksichtigen, aber unser Interesse als revolutionäre Organisation liegt ganz besonders bei den praktischen Interventionsmöglichkeiten, die sich aufgrund dieser Einschätzung ergeben, und nicht darin, den Prozeß als solchen mit seinen Widersprüchlichkeiten in objektivistischer Weise zu bestaunen und am Ende nur sagen zu können: „Es konnte nicht anders kommen“.

In dieser Richtung liegen aber die Schwächen der Einschätzungen des Sozialistischen Büros (Beitrag auf der Chile-Konferenz im April 74 in Ffm) und auch des Chile-Komitees Berlin (in Langer Marsch Nr. 13).

4) Wir betrachten den chilenischen Prozeß nicht vom Standpunkt der UP aus, sondern – in etwa – vom Standpunkt des MIR. Der MIR hat die UP nicht von innen kritisiert, sondern der Entwicklung der Massenbewegung und der Vereinheitlichung der Kämpfe der verschiedenen Schichten zentrale Bedeutung zugemessen.

Die UP wurde von der revolutionären Entwicklung, die sie selbst durchaus mit gefördert hat, überrollt und aufgelöst bzw. polarisiert: in den rechten Flügel, in erster Linie die KP, und in einen linken Flügel, der seinen inhaltlichen Bezugspunkt immer mehr im MIR fand. Der MIR war die einzige wichtige Kraft, die Notwendigkeit einer Neuformierung der revolutionären Kräfte unabhängig von der alten UP und in Auseinandersetzung mit ihr erkannt hatte und von dieser Basis aus die UP nicht nur kritisierte, sondern auch eine praktische Alternative innerhalb der Massenbewegung verfolgte, eine Alternative, die einen Bruch des UP-Blocks bedeutete hätte.

Der MIR scheint uns daher die Organisation gewesen zu sein, die die revolutionäre Tendenz in der Massenbewegung richtig begriffen, unterstützt und vorangetrieben hat: eine revolutionäre Organisation.

5) In der Politik des MIR vereinigen sich jedoch verschiedene Elemente: die einen bestätigen unser bisheriges politisches Selbstverständnis, andere stellen es in Frage (und für die anderen politischen Gruppen in der BRD gilt dasselbe, natürlich mit entsprechenden inhaltlichen Verschiebungen). Die klaren Parteinahmen für die konkreten Probleme der Massen, die Einsicht in die bewaffnete Auseinandersetzung mit den Vertretern kapitalistischer Interessen, die praktische Abkehr von bestimmten inhaltlichen Dogmen der traditionellen Arbeiterbewegung und auch des Marxismus-Leninismus, wie er in der BRD gepflegt wird, – dies alles ist begleitet von einem eindeutigen Selbstverständnis des MIR als marxistischer Leninist, Kaderorganisation, was durchaus in der Praxis und in der theoretischen Position des MIR Konsequenzen hat. Und die praktische Bedeutung des MIR ist nur unter der Einheit aller dieser Elemente zu erklären. Um diesen Punkt können wir uns nicht drücken.

Deshalb müssen wir aus Chile auch lernen, daß es falsch ist, die verschiedenen M-L-Parteien über einen Kamm zu scheren. Marxistisch-leninistisch nennen sich auch die KP Chinas und verschiedene Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Es ist ein politischer Fehler, den Marxismus-Leninismus, wie er sich historisch in verschiedenen Ländern herausgebildet hat, ausschließlich unter dem Blickwinkel der Praxis der M-L-Gruppen Westeuropas zu betrachten; das hieße aus der Kritik an den hiesigen Marxisten-Leninisten vorschnelle und deshalb falsche Schlüsse zu ziehen für die Einschätzung der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und des Marxismus-Leninismus überhaupt.

6) Aus den Erfahrungen des chilenischen Prozesses ganz konkrete Übertragungen machen zu wollen, wäre natürlich falsch. – Jede um diesen Fehler zu vermeiden, haben wir versucht, die Politik des MIR im Zusammenhang mit den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen Chiles zu diskutieren. Weder gibt es in der BRD pobladores, noch ist der SPD-Reformismus ohne weiteres mit dem Reformismus der UP Chiles zu vergleichen – und deswegen fordern wir auch nicht die formale Übernahme bestimmter Organisationsstrukturen.

Die Betrachtung der chilenischen Entwicklung zwingt uns die Analyse der Massenbewegung in der BRD auf: erst in diesem Zusammenhang kann man unmittelbar praktische und organisatorische Konsequenzen für die revolutionäre Linke hier formulieren.

Die Geschichte des MIR zeigt die Notwendigkeit, praktische Politik auf eine richtige theoretische Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung und deren möglicher revolutionären Dynamik zu gründen.

Chile Gruppe des RK Frankfurt



ception hatten. Maoisten und Trotzlisten konnten die praktischen Interventionen des MIR, etwa bei den pobladores und campesinos (arme Bauern und Landerbeiter), nicht in Einklang bringen mit ihren strategischen Positionen. Die Maoisten (damit sind die sich mit China identifizierenden Marxisten-Leninisten gemeint) betrachteten Lateinamerika als einen noch halbfeudalen Kontinent. Ihre Strategie besteht daher in einem breiten Bündnis demokratischer Kräfte einschließlich der nationalen Bourgeoisie. Da die pobladores und campesinos aber als Gegner von vornherein auch die nationale Bourgeoisie hatten bzw. haben, paßte eine Intervention in diesen Schichten (aus ähnlichen Gründen wie bei den Reformisten) nicht in die Konzeption der Maoisten. Der Unterschied zwischen Maoisten und Revisionisten in Lateinamerika besteht nicht in Bündnisvorstellungen mit dem nationalen Kapital (d. h. in der Etappenbestimmung der gesellschaftlichen Entwicklung), sondern höchstens in dem Gewicht, das sie dem bewaffneten Kampf zumessen.

Auch die Trotzlisten konnten die Interventionen bei pobladores und campesinos theoretisch schlecht rechtfertigen, da sie in ihren Vorstellungen vom städtischen Industrieproletariat als einzigem Träger des bewaffneten Aufstands ausgehen (vgl. die Position der Trotzlisten zu China). Was sie bei dieser nicht aus den chil. Bedingungen entwickelten Strategie unberücksichtigt lassen mußten, war die Möglichkeit, durch die Schaffung von Kampffronten bei Stumbewohnern und Bauern eine neue Dynamik in der chil. Klassenbewegung voranzutreiben. Der MIR konnte diese Interventionsmöglichkeiten nutzen, weil er nicht – wie Maoisten und Trotzlisten – in seinen strategischen Vorstellungen dogmatisch beschränkt war. Er hatte daher nicht von vornherein – einen theoretisch begrenzten Begriff vom rev. Subjekt Chiles und schloß deshalb bestimmte Schichten als Bezugspunkt der Intervention in seinem praktischen Verhalten und in seiner Klassenanalyse nicht aus.

Der MIR ging davon aus, daß es eine Selbständigkeit der nationalen Bourgeoisie in Lateinamerika (im „abhängigen“ Kapitalismus) nicht gibt. Solange die Entwicklung der Produktivkräfte „den Zwängen der Kapitalakkumulation unterworfen ist, führt sie notwendig zu Monopolisierung der Reichtümer. Deshalb kann man dem Monopolkapitalismus auch kein ökonomisches Modell entgegensetzen, das die mittleren und kleinen Unternehmen verteidigen soll.“ Deshalb können in LA die nationalen Bourgeoisien auch keine eigenständige Rolle spielen und ist ein demokratisches Bündnis mit ihnen strategisch falsch. Der MIR hat sich folgerichtig auch auf jene Schichten bezogen, die sich auch gegen die nationale Bourgeoisie stellen, deren politisches Ziel im Sozialismus besteht. Weil der MIR anfänglich in erster Linie bei den pobladores eine soziale Basis hatte, konnte er sich auch innerhalb der Organisation gegen Maoisten und Trotzlisten durchsetzen.

MUI

III. Der MIR im Untergrund

Die Arbeit im Untergrund zwang den MIR zu einer wesentlich strafferen Organisation. Der MIR wurde durch die Illegalisierung nicht zerschlagen, weil er schon zu dieser Zeit neben seiner Verankerung in den Massenorganisationen einen festen Organisationskern mit militärischer Erfahrung und strategischen Perspektiven hatte.

1969 wurde der MIR verboten. Ob er zur Illegalisierung gezwungen, in den Untergrund gedrängt wurde, ist umstritten. Die Einschätzung darüber hängt wohl hauptsächlich davon ab, wie man die Aktionen beurteilt, die denn zur Illegalisierung geführt haben. Die auslösende Aktion war die Entführung eines rechtsgerichteten Sensationsreporters, der mit der Polizei eng zusammenarbeitete. Er wurde vom MIR später auf der Straße ohne Kleider freigelassen. Es handelt sich um eine Aktion, bei der fraglich bleibt, ob der MIR ihre möglichen Rückwirkungen auf die eigene Organisation vorher genügend bedacht hatte.

Die Arbeit im Untergrund zwang den MIR zu einer wesentlich strafferen Organisation, er vollzog die Veränderung von der Bewegung zur Partei. Dadurch wurde er zur Organisation mit der am stärksten entwickelten Hierarchie und Disziplin innerhalb der chilen. Linken. Das Cafehausvoluntariat wurde endgültig überwunden, es verträgt sich schlecht mit einem revolutionären Anspruch und mit einer revolutionären Praxis erst recht nicht unter den Bedingungen des Untergrunds.

Zur Strukturierung als Kaderpartei trug die Arbeit im Untergrund wesentlich bei (obwohl dieser Punkt etwas unklar ist; denn der MIR verstand sich ja schon vorher als polit. milit. Organisation). Münster beschreibt die Situation des MIR 1969 sehr lapidar: „Inzwischen (!) hatte sich der MIR auch (!) die Strukturen einer marx-leninistischen Organisation gegeben“.

Jedenfalls wurde der MIR durch die Illegalisierung nicht zerschlagen, sondern schaffte die Umorganisation für die politische Arbeit im Untergrund. Er konnte von da ab bis zum Wahlsieg Allendes nicht offen als MIR auftreten, sondern nur in seinen Massenorganisationen Movimiento pobladores revolucionarios (MPR), MUI (Unversität), Movimiento campesinos revolucionarios (MCR), Frente trabajadores revolucionarios (FTR, Arbeiter der Klein- und Mittelbetriebe). Der MIR hatte zur Zeit seiner Illegalisierung schon eine relativ breite Massenverankerung (über die Massenorganisationen) und einen festen Organisationskern mit militärischer Erfahrung und strategischen Perspektiven, sonst wäre auch die Organisation des MIR als Partei unter den schwierigsten Bedingungen im Untergrund nicht möglich gewesen. Die Illegalisierung zwang ihn noch mehr zu einer streng hierarchischen Organisation und zu einer klaren Theoretisierung strategischer Konzeptionen.

Was uns dabei besonders interessieren muß, sind die Voraussetzungen, mit denen der MIR sich noch in der Legalität die genannten pol. Ausgangs- und Überlebensbedingungen für die Arbeit im Untergrund geschaffen hat, bzw. exakter wie wir – hoffentlich auch ohne Illegalisierung – unverändertes Bestehen und strategische Konzeptionslosigkeit überwinden können.

MCR

IV. Das Verhältnis des MIR zur UP

Der MIR beteiligte sich nicht an der UP, weil er anders als die UP ein Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie für strategisch falsch hielt. Ihm war klar, daß die nationale Bourgeoisie in einer zugespitzten Klassensituation an der Seite des nordamerikanischen Imperialismus stehen und auch vor einem Putsch nicht zurückweichen würde. Deshalb hielt er an seiner politisch-militärischen Organisation fest.

Der MIR klagte die UP andererseits nicht als bürgerlich an, weil er sah, daß durch die UP-Regierung bessere Entwicklungsbedingungen für die Massenbewegung sich boten. Das produktive Element der UP-Regierung bestand darin, daß sie mit ihrem beschränkten Programm eine allgemeine Klassenkonfrontation schuf. Der MIR machte daher eine von der UP unabhängige Politik und erkannte die UP als linke, reformistische Regierung an.

Er ging davon aus, daß in der Konfrontation mit der Bourgeoisie die UP 1970 auf der Seite der ausgebeuteten

Massen stand, daß sich die UP aber an der Frage des Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie spalten würde. Der dann notwendige, neue Vereinheitlichungsprozeß auf revolutionärer Basis ist aber besser von außerhalb der UP voranzutreiben.

MPR

Der MIR ging bei der Formulierung seiner Position zum Wahlsieg der UP von folgenden Fragestellungen aus.

- ist die Strategie des bewaffneten Kampfes – dessen Notwendigkeit ja wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses des MIR als revolutionäre Partei bestimmte im Gegensatz zum Reformismus – als Perspektive zusammengebrochen durch den Wahlsieg des Reformismus?
- ist dementsprechend die bisherige Organisationsform der Partei als politisch-militärische überflüssig?
- In welcher Weise muß sich die revolutionäre Linke zur UP und ihrem Programm verhalten – soll sie sich am Bündnis beteiligen und es so unterstützen? (Mapu)
- soll die Regierung als bürgerlich denunziert und attackiert werden?
- oder ist eine eigenständige Politik zu machen, die aber die UP-Regierung als Ausdruck des „Arbeiterreformismus“ anerkennt?

Der MIR sah sich also durch den UP-Wahlsieg einer Situation gegenüber, die eine Diskussion der Linken über ihre strategischen Vorstellungen notwendig machte. Damit wandte er sich gegen schematische Urteile, die im Programm der UP nichts anderes sehen konnten als eine dem Charakter des bürgerlichen Staates entsprechende aussichtslose, irreführende Perspektive, die nur auf eine unvermeidliche Niederlage hinweist.

FTR

Die unorthodoxe Haltung des MIR begründete sich nicht aus Opportunismus gegenüber dem Reformismus, sondern aus seiner Analyse der spezifischen Kennzeichen des chilenischen Reformismus. Aufgrund des minimalen Reformprogramms Frei's, das die UP aufgegriffen hatte, hatte die Massenbewegung einen starken Aufschwung genommen. Der



Wahlsieg Allendes wurde vom MIR als Ausdruck der Hoffnungen und der Stärke dieser Massenbewegung interpretiert, als „Arbeiterreformismus“, und nicht als Ausdruck der Interessen des fortschrittlich-kapitalistischen Teils der chilenischen Bourgeoisie. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn der MIR sieht (richtig), daß Teile der nationalen Bourgeoisie, die an der Kapitalisierung des Landes, am Aufbau einer nationalen Wirtschaft interessiert sind, sich nur im partiellen Widerspruch zum US-Imperialismus und dem politischen und ökonomischen eng mit den USA verbundenen Teil der nationalen Bourgeoisie (z. B. parasitäre Großgrundbesitzer) befinden. Lateinamerika ist kein feudal-oligarchisch strukturiertes Land, in dem die bürgerliche Revolution, die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus historisch „an der Tagesordnung“ ist.

Die Wirtschaftsstruktur der lateinamerikanischen Länder ist in ihrer Unentwickeltheit durch und durch von imperialistischen Ausbeutungsinteressen nach Rohstoffen, Absatzmärkten und weiterverarbeitenden Industrien und billigen Arbeitskräften bestimmt. Konflikte zwischen den nationalen Bourgeoisien und den USA sind Streitigkeiten um die Gewinnverteilung, um den Anteil der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte, Konflikte, die gegebenenfalls immer zurücktreten hinter den gemeinsamen Interesse an der Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft, der Ausbeutung. Diese Interessensidentität drückt sich aus in der bestehenden engen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der herrschenden Klassen der lateinamerikanischen Länder und den USA. Ist die Massenbewegung in den einzelnen Ländern schwach, so treten die Widersprüche zwischen den progressiven Sektoren der Bourgeoisie und den USA hervor, es entwickelt sich ein gewisser Nationalismus, der auch die Massenbewegung ergreifen kann, ohne daß er zur Entwicklung einer sozialistischen Perspektive beiträgt. (Peru) Wird die Bourgeoisie von der Massenbewegung in die Defensive gebracht, so wird die Einheit mit dem Imperialismus lebensnotwendig. (siehe Chile). Die Forderungen der Massen nach Nationalisierung der imperia-



Haus, Bewußtsein und Gewehr

listischen Monopole, Enteignung des Großgrundbesitzes etc., Forderungen, die taktische Bündnisse mit der Bourgeoisie ermöglichen, bleiben nicht bei diesen Zielen stehen, so daß die kurzfristigen Bündnisse zerbrechen, der antagonistische Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Bauern einerseits und Bourgeoisie und Imperialismus andererseits aufbricht. Dies begründet (u. a.) das notwendige Scheitern des Reformismus. Zur Herrschaftserhaltung, zur Erhaltung des Privateigentums, zur Erhaltung des bürgerlichen Staates bedient sich auch der „reformwillige“ Sektor der nationalen Bourgeoisie terroristischer Herrschaftsmethoden, wie in Brasilien, Bolivien, jetzt Chile, deutlich wird.

Der Reformismus der Allende Regierung in Chile war für den MIR (wie gesagt) Ausdruck der seit drei Jahren wachsenden Massenbewegung, die durch die Allende Regierung weitergehende sozialistische Forderungen einzulösen trachtete. Aufgrund der Gespaltenheit der Bourgeoisie (drückt sich aus in der Kandidatur von Torric und Alessandri), und aufgrund der internationalen Lage, die durch die Verflechtung der USA in Südostasien und Nahen Osten, durch eine gewisse Unbeweglichkeit des amerikanischen Imperialismus gekennzeichnet war, nahm der MIR an, daß die reformistische Regierung in Chile einen gewissen Spielraum haben würde. Für die Revolutionäre stellte sich die Aufgabe, die unter Frei begonnene Massenbewegung weiterzutreiben und in diesem Prozeß die Auseinandersetzung der Massen mit dem Reformismus zu führen. Durch die konkrete Unterstützung dieser Kämpfe mußte die Gebundenheit der Allende Regierung an den bürgerlichen Staat, ihre Abhängigkeit von der Bourgeoisie sich zeigen und die Entwicklung einer alternativen Macht der Arbeiter und Bauern Chiles vorangetrieben werden. Zu diesem Zeitpunkt auch stellte sich der MIR klar die Aufgabe der Intervention innerhalb der gewerkschaftlich organisierten, kommunistisch orientierten Arbeiterschaft. Das Ziel, den Bruch der Massen mit dem Reformismus voranzutreiben, stellt die Arbeit von Revolutionären innerhalb dieser Arbeitsschicht an erster Stelle. (Tatsächlich hatte der MIR dabei keine großen Erfolge zu verzeichnen, sei es aus Zeitgründen, sei es, weil er sich diese Schicht praktisch doch vernachlässigt hat - ist nicht klar.) Die Haltung gegenüber der UP beschrieb der MIR als „kritische Solidarität“. Er sah die spezifische Kraft der Allende Regierung, gegenüber den bürgerlich nationalen Regierungen, verteil aber nicht selbst reformistischen Illusionen. (z. B. der MIR nahm nicht selbst an Wahlen teil, 1971 aber proklamierte er Wahlbeteiligung, praktisch sah die Wahlpropaganda so aus, daß einzelne Kandidaten der UP unterstützt oder angegriffen wurden).

Der MIR hatte aufgrund der verminderten Repression unter der UP neue Möglichkeiten, sich als Partei zu entwickeln (es ist die Frage, ob er mehr als 1 Jahr Untergrund überstanden hätte, ohne sich von den Massen zu entfernen). Doch über die neuen Möglichkeiten der legalen politischen Arbeit vernachlässigte der MIR aus seiner Einschätzung des Reformismus heraus nicht die Notwendigkeit der Entwicklung einer „militärischen Massenlinie“. Der MIR, der bis 1970 nicht in den Fehler des Fokismus, des rein militärischen Handelns, verfallen war, hielt jetzt am politisch-militärischen Organisationsprinzip und an der Notwendigkeit der Entwicklung einer politisch-militärischen Massenlinie fest. (Anders als verschiedene kleine Gruppen in Chile, die später gar keine Bedeutung mehr hatten (MR 2, linke Abspaltung vom MIR) bzw. Selbstkritik übten (VOP, siehe Münster) betrachtete der MIR die politischen Fragen als die grundlegenden.)

Allerdings hatte der MIR - wie die anderen Parteien auch - dieses Grundprinzip des revolutionären Kampfes noch nicht in ein klares strategisches Konzept der Massenbewaffnung und des Aufbaus des Volkswarres umsetzen können. Zwar hatte er die Notwendigkeit der Massenbewaffnung in Bezug auf die Verteidigung der Landbesetzungen, der Volkschulen etc., stets betont und auch vorangetrieben, doch unternahm auch der MIR keine Anstrengungen, diese Bewaffnung offensiv zu wenden auf allgemeiner Ebene, d. h. Koordinierung auf nationaler Ebene, Operationspläne etc. - allerdings darf das nicht platt als Vorwurf verstanden werden, es ist erklärbar und bedingt durch verschiedene Faktoren wie z. B. der Einschätzung der Rolle des Heeres. (siehe letzten Abschnitt).

Die kritische Unterstützung der UP durch den MIR drückte sich etwa darin aus, daß er der UP anfänglich bestimmte Sicherheitsapparate zur Verfügung stellte und sein Informationsdienst eng mit der UP zusammenarbeitete. Auf diese Zusammenarbeit geht die rechtzeitige Aufdeckung verschiedener Umsturzpläne der Bourgeoisie zurück.

Diese taktisch-kritische Unterstützung der UP gab der MIR aber nur so lange, wie die UP offensiv war. Als sie sich Mitte 1972 nur noch defensiv verhielt (z. B. Zurückgabe von besetzten Fabriken) steuerte der MIR klar auf eine Umgruppierung der revolutionären Kräfte, d. h. auf ein Zerbrechen des UP-Blocks hin. (ein Prozeß, der sich auch durch die Zuspitzung der Konflikte zwischen Christdemokraten und UP entwickelte). Es kam zu dieser Zeit, der Endphase der UP, aber trotz erheblicher politischer Bewußtheit der Kämpfe (im Hinblick auf die Regierung) nicht zu einem Bruch zwischen den Arbeitern und der Regierung, wie der MIR annahm. Hier wird ein für ein Land mit starker reformistischer Arbeiterbewegung zentrales Problem deutlich, wie dem Reformismus die Hegemonie über die Massenbewegung entzissen werden kann. Es ist nur möglich durch die Einführung der revolutionären Organisation auf die Klassenbewegung.



V
Der MIR war und ist eine Kaderorganisation. (Die Organisation bestimmte die politische Arbeit ihrer Mitglieder).

Aufgrund der politisch-militärischen Organisation des MIR waren die einzelnen Basiszellen des MIR nicht miteinander verbunden, sie hatten eine eigene Aktionsautonomie bei strikter Respektierung der Linie der Partei.

Im MIR konnte mitarbeiten, wer sich in einer seiner Massenorganisationen bewährt hatte.

Der MIR war - und ist - organisiert nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, entsprechend seinem Selbstverständnis als marxistisch-leninistische Partei. (Ohne uns jetzt auf eine Erörterung dieses Problems einzulassen, wollen wir doch betonen, daß wir nicht Verfechter prinzipieller Standpunkte sind, also abstrakt für oder gegen Zentralismus. Betrachtet man die revolutionären Parteien der Arbeiterbewegung, so haben sie sich fast alle zum demokratischen Zentralismus bekannt, ohne sich jedoch in ihrer konkreten Gestalt zu ähneln wie ein Ei dem anderen. Für jede konkrete historische Situation muß eine adäquate

Organisation für die Avantgarde und die Massenbewegung gefunden werden, damit die politische Avantgarde ihre Funktion - sich im Massenprozeß zu entwickeln und in ihm eine politische Alternative zum Reformismus zu formulieren - wahrnehmen kann. Geht man von dieser Hypothese aus, so ist absolute Basisautonomie und Dezentralismus abzulehnen, denn die Entwicklung einer politischen Organisation bedeutet auch immer eine gewisse Zentralisierung von Erfahrungen. Im übrigen wäre es borniert zu glauben, daß „demokratischer Zentralismus“ innerparteiliche Diskussionen, Basisaktivität etc., ausschließt - das hieße, diese Parteistruktur generell mit dem Stalinismus zu identifizieren.) Der MIR hat sich angesichts der Tatsache, daß er sich als einzige revolutionäre Organisation außerhalb der UP zu einer gewissen Stärke entwickelt hat, das Problem der organisatorischen Strukturierung seiner politischen Arbeit wohl richtig gestellt, und zwar in verschiedener Hinsicht.

Im MIR selbst, in der Partei, arbeiteten nur Genosseninnen und Genossen, die sich durch politische Arbeit in den Massenorganisationen des MIR mindestens ein Jahr lang bewährt hatten. Auch galten strenge Kaderkriterienprinzipien, die Genos(inn)en wurden streng überprüft.

Die Mitglieder des MIR in den Massenorganisationen konnten sich (zumindest offiziell) nicht. Diese Mitarbeit in den Massenorganisationen war das einzige Mittel, um mit dem MIR in Kontakt zu treten, denn es gab keine öffentlichen Büros oder Adressen.

Wer man Mitarbeiter des MIR geworden, so lag die Entscheidung über die weitere politische Aktivität des Genossen bei der Partei, er (sie) wurde dort eingesetzt, wo er bestimmte Aufgaben am besten wahrnehmen konnte, wo Initiativen notwendig waren. „Die Entscheidung darüber, ob, wie, und wo ein Genosse arbeitet, studiert, lebt usw. obliegt der Organisation“ (MIR).

Für die Situation in der BRD mag das im Moment nicht adäquat sein, es soll aber eine Richtung politischer Organisation angeben, daß aufgrund einer Analyse, die verbindlich ist für die ganze Organisation, die politische Arbeit bestimmt wird, und daß man innerhalb der Organisation diskutiert, warum man in welchem Bereich sinnvoll arbeitet. Bei uns vollzieht sich das doch nur sehr individuell und voluntaristisch, wer z. B. im Betrieb arbeitet oder lieber ein Stipendium annimmt. Das weist auf eine Beliebigkeit der Intervention aufgrund fehlender objektiv bestimmbarer Kriterien hin. Praktisch wirkt sich das dann so aus, daß sich z. B. bei der Emigrantenarbeit in den Mietstreikhäusern (in Ffm) die Genossen aufgrund mehr oder weniger Zufälligkeiten oder scheinbar privater „Hobbies“ beteiligten. Was fehlte, war eine aus der objektiven Situation der Emigranten - um beim Beispiel zu bleiben - abgeleitete Begründung für die Intervention, wobei dann auch zu klären wäre, was denn nach dem „Kampf um das Haus“ folgt. Doch zurück zur MIR. Die interne Organisation des MIR bestand - soviel wir wissen - aus einzelnen Basiszellen mit möglichst großer Ak-

tionärsautonomie, die unter strikter Respektierung der Linie der Partei unter Führung erfahrener Kader, agierten. Diese hielten die Verbindung von der Basisebene zu den mittleren und führenden Organen der MIR, d. h. sie waren Mitglieder der regionalen und nationalen Führungsorgane der MIR.

Der MIR war gekennzeichnet durch 2 Ebenen organisatorischer Strukturierung: den - auch unter Allende beibehaltenen - illegalen politisch-militärischen Kaderstrukturen und den offenen Massenstrukturen, dem organisatorischen Mittel ihrer politischen Interventionen. Die spezielle Kaderstruktur hatte u. a. den Vorteil, daß der MIR als einzige der linken Parteien Chiles nicht vom CIA infiltriert wurde. - Das Schwerkgewicht des MIR lag nicht bei avantgardistischen politischen oder militärischen Aktionen, sondern bei der Entwicklung der Massenlinie. Nicht durch derartige Aktionen, sondern durch die Unterstützung der Klassenkämpfe konnte sich der MIR in den Massen verankern. Der MIR hat eine revolutionäre Massenlinie entwickelt durch die Zentralisierung und Verarbeitung verschiedener politischer Erfahrungen aus verschiedenen Sektoren (Arbeiter, Bauern, Stu-

Wenn der MIA in verschiedenen Bereichen politisch-militärische Organisationen gebildet hat, so hat er das nicht getan, um als Partei den Feind zu schlagen, sondern mit der Strategie, daß nur der Kampf der Massen — unterstützt und geführt von der revolutionären Partei den Feind schlagen kann.

VI. Verhältnis Partei-Massenbewegung

Im Gegensatz zum MIR stellt sich für die bundesrepublikanischen Marxisten-Leninisten die Vereinheitlichung der Massenkämpfe nur über ihre Parteien und deren Bündnispolitik dar. Daher betrachten sie spontan stattfindende Kämpfe in erster Linie im Hinblick auf die Stärkung ihrer Parteien). Der Massenkampf wird als ideologischer Kampf zur Propagierung des Sozialismus begriffen, die konkrete Durchsetzung von Masseninteressen und die Weiterentwicklung der Kämpfe ist dem untergeordnet.

Bei der Beurteilung des MIR fällt als erstes der zentrale Stellenwert auf, den er – als marxistisch-leninistische Partei – der Entwicklung der Massenbewegung zumißt. Dies zeigt sich an Form und Inhalt der Intervention.

Sie wird zur Frage der Bündnispolitik der Partei, die Repräsentanten verschiedener sozialer Schichten in sich vereinigt; durch ihre Massenorganisationen, durch Parteiprogramme und Plattformen etc. soll die Partei die Bündnispartner des Proletariats an sich binden und so dem Proletariat vermitteln. Die Einheit der Kämpfe also, des Bündnis „zwischen Arbeiterklasse und den anderen Schichten des Volkes“ soll sich über die Partei herstellen. Die gemeinsamen Kampfziele sollen sich durch ideologische Überzeugungsarbeit, politische Plattformen u.ä. ergeben. Die unmittelbaren Kämpfe (auch des Proletariats) bekommen durch die Partei die Möglichkeit der politischen Artikulation gegen die Bourgeoisie und ihren Staat.

In Chile nun befindet sich die kapitalistische Ver-
gesellschaftung der Arbeit längst nicht auf der Stufe der BRD
oder Italien. Chile ist als industriarisiertes Land zu bezeich-
nen, wenn auch auf einem technologisch rückständigem Ni-
veau. Die zwar zahlenmäßig starke Arbeiterklasse

Zudem existierte in Chile eine spezifische Situation, in der auch zahlenmäßig starke Schichten im Volk wie die armen Bauern, Landerbeiter, poblabones, Studenten in ihren unmittelbaren Kämpfen nicht an ständische Grenzen, sondern auf die nationale, vom Imperialismus gestützte Bourgeoisie als Feind stellten (vgl. weiter vorne). Es existierte eine historische Situation in der Bauern, die Land besaßen, die nicht zum Privateigentum erklären wollten, sondern es – da sie als Feind nicht mehr Feudalherren sondern landbesitzende Kapitalisten hatten – es kollektiv bewirtschafteten, also das Privateigentum abschaffen wollten – ebenso, wie die Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe, die für die Sozialisierung bzw. für die Ausweitung der Sozialisierung der Produktion kämpften.

Die Massenorganisationen des NLR blieben nicht bei unmittelbarer Interessenvertretung stehen, sie waren politische Instrumente zur Führung der Massenbewegung, um dem Reformismus die Hegemonie über diese zu entreißen.

Der MIR hatte – wir würden sagen: trotz des strengen Kaderpartei-konzepts – das „Öhr an den Massen“. Aus dem konkreten Massenkampf heraus versuchte er, die revolutionäre antikapitalistische Perspektive innerhalb der Massen zu entwickeln, diese Perspektive auf **Massenebene** zu vereinheitlichen. Deshalb begriff der MIR sich auch als „innere Avantgarde“ der Massen, was für uns zunächst, die er doch als Partei, nach unseren Begriffen also „extern“ operierte, schwer vorstellbar ist. Demgegenüber versuchte die KP Chiles, auch marxistisch-antistisch, ein Bündnis zwischen Schichten materiell anderer, zum Teil sogar antagonistischer Interessenlagen herzustellen: zwischen dem Proletariat und Teilen der Bourgeoisie. Dabei mußte die KP notwendig eine diktatorische Rolle gegenüber den Arbeitern annehmen und konnte die Massenmobilisierung nur zu sehr begrenzten Zwecken wie Wahlen vornehmen. Wann auch bei bestimmten Teilen im Proletariat stark verankert, konnte man sie doch beim besten Willen nicht „innere Avantgarde“ nennen.

A young girl with dark hair, wearing a white dress and a dark jacket, stands on a stage. She is holding a long, thin object, possibly a stick or baton, and looking towards the right. A large, light-colored curtain is visible in the background.

den Organen der Poder Popular ausdrückte, welche sich auf Initiative des Volkes, in einer besonderen Konfrontationssituation mit Bourgeoisie und Staat, herausbildeten.

Diese Beziehung der Partei zur Massenbewegung brachte auch eine besondere Form der Intervention. So schreibt Meschkat (Sondernummer d. Chile Nachrichten 2) „Der MIR hatte mit dem Aufbau von Massenorganisationen unter den Bewohnern der Elendsviertel und Bauern Erfolge, weil seine Kader selbst in den Poblaciones und auf dem Lande lebten, keine Linie von außen herstrugen, sondern halfen, die realen Bedürfnisse der Menschen zu artikulieren“. Dieses Vorgehen trug dem MIR übrigens vorsonit anderer Parteien und Revolutionären wie Hugo Blanco (Trotzkist) den Vorwurf ein, er sei spontaneistisch und/oder ökonomistisch – ein Vorwurf, den Enriquez allerdings zurückweist. „... der Ökonomismus (ist) ein Bestandteil des Reformismus“.

Diese Art der Intervention stößt bei uns, dem Revolutionären Kampf, auf uneingeschränkte Sympathie. Die Massen bei der Realisierung ihrer unmittelbaren Interessen zu unterstützen, ihre realen Bedürfnisse zu artikulieren: das versuchen auch wir, da auch wir annehmen, daß sich nur durch eine materielle Kampferfahrung hindurch, auf der Basis materieller Interessen, Klassenbewußtsein entwickeln kann. Bei uns allerdings ist nicht klar, mit welcher Zielsetzung wir intervenieren. Es fehlen strategische Vorstellungen, die eine politische Gewichtung der verschiedenen Kämpfe möglich machen würden; die Folge davon ist, daß wir allen Kämpfen gleiche strategische Bedeutung zuschreiben, auch wenn sie real sehr unterschiedliche Bedeutung und Perspektiven haben (z. B. Bürgerinitiativen und Arbeitskämpfe).

Deshalb betonen wir die Erreichung des unmittelbaren Zieles unverhältnismäßig stark – das erklärt z. B. den Vorwurf der ML, wir seien im Grunde reformistisch, weil wir keine Perspektive über den „Kampf um das Haus“ hinaus formulieren können. Dies betrifft nicht nur die Inhalte (wie weitermachen?), sondern auch die Organisationsfrage: weder in der Betriebsarbeit noch im Häuserkampf gibt es politisch „faßbare“ Resultate: der Häuserrat war vom Tisch, als die geräumten Häuser größtenteils geräumt waren, die Emigranten sind vereinzelt oder bei den Reformisten, und wir haben uns zwar um einige proletarische Jugendliche vergrößert, die aber auch nicht recht wissen, welche politische Rolle sie eigentlich spielen sollten – außer bei Demonstrationen und sonstigen Aktionen.

Der MIR jedenfalls intervenierte nicht nur der einzelnen Aktion zuliebe und beschränkte sich nicht bloß auf die technische Unterstützung der Aktion. Auch wenn er den Prozeß der Massenvereinheitlichung in nicht traditioneller Weise begriff und entsprechend anders intervenierte, so vernachlässigte der MIR nicht das Problem der politischen Führung der Kämpfe, der Aufgabe der Entwicklung vieler taktischer Schritte zur Erreichung des strategischen Zieles, des Sozialismus.

Auch die Ungleichzeitigkeit und Sprunghaftigkeit der Kämpfe, die Notwendigkeit in diesen Kämpfen die revolutionäre Alternative zum Reformismus zu entwickeln, machen die politische Avantgarde, die Partei, notwendig (MIR).

Doch intervenierte der MIR eben nicht, um die Partei zu stärken, bis sie „losschlagen“ kann, sondern die revolutionäre Partei zu entwickeln hieß für den MIR zu allererst, „den Massen die Initiative zu überlassen, konkrete Handlungsanweisungen zu finden und Massenstrukturen zu finden, die es erlauben, die revolutionäre Bewegung weiterzuführen, auch wenn es notwendig sein sollte, das Parlamentarismuspiel zu zerbrechen“, – also die Unidad Popular anzugreifen.

Die Massenstrukturen, die der MIR zur Führung einzelner Bewegungen entwickelte, waren seine Massenorganisationen MCR, FTR etc. „Jede dieser Bewegungen entspricht einer Tendenz, die unter den Massen vertreten ist, und in jedem Sektor haben wir versucht, eine organisatorische Form zu finden. Diese Fronten erweitern die Eingriffsmöglichkeiten des MIR erheblich, denn wir sind überall in diesen Organisationen in leitenden Funktionen vertreten, zusammen mit kleineren politischen Gruppen, die von uns abhängig sind. Es gibt viele Bauern und Militante, die in den Fronten arbeiten, ohne dabei Militante des MIR zu sein“.

Diese Massenorganisationen erschöpfen sich in der Charakterisierung als Organe unmittelbarer Massenvertretung allein. Sie waren gleichzeitig politische Instrumente zur Führung der Massenbewegung selbst. Mit ihrer Hilfe konnte in den Massen die Auseinandersetzung mit dem Reformismus geführt werden, sie waren ein Mittel, den radikalen antikapitalistischen Inhalt der Kämpfe klar zu formulieren und zu verallgemeinern, d. h. also die Kämpfe in bestimmter politischer Richtung zu führen. Entsprechend dem Inhalt der Kämpfe drückten sie die Einheit des politischen und ökonomischen Kampfes aus, unterscheiden sich also grundlegend in ihrer inhaltlichen Bestimmung von dem traditionellen Verhältnis von Gewerkschaft und Partei.

Der MIR definierte also die Rolle der Partei in einer neuen inhaltlichen Beziehung zu der Massenbewegung, doch er stellte, die Notwendigkeit der politischen Führung nicht infrage, wobei er übernahm das Konzept der Partei revolutionärer Kader, von Berufsevolutionären, wie es Lenin entwickelt hatte.



Diesem Parteimodell folgte der MIR offenbar. Die MIR-Kader intervenierten als Revolutionäre, d. h. organisiert mit klaren politischen Interessen. Sie schloßen nicht in die Rolle z. B. eines Sozialarbeiters, wenn sie den Bauern schreiben beibrachten. Sie stellten ihre politische Arbeit auch nicht unter den Stern des Verschmelzens von Student, Arbeiter, Bauer, Indianer usw., sondern sie intervenierten als Revolutionäre. Für den MIR-Kader war nicht die Herkunft ausschlaggebend, – Student muß an der Uni, Bauer bei Bauern arbeiten etc. – sondern entscheidend für die politische Rolle des Kaders war allein ob und wie er politische Funktionen wahrnehmen konnte, beispielsweise haben auch MIR-Kader, die einmal Pobladores waren, an der Unipolitische Arbeit geleistet. Der MIR sah also seine Aufgabe darin, als Partei von Revolutionären politische und militärische Führungsaufgaben zur Entwicklung der Massenbewegung wahrzunehmen. Der MIR hat auf die Frage, warum er innerhalb der UP keine institutionellen Verantwortlichkeiten übernehmen habe, geantwortet: „Wir haben eine viel größere Verantwortung übernommen: wir versuchen dem Massenprozeß eine politische Führung zu geben, den Prozeß zu verteidigen, die Verschwörung zu bekämpfen“. Auch hat es der MIR als seine größte „Schwäche“ bezeichnet, daß es „uns nicht gelungen ist, dem Reformismus die Führung der Massenbewegung zu entreißen“ (Enriquez). Als wichtigste Aufgabe des chilenischen Widerstandes jetzt formuliert der MIR: „Wenn die politische Führung der Arbeiterklasse sich dem Imperialismus und Kapitalismus nicht entgegenstellt, um die Kampfkraft der Massen im Sinne dieses Programms zu lenken – besonders in Krisenzeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems – so ist der Preis dafür der uneinneh-

liche Sieg der Ultrareaktionären bürgerlichen Konterrevolution. Diese alte Lektion des Leninismus und der vergangenen 50 Jahre weltweiten revolutionären Kampfes ist die entscheidende Lehre aus der blutigen Niederlage des chilenischen Volkes am 11. September“ (MIR-Buch, S. 117).

Die Alternative zum Reformismus, die revolutionäre Perspektive innerhalb der Massen zu entwickeln und durchzusetzen, hat die Arbeit auf jeder Ebene des politischen und militärischen Massenkampfes bestimmt: das genau heißt, die revolutionäre Führung wahrzunehmen, heißt Hegemonie über die Massenbewegung. Im Verhältnis zum Reformismus hatte der MIR nur eine schwache Massenbedeutung, konnte für die Massen noch nicht die Alternative darstellen – doch der konsequente Anspruch hat ihn jetzt zu einer entscheidenden Kraft des Widerstandes werden lassen.

Die spezifische Beziehung der Partei zu den Massen erklärt, warum sich der MIR selbst die „innere Avantgarde“ benennen konnte, und diese inhaltliche und organisatorische Beziehung, d. h. auch das Parteikonzept des MIR, entsprach offenbar den chilenischen Verhältnissen und sichert dem MIR jetzt politische Überlebenschancen im Gegensatz zu anderen Parteien.

MIR

VII. Poder popular und Staatsmacht

Der Ausdruck des höchsten Reifegrades des revolutionären Prozesses in Chile war die Herausbildung dessen, was zusammengefaßt als „poder popular“ bezeichnet wurde: *comandos comunales, cordones industriales, consejos comunales campesinos* sowie die „Volksversammlung von Concepción“.

Die UP als ganzes gesehen bzw. innerer deutlicher: ihr Regierungsfügel und die KP, lehnten diese konkreten Formen von poder popular ab. Sie sagten, daß dies das Bürgertum verschrecke und den Putsch der Reaktion herbeiführe, und sie erkannten (richtig), daß die poder popular letzten Endes auch die UP-Regierung perspektivisch die Macht streitig machen würde.

Die linken Flügel der UP-Teile der Mapu, der PS usw., unterstützten diese Initiativen der „poder popular“. Teilweise mit dem Argument, daß die UP auf die Aktivität der „Basis“ angewiesen sei (in ihrer Auseinandersetzung mit der Reaktion), also taktisch zur Unterstützung der UP-Regierung. Teilweise mit ähnlichen Argumenten wie der MIR.

Der MIR unterstützte die Formen der „poder popular“, weil er bzw. (ganz konkret) insoweit er in ihnen Kalkformen einer revolutionären Machtstruktur der Massen sah:

- der Ort, wo sich Industriearbeiter und Bauern (etc.) vereinigen könnten im Rahmen einer revolutionären Initiative
- Ansätze einer alternativen Lebens- und Gesellschaftsorganisation
- Massendemokratische Rätestrukturen, die sich auf Grund ständiger Bedrohung militärisch verteidigen mußten und so als Kampfstrukturen entwickelten.

Diese drei Bestimmungen gaben auch grob die Momente wieder, auf Grund derer sich die konkreten Initiativen und Ansätze der „poder popular“ als praktisch-notwendige Lösungen realer Probleme allmählich herausbildeten und vervollständigten.

Das vorher angegebene Verhältnis von Parteil und Massenbewegung erlaubte es, daß der MIR die unabhängigen Initiativen der Massen, die sich nach dem ersten Transportunternehmerstreik entwickelten, unterstützte. Diese Initiativen konkretisierten sich in der Bildung von *comandos comunales* (die alle sozialen Bereiche einer Gemeinde vereinigten — Arbeiter, Bauern, Studenten, Frauen, Angestellte, Kleinhändler), von *cordones industriales* (Arbeiterräten) und *consejos comunales campesinos* (Bauernräten). Ebenso unterstützte der MIR die Volksversammlung von Concepción als die (perspektivische) Möglichkeit, das Parlament durch die wirkliche Volksdemokratie zu ersetzen. Die UP nahm notwendig andere Positionen ein:

Die der Herausbildung von ersten Ansätzen von p. p. (Volksversammlung von Concepción) am 12. Mai 72 regierten die UP-Parteien aufgeschreckt und mit scharfer Ablehnung. Sie sahen die Masseninitiativen ohnehin eher als Gefährdung ihrer Bündnisstrategie als eine Stärkung der revolutionären Bewegung. So konnte sich Allende nur vorstellen, daß die Initiatoren der Volksversammlung Konterrevolutionäre seien. Dieses Verhältnis der UP zu den unabhängigen Organisationen der Massen änderte sich nicht bis 1973, allerdings kristallisierten sich innerhalb der UP verschiedene Positionen heraus, die die p.p. unterstützten. Der rechte Flügel der UP (Allende und KPCH) erkannte erst kurz vor dem Putsch (Juni 73) die Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen und die Schaffung der Volksmacht, doch selbst dann begriffen sie ihr Eintreten für die p.p. stets nur taktisch, als Unterstützung der UP.

Der MIR dagegen bezeichnete die p.p., speziell die *comandos comunales*, als geeignetes Instrument, „Kräfte zu sammeln um das Parlament aufzulösen (als Perspektive), ein Programm aufzustellen für die Gesamtheit des Volkes, um die Gesamtheit der Feinde zu schlagen. Es ist möglich und notwendig, derartige Lösungen aufzustellen, die auch von Teilen der PS und IC erhoben worden sind, und die wir „*consejos comunales de trabajadores*“ nennen“. Deren Aufgabe ist es, „die Gesamtheit des Volkes zu vereinen, und zu aktivieren, indem sie ein Programm erstellen, daß die Forderungen der verschiedenen Sektoren des Volkes interpretiert“. Die *comunalräte* sind offen für jeden, sie sind der Ort der ideologischen Auseinandersetzungen. Der MIR sah in diesen Räten das „Programm des Volkes“ sich konkret entwickeln, sich die Volkseinheit auf höherer Ebene herstellen. Hier war der Ort, an dem sich Industriearbeiter und Bauern vereinigen konnten. Diese Initiativen der Arbeiter und Bauern zur Wahrnehmung sozialer Aufgaben und der Weiterführung der Produktion dienten dem unmittelbaren Lebensinteresse des Volkes, sie verwirklichten in Ansätzen eine alternative Lebensorganisation, doch sie waren zugleich auch gerichtet gegen Unternehmer und Imperialismus, die das soziale und wirtschaftliche Leben Chiles lahmlegen wollten. D. h. die beginnenden Rätestrukturen entwickelten sich als Kampfstrukturen, waren ein Angriff gegen die Funktionen und die Macht der Bourgeoisie. Entsprechend waren sie dauernd bedroht und mußten sich auch militärisch verteidigen. Daß die Rätestrukturen sich überhaupt in einem gewissen Umfang entwickeln und konsolidieren konnten, daß die Bourgeoisie nicht sofort zuschlug, lag an dem Machtvakuum zu dieser Zeit. Die Bourgeoisie war noch gespalten, deshalb geschwächt. Die UP konnte auf die Angriffe der Unternehmer nicht adäquat antworten innerhalb des selbstgesetzten Rahmens der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Staates. Die Gewerkschaften repräsentierten nur einen kleinen Teil des Volkes, zudem konnten sie aufgrund der Bindung an die UP nur begrenzt operieren.

Der MIR interpretierte die Situation beim Transportunternehmerstreik 1972 als Machtkonfrontation zwischen nationalem Kapital, Imperialismus und Arbeiterklasse. (Bauern etc.), die Rätestrukturen sah der MIR als adäquate Antwort des Volkes auf die seitens der Bourgeoisie gestellte Machtforderung. „Wenn sich die Unternehmer weigern zu produzieren, zu transportieren, zu verkaufen, und zu handeln, dann muß und kann das Volk diese Tätigkeiten in seine eigene Hand nehmen — dann kann die Arbeiterdemokratie in Industrie und Landwirtschaft die Produktion selber machen und Handel und Transport in Gang setzen. Die Enteignung der Großindustrie, des Großhandels und der (staatl.) Verteilerorganisation, die chilenische Kammer des Baugewerbes, und die großen Transport und Schifffahrtsunternehmen, die Massenkommunikationsmittel, die Banken und die Minen im Besitz der Nordamerikaner, die Arbeiterkontrolle über die privaten Unternehmen soll vorangetrieben werden, um die ökonomische Basis, auf die sich der Widerstand der Unternehmer stützt, zu brechen“.

Die Durchsetzung dieses Programms, das die Machtforderung gegen Kapitalisten und Staat (Und Imperialismus natürlich) formulierte, kann nur verwirklicht werden, „wenn sich eine Macht des Volkes entwickelt... Embryos der Volksmacht, die es erlauben, die notwendige Kraft zu erzeugen, um das Parlament in Frage zu stellen und in Zukunft durch die Volksversammlung zu ersetzen“.

Als wichtigste politische Aufgabe stellte sich der MIR deshalb die „Aktivierung der Massen“, um die Entwicklung der *comandos* etc. weiterzutreiben. „Wir rufen dazu auf, den Kampf der Arbeiterklasse und der Massen voranzutreiben, das Volk von unten her in kommunalen Räten zu vereinen. Diese Räte sind das Werkzeug, das der Arbeiterklasse und dem Volk erlauben wird, die Reaktion der Unternehmer und den Faschismus endgültig zu schlagen“. Als sich die Machtforderung zuspitzte, die Bourgeoisie sich einigte, bezeichnete der MIR (nach dem ersten Putschversuch) die *comandos comunales* (CC) als die Instrumente des Volkes, die von ihrer faktischen (aber doch ziemlich schwachen) Machtposition aus die UP und die loyalen Teile der Armee zwingen sollten, eine revolutionäre Gegenoffensive einzuleiten gegen den drohenden Putsch, „ohne ihnen jedoch ausschließlich die Entscheidung und Vorbereitung zu delegieren, die unseren hundertjährigen Kampf (der revolutionären Bewegung) um die Staatsmacht fortsetzen soll. Die CC, das revolutionäre Volksprogramm und die Volksmacht sind die Instrumente, die diese Unabhängigkeit gewährleisten, mit denen die Arbeiter auch ohne schwankende Verbündete — wenn notwendig — den Kampf entschlossen fortsetzen werden“. Die Poder popular erschien dem MIR als die Möglichkeit, die gesplante Linke angesichts des Putsches auf der Basis der Volksmacht, eines von der Regierung aufzufordernden poder popular, um von dort die Regierung aufzufordern, der Bourgeoisie unsere Interessen aufzuzwingen“.

Angemerkt werden muß, daß die reale Entwicklung der poder popular lange nicht so entwickelt war, wie es hier scheinen könnte. Hier interessiert nicht so sehr die tatsächlichen und unterschiedlichen Entwicklungen von *comandos*, *cordones* etc. Hier interessiert vor allem die politisch-strategische Gewichtung der Organe der Poder popular, wie sie von den verschiedenen Parteien der chilenischen Linken Chiles vorgenommen wurden. Dies ist deshalb so wichtig, weil die PP schließlich die herausragende Besonderheit des chilenischen revolutionären Prozesses darstellt.

Die Auseinandersetzung der chilenischen Linken zur „poder popular“ steht in der Tradition der langen Auseinandersetzung zwischen Revolutionären und Reformisten über die Bedeutung der Staatsmacht im revolutionären Prozeß, die angefangen hat an den Lehren, die Marx aus dem Scheitern der Pariser Kommune zog, und die Lenin anzuwenden versuchte. Aber dies ist nur eine Charakterisierung der Auseinandersetzung um die „poder popular“.

Die Frage einer an den Bedürfnissen der Massen wirklich orientierten Politik entscheidet sich nicht kurzschlüssig allein an der Organisationsstruktur: das Verhältnis von „offener Massendemokratie“ und zentralistischer Entscheidungsstruktur ist vom MIR trotz Aufrechterhaltung inhaltlich revolutionärer Massenspolitik stets an der Frage und nach Maßgabe der anstehenden Aufgaben und der gesellschaftlichen Verhältnisse neu gestellt und entschieden worden.

Die vorhin beschriebenen Differenzen in Hinblick auf die poder popular innerhalb der Linken Chiles beziehen sich letztlich auf grundsätzlich verschiedene Beurteilungen der Rolle des bürgerlichen Staates im revolutionären Prozeß.

Der Reformismus geht bei seiner Vorstellung von der „Revolution“ von der Unüberwindlichkeit des Staates durch den bewaffneten Kampf, also von seiner Unbesiegbarkeit aufgrund seiner militärischen Stärke aus. Dies ist die Basis für den „friedlichen Weg zum Sozialismus“, der mit Hilfe der entsprechenden Bündnispolitik, durch Sozialisierung der Wirtschaft, durch „Eroberung“ des Staates durch Wahlen sich die Möglichkeit zur sozialistischen Transformation der Gesellschaft schaffen will. Gerade die Rolle der UP zeigt — bedenkt man die Folgen — auf tragische Weise, daß die Regierung nicht den Besitz des Staates, ja noch nicht einmal die Kontrolle über den Staatsapparat erlangen konnte (wegen der sog. Legalitätsgarantien). Schwerwiegendstes Resultat dieser Politik ist die Entwertung des Volkes. Die Revolutionäre dagegen (MIR u. a.) gehen aus von der Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes, von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Der MIR formuliert als Ziel des Widerstands (und das galt auch vor dem Putsch), daß die „chilenische Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat in seinen Grundfesten zerstört und darauf einen Arbeiter- und Bauernstaat errichtet (wird)“.





Der MIR steht damit in einer bestimmten revolutionären Tradition des Marxismus-Leninismus.

Marx schreibt in seiner Interpretation der Pariser Kommune, daß das Proletariat durch seine Form der Selbstorganisation neue Formen des proletarischen Staates entwickelt — die Räte. Der alte Staat muß zerschlagen werden und direkte Demokratie an seine Stelle gesetzt werden, denn „die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in den Besitz nehmen und diese für ihre Zwecke in Bewegung setzen“. Genau diesem Irrtum unterliegen die Reformisten, genau diesen Irrtum machen die KPFen in Westeuropa zum Ziel ihrer Politik.

Lenin, der als erster in Kritik zur Sozialdemokratie der II. Internationale diese Erfahrung der Pariser Kommune, das Problem der Machtfrage, und die Lehre, die Marx daraus gezogen hatte, erneut in den Zentrum der politisch-theoretischen Überlegungen stellte, schrieb über die Volksmacht in Rußland: „Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der provisorischen Regierung, der Regierung der Bourgeoisie, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber doch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende Regierung herangebildet hat: die Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten.“

Wie ist diese andere Regierung klassenmäßig zusammengesetzt? Aus Proletariern und in Soldatenrücken gesteckten Bauernschaft. Welcher Art ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten und nicht auf ein von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes Gesetz. Sie ist eine Macht von ganz anderer Art... Diese Macht ist von dem selben Typus, wie es die Kommune war. Die Grundmerkmale dieses Typus sind: 1. Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz, sondern die direkte „Machtergreifung“, um diesen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen. 2. Ersetzung von Polizei und Armee als vom Volk getrennte und dem Volk entgegengesetzte Institution durch die direkte Bewaffnung des ganzen Volkes. Die Staatsordnung wird unter einer solchen Macht von den bewaffneten Arbeitern und Bauern selbst, vom bewaffneten Volk selbst geschützt.“

Daß diese Vorstellung in der russischen Entwicklung sehr bald in die Errichtung eines neuen, repressiven Polizei- und Staatsapparates unterging, ist ja bekannt. Trotzdem ist es diese, auf Lenin zurückgehende Tradition der Arbeiterbewegung, die bewußt dieses Problem der Machtfrage in der revolutionären Entwicklung angepackt hat. Das ist wohl auch der Grund, warum der MIR sich selbst als „marxistisch-leninistisch“ bezeichnet.

Nicht nur die heutigen „reformistischen und revisionistischen Varianten des „Marxismus-Leninismus“, auch eine anarchistische Position wurde mit dem oben Gesagten nicht übereinstimmend, wenn auch von jeweils sehr verschiedenen Standpunkten aus. Wir können hier nur auf dieses Problem hinweisen. Es muß noch ausführlicher diskutiert werden. Es gibt je genügend historische Beispiele, auf die man sich beziehen kann. Hier soll nur angedeutet werden, ebenso wie die Frage der Räte Demokratie.

Es ist auffallend, daß der MIR des Aspekts der revolutionären Volksdemokratie, die ja die Räte in Chile auch ausdrücken, selten betont. Sicher wurden die Momente der Demokratisierung der Willensbildung in der Planung der Produktion, in der Gestaltung des Produktionsprozesses, in der kommunalen Verwaltung, in der Justiz etc., als entscheidende Inhalte der *poder popular* angesehen. Auch wurde gesehen, daß die Erfahrung der direkten Demokratie für diejenigen, die bisher immer nur von anderen beherrscht und getreten wurden, selbst schon ein wesentliches „revolutionäres“ Kampfmotiv darstellt. Die Frage ist aber, wie die Massendemokratie innerhalb des Kräfteverhältnisses zwischen den revolutionären Kräften und der Bourgeoisie gewertet wird: kommt es darauf an, die „Massendemokratie“ als strategisches Ziel zu verteidigen, d. h. der Ausweitung und Vertiefung von Formen, in denen die Massen sich selbst organisieren und wo sie ihre eigenen Erfahrungen machen (können), den absoluten Vorrang einzuräumen, oder muß die *poder popular* verteidigt und entwickelt werden, weil sie die (militärischen) Machtbastionen gegen die Bourgeoisie darstellt?

Der MIR legte wohl, wenn es zum Widerspruch zwischen beiden Bestimmungen kam, klar das Schwergewicht auf die zweite Bestimmung. Er sah dementsprechend auch die Notwendigkeit, die „innere Demokratie“ der *poder popular* den verschiedenen politischen Kampfbedingungen unterzuordnen und anzupassen. Das bedeutet, daß die „innere Demokratie“ unter Umständen (!) zugunsten der „höchsten Form des politischen Kampfes, des bewaffneten Kampfes“ aufgegeben werden muß.

Bei der Organisation eines *campamento* (besetzten Landes) verdeutlicht sich das (z. B.). „Vorher, unter anderen politischen Bedingungen (unter Frei, sehr große Repression) herrschte im *campamento* eine Art Diktatur ohne jegliche Mitbestimmung, es gab keine Diskussionen. Man mußte allerdings berücksichtigen, daß die damalige politische Situation diesen Stalinismus als einzig mögliche politische Lösung rechtfertigte, denn es gab keine Alternative. Man mußte schnelle Entscheidungen treffen, die Menschen im *campamento* so schnell wie möglich mobilisieren können — da konnten wir nicht erst zwei Tage diskutieren. Die *pobladores* sind diesen nach kurzer Besprechung schnell getroffenen Entscheidungen mit Vertrauen gefolgt. Nach dem Regierungswechsel gab es ja dann die Grupo *movil* nicht mehr (Terrorgruppe von Frei). Frei war weg, vielmehr der Genosse Allende an der Regierung, und da hielten die *pobladores* natürlich keine stalinistische Diktatur mehr akzeptiert. Der veränderten politischen Lage entsprach eine andere politische Organisation, dafür sind ja politische Analysen notwendig (!)“

**SOLDADO
NO MUERAS POR
LOS PATRONES.
VIVE LUCHANDO
JUNTO AL PUEBLO**

**SOLDADO
DESOBEDECE
A LOS OFICIALES
QUE INCITAN
AL GOLPE**



Soldat
stirbt nicht für die Unternehmer
Lebe kämpfend
an der Seite des Volkes

Soldat
verweigere den Offizieren
den Gehorsam
die dich zum Putsch
antreiben

VIII. Die Rolle des Heeres und ihre Einschätzung vor dem Putsch

Der MIR hatte zum Zeitpunkt des Putsches keinen wirklichen Erfolg gehabt in der Umsetzung eines praktischen Konzeptes zur Massenbewaffnung. Neben seiner allgemein minoritären Position in den Organen der Massen neben Vertretern der UP-Parteien, liegt u. M. auch an seiner falschen Einschätzung des Heeres: nämlich die Annahme, daß sich die proletarische Basis des Heeres im Falle eines Putsches gegen das rechte Offizierskorps stellen würde.

Der MIR verstand sich als Kaderorganisation, die politische und militärische Aufgaben zu lösen hatte. Er versuchte, sich dementsprechend zu organisieren. Er betonte dabei immer, daß die Frage des bewaffneten Kampfes politisch gestellt und gelöst werden mußte: d. h. als Entwicklung einer politisch-militärischen Massenlinie, d. h. als Bewaffnung der Massen (und nicht: der Avantgarde wie in der Praxis der *focus-Guerilla*).

Weiter oben wurde schon darauf hingewiesen, daß der MIR der auch ansatzweise praktisch herausgebildeten Voraussetzungen in den Bereichen der *poder popular* — genauso wie die anderen Parteien und Organisationen — zum Zeitpunkt des Putsches kein praktisches Konzept zur Massenbewaffnung und zum Aufbau eines Volksheeres besaß, zumindest keines, das die sich stellenden Aufgaben hätte lösen können. Anders gesagt: Die Organe und die reale Macht der *poder popular* waren im Sept. 73 noch wenig entfaltet. Zum einen lag dies natürlich an der relativ kurzen Zeit der Herausbildung solcher Strukturen im revolutionären Prozeß in Chile, ferner an der Minderheit, die diejenigen politischen Kräfte (wie der MIR) besaßen, die die *poder popular* als Machtstrukturen der Massenbewegung zu entwickeln versuchten. Aber es scheint auch daran gelegen zu haben, daß vor dem Putsch alle revolutionären Kräfte in Chile, auch der MIR, das Verhalten des Heeres im Falle eines Putsches falsch einschätzten: Entweder dachte man, daß sich Teile

des Heeres unter Führung loyaler Generale der UP anschließen würden — dies war die Position der UP, deshalb versuchte sie, durch Hineinnahme der Generale in die Regierung diese an sich zu binden, Oder man setzte auf die horizontale Spaltung des Heeres — in der Annahme, die proletarische und bäuerliche Basis des Heeres, Soldaten und Unteroffiziere, würden sich gegen die Feinde des Volkes wenden. Auch der MIR teilte diese Position. Im „Programm des Volkes“ (MIR) — ein Kampfprogramm, das unmittelbare und „Übergangsziele“ für alle relevanten Bereiche formuliert — wird dem Heer nur folgender Satz gewidmet: „Die Armees und die Soldaten werden sich bei der Durchführung dieser Aufgaben (des Programms) nicht gegen das Volk wenden, und werden die Mittel nutzen, die unsere Arbeit (im Heer) ihnen zur Verfügung gestellt hat, um unsere Solidarität gegen die Feinde und Aggressoren des Volkes zu verteidigen“ (LA Sonderbericht, Nr. 5, S. 5).

In beiden Fällen führte dies jedenfalls zu der Hoffnung, daß eine auch nur ansatzweise entwickelte „*poder popular*“ zumindest mit der Unterstützung von Teilen des Heeres rechnen könnte. Nachträglich gesehen hat sich diese Hoffnung als falsch erwiesen. Es wurde unterschätzt, daß bestimmte Heeresabteilungen einfache Soldaten aufgrund der technologischen Struktur kaum braucht, z. B. bei der Luftwaffe, auf die sich die Junta stützte. Die qualifizierten Soldaten dieser Heeresgattung sind anders materiell und ideologisch an das Heer gebunden als ein einfacher Soldat auf Zeit. In der Marine wurde vorher schon „geputscht“. Die Vorstellung von der Spaltung des Heeres stammt von Revolutionen, die unter anderen Bedingungen als die in Chile stattfanden, nämlich im oder im Anschluß an einen imperialistischen Krieg. Der imperialistische Krieg hatte das Volk bewaffnet, die Erfahrung langer, vielleicht aussichtsloser entbehrungsreicher Kämpfe hatte die Truppen „demoralisiert“ und ermöglichte es, daß es unter Führung von Demokraten und Sozialisten zur Spaltung der Heere kam, wobei sich die Soldaten sowohl gegen die Offiziere wandten, sowie es auch zu „Abfall“ ganzer Divisionen unter Führung fortschrittlicher Generale kam.

Für Chile existiert kein vergleichbares historisches Beispiel, denn der revolutionäre Prozeß entwickelte sich unter den Bedingungen imperialistischen Friedens — einer Krise, die ihre Zuspitzung in einem Krieg auf längere Zeit nicht finden wird. (Auch Cuba kann nicht als Beispiel herangezogen werden, das ist in vielen ein Sonderfall.) Deshalb auch ist Chile wichtig für unsere (zukünftigen) strategischen Diskussionen. Die Funktion des Heeres verändert sich entsprechend mehr und mehr dahin, die Klassenkämpfe im eigenen Land zu verhindern, statt Grenzen zu verteidigen oder zu erobern. Es findet eine ideologische und organisatorische Durchstrukturierung der Heere statt, die demokratische Entwicklungen schwer machen dürften. Die Veränderung der Heere in Berufsheere zeigt eine solche Entwicklung.

Zwar war die nur schwach entwickelte *poder popular* in Chile gegenüber diesem geschlossenen Eingreifen des Heeres im September 1973 machtlos, aber dennoch hatte sie eine Perspektive angedeutet, wie der militärische Kampf massenhaft geführt werden muß, die *poder popular* als Organe des Aufstandes. Auf dieser fortgeschrittensten Erfahrung der revolutionären Entwicklung in Chile basiert auch — den veränderten Umständen entsprechend — der politisch-militärische Ansatz des MIR im Untergrund. Die Widerstandskomitees sind als Ausdruck und als Keimformen einer zukünftigen *poder popular* unter den politischen Bedingungen der Repression anzusehen.

**Spendet für den
Widerstand in Chile!**

an: Monica Maurer
Sonderkonto
Kb. Nr. 2995 11-807
Postscheckamt-München

Literatur:

- A. Münster, Chile — friedlicher Weg?, Rotbuch 44
- Texte der MIR, Widerstand in Chile, Wagenbachverlag
- Chile — unsere „Commune“, politische Einschätzung von Lotta Continua, Politiken Erlangen

Zur „Poder Popular“:

- Die „Botschaft des Volkes“, das Revolutionsprogramm der chilenischen Massenbewegung (in: Revolution und Konterrevolution in Chile, Luchterhand-Verlag)
- Texte zum ant imperialistischen Kampf Nr. 7, Roter Stern-Verlag

- Ursula Bernauer, Elisabeth Freitag, Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit, Dokumente aus Elendvierteln, Laetare Verlag

Zu den Widersprüchen der UP

- K. Meschkat „Neue Kampf- und Organisationsformen“
- U. Müller-Platenberg „Grundzüge und Ergebnisse der Bündnispolitik der Chilenischen Linken 1970–73“ beide in: Sondernummer 2 der Chile-Nachrichten und nochmal abgedruckt in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 14/15,
- Marini, Sepúlveda, Die Wirtschaftspolitik der „vie chilena“ (in: Revolution und Konterrevolution, Luchterhand)

BLISS KEIN
ATOMKRAFTWERK

„Die Bündnispartner haben von Anfang an erkannt und wir erklären es wieder: unser gemeinsames Ziel ist es, die Gefahren, die den Menschen hier drohen, zu verhindern. Unsere Bewegung ist so breit, daß man sie auf kein Parteiprogramm einschränken kann. Unser Ziel ist so klar und konkret, daß auch wir jemand tut, daran gemessen wird, ob es diesem Ziel entspricht. Wir fragen niemanden nach seinem Parteibuch, wie das in Stuttgart und in Bonn üblich ist. Wir fragen: Kannst Du hier was helfen oder nicht? Wir haben beschlossen, daß wir keine Parteipropaganda wollen, weil uns das schadet. Wir brauchen keine Zeitschriften, weder von der CDU noch von der SPD noch von der FDP noch vom KBW oder der Roten Fahne.“ Und daß wir niemals Parteipolitik gemacht haben, das weiß jeder, der sich hier auskennt. Und wenn hier CDU-Mitglieder auf diesem Platz sind, sagen wir dann etwas. Wird eine CDU-Versammlung? Oder wenn katholische Pfarrer da sind, sagen wir dann: Wir sind eine katholische Gemeinde? Oder wenn Anhänger von Franz-Josef Strauss hier sind, sagen wir dann: Wir sind Maasström? Nein, der Herr Filbinger soll doch gleich sagen, was er wirklich will. Er will seine Politik, im Interesse der Atomindustrie durchzusetzen und trifft auf Widerstand. Um diesen Widerstand zu brechen, benutzt er die Gewalt, die ihm zur Verfügung steht, ob das das Kriposchwein sind, die in Erdingen, Weveln und Heimbach und aus Gingen, Ob-

das sein Einfluß auf Presse und Fernsehen ist, wo er seine Diffamierungen dieser Volksbewegung verbreiten kann. Das alles ist seine Gewalt, sie soll uns einschüchtern, aber wir haben eines gelernt: Das einzige wirksame Mittel, über das wir verfügen, ist unsere Einheit und unser Zusammenhalt und vor allem unser langer Atem. Das hier ist für keinen von uns ein Spiel, wir haben schon zuviel begriffen und zuviel gebüht und zu lange gekämpft, um jetzt einfach aufzugeben. Im Gegenteil. Jetzt geht es erst richtig los. Das KKW wird nicht gebaut."

Am Ende der Kundgebung wird die Bevölkerung aufgerufen, sich "hoch auf dem Naturwunderpfad den schönen Rheinaus- und noch einmal anzusehen. Bei dieser Wanderung zupfen erliche tausend an den Badenwerkstätten und Schildern rund um das Gelände, bis sie fallen. Die Polizei, im Walde verschanzt (etwa 3.000 Mann) versucht, Stellung zu halten. Sie erkennt sich diese mit Einsatz von Hundst, die einige Demonstrationen befehlen, mit Schlagstöcken. Einige Steine fliegen. Immer deutlicher wird klar, daß sie nicht die Festung halten können und wollen. Vielen Grüßen in nicht klar, warum sie hier sind, sie fliehen: Bitte, bleiben Sie doch zurück. Aber der Fortschritt ist unumkehrbar. Schließlich haben 2.000 Demonstranten alle Polizeiliniien durchbrochen und strömen von allen Seiten auf den alten Platz der Besetzung, der nun durch Rodungsarbeiten um einiges vergrößert ist. Man liegt sich in den Armen. Die Luft pfeift aus den Rädern der Baummaschinen, einige Verhaftete müssen unter dem Druck der Besetzer freigegeben werden. Jetzt zieht die Polizei ab. Fluchtartig. Das hat bisher noch niemand der Anwesenden jemals erlebt. Die ersten Aufrufe: Holt Zelte, Hütten, Stroh, Essen, inszeniert Euch. Wir halten den Platz. Sie werden zuerst zögernd, dann immer rascher befolgt. Einige Arbeiter geben die Schlüssel zu ihren Bauwagen an die Besetzer ab, anmer gibt eine komplette Küche her, ein anderer ist voll mit Luftmatratzen. Eine Bauhütte wird aus einem badischen Dorf herangeschafft und überhaupt entwickelt sich auf den Zufahrtsstraßen ein reges Treiben. In den Dörfern wird mobilisiert. Wurstringe, Brötchen und badischer Wein still Hunger und Durst. Im Nu sind etwa 10 Feuer entfacht. Über Nacht bleiben mehrere hundert Besetzer die Zufahrtsstraßen werden mit Baumstämmen verbarrikadiert. Alle Leute, die das Gelände betreten, werden registriert. So hoffen die Besetzer, der großen Flut von Spitzeln Herr zu werden.

Kaum jemand schläft — denn die Nacht ist extrem kalt und feucht, außerdem herrscht Alarmstufe 2. Immer neue Meldungen, daß Bereitschaftspolizei wiederum zusammengezogen wird. Streifen haufen in den Dörfern und Kaiserstuhl strömen auf den Platz. Eine undurchdringbare Nebeldecke bewirkt die Sicht auf wenige Meter. Schon aus dem Grunde wird ein Polizeieinsatz immer unwahrscheinlicher. Am Donnerstag haben sich Bauern aus der Gegend versammelt. Sie konnten das am Po. zerkunft mitverfolgen. Als in den Morgenstunden des Montag an die 1.500 Menschen auf und um den Platz versammelt sind — in der Mehrheit Winzer und Bauern und badische Frauen — ist es geschafft. Im Laufe des Tages folgen Tausende aus den Dörfern. Die Spitzel melden das nach Stuttgart (einige von ihnen werden identifiziert und rausgeschmissen) und obwohl Filibinger noch am Abend im Fernsehen davon spricht, daß dieser Landfriedensbruch nicht hingenommen werden könne und der Platz geräumt werden müsse, wird er durch seine Probenosen und durch die Polizei, die nicht so recht will, gezwungen vorerst nachzugeben. Es verspricht, in den nächsten Wochen die besessene Bevölkerung von den radikalen Extremisten zu sondieren.

Trotz der angekündigten vier Wochen Ruhepause wird auch am Montagabend noch volle Bereitschaft gehalten. Angeblich sollen die Polizisten sich in ihren Quartieren bereit machen zur Abfahrt. Noch einmal Alarm.

Am Dienstag, 26. Februar 75, widmet die Badische Zeitung eine halbe Seite der CDU. Überschrift: CDU-Gemeinderatslisten sind gefährdet. In den CDU-Ortsvereinen der Wintergemeinden des Kaiserstuhls räumt es. Mitglieder treten auf der Partei aus, Ortsvereinsvorsitzende lehnen eine Kandidatur

zu den bevorstehenden Kommunalwahlen ab und Gemeinderatskandidaten erklären, nicht mehr die Verantwortung für ein solches Mandat übernehmen zu können. "Der CDU-Ortsverband des Winterdorfes Bischoffingen hat sich aufgelöst. Auf der letzten Seite der badischen Zeitung eine Anzeige in der Größe eines Viertel Blattes: „Mit allen sich neigenden, 's' zeigt" 20 CDU-Mitglieder, meist Winzer, erklären öffentlich ihren Parte Austritt. „In berechtigter und großer Sorge um ihre Heimat wehren sich die Bürger am Kaiserstuhl gegen den Bau des Kernkraftwerks Wühl. Das verwerfliche Vorgehen der Landesregierung in Personalunion mit den KKW-Betreibern durch die brutalen Polizeieaktionen läßt sich unter diesen Landes-Parteiführern mit unserer Mitgliedschaft in der CDU nicht mehr vereinbaren." Darauf folgt die namentliche Unterschrift der 20 Ausgetretenen.

An die deutsche Pressagentur schreibt das internationale Komitee der 30 badisch-elässischen Bürgerinitiativen gegen KKW Wühl und Bleiwerk Marklotheim einen Beschwerdebrief. Wenn die Badische Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung die zum großen Teil auf fehlerhaften Informationen durch die DPA zurückgeführt, nicht ab sofort „korrekt im journalistischen Sinne" sind, sehen sich die Bürgerinitiativen gezwungen, mit einer Dokumentation, die vorbereitet wird, vor den deutschen Presse rat zu gehen.

Frauen schlagen Alarm

16. Oktober 74

Die Badischen Frauen des nordwestlichen Kaiserstuhls lehren, daß Politik nicht mehr nur Männer Sache ist. In der ersten Oktoberwoche trafen sich 6 Frauen aus Weiswill. Eine Woche später schon 40 Frauen aus 5 Ortschaften. Sie verfassten gemeinsam ein Flugblatt, mit dem Aufruf an alle Frauen, „aktiv zu werden, bevor es zu spät ist".

„Was beim Erörterungstermin noch gefeuer wurde, ist durch das Beispiel Marklotheim jetzt bei uns. Das KKW zieht weitere lebensgefährliche Industrie nach sich.

Eine solche Bleifabrik brauchen wir genausowenig, wie das Atomkraftwerk. Es ist erwiesen, daß es nicht für uns Strom produzieren wird, sondern für eine Industrie, die unsere Heimat und uns zerstört und die wir sowieso nicht wollen. Unser Strombedarf ist längst gedeckt! Und wir wissen, daß das KKW nur wenige und außerdem hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft, die mh Fachleuten von außerhalb kommen werden.

Frauen, laßt euch nicht länger belügen! Kämpft für die Gesundheit eurer Familien! Kämpft jetzt, bevor es zu spät ist!

Was wir brauchen, sind gesunde Arbeitsplätze und eine Umwelt, in der unsere Kinder gesund aufwachsen können. Wir haben gehört und gesehen, wie

eine gewissenlose Industrie tausende von Contingent-Kindern verkrüppelt und die Mütter im Stich gelassen hat. Wir wollen keine Bleiküppel und auch keine Hiroshima-Kinden.

Alle Frauen müssen sich jetzt gegen diese Gefahr zusammenschließen, in jedem Dorf das Kaiserstuhl und nördlich des Kaiserstuhls. Man kann jetzt nicht gegen die Bleifabrik und für das Atomkraftwerk sein, oder umgekehrt. eins hängt mit dem anderen zusammen, und beides kann uns nur schaden. Blei und Atom machen auch nicht vor einzelnen Dörfern halt, deshalb alle Frauen zusammenhalten.

Dieser Kampf ist jetzt wichtiger als die Hausarbeit! Was nützt uns später der perfekte Haushalt, wenn darin nur noch kranke leben? ? ?

Bereitigt euch an der Bauplatzbesetzung in Marklotheim und bereitet gleichzeitig die Platzbesetzung in Wühl vor! Wir Badener Frauen dürfen nicht hinter das Marklotheimer Frauen zurückstehen!

Kommt zu unserem nächsten Treffen am Dienstag, 16.10., 20 Uhr, im Löwen in Seebach! Laßt euch nicht am Kommen hindern, wenn ihr kein Auto habt, verabredet euch mit anderen Frauen!"

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir mehr erreichen, wenn wir als Gruppe auftreten: dann müssen sie auf uns hören!"



Den Panzerfahrzeugen werden die Ventile aufgedreht



Basiskaden Kontrollen



Bekannte Methoden auch in Wühl

Es ist jetzt notwendig, im Wühl Wald eine Stadt zu bauen, sich für lange Zeit einzurichten. Alle werden darauf, daß der Verwaltungsgericht mit seinem Urteil auf der Seite der Bevölkerung steht. Sollte es aber für das Badenwerk und die Landesregierung entscheiden. Ist das nur ein weiterer Beweis, wie die Interessen in diesem Lande verflochten sind. Ein Verwaltungsgerichtsurteil kann uns nicht von der Ungleichheit des Atomkraftwerks überzeugen. Aufruf an alle Leser: Tut etwas in Euren eigenen Städten. Bombardiert die lokalen und überregionalen Zeitungen mit Leserbriefen und Anrufen, wenn sie nicht die Wahrheit über Wühl berichten.

Ausprüche aus der Badischen Zeitung (1974): „Verblöderung und Zorn, Empörung und Entschlossenheit eine viele hundertköpfige Gruppe, die am schwelenden Hohefeuer auf der Baustelle ausbrennen will, bis das wahnwitzige Unternehmen Kernkraftwerk abgeblasen wird." Ein Winzer aus Kirchlindegen, „Sehen Sie hin. Vietnam am Kaiserstuhl. Und der Atmosphäre dieses Bildes entsprechend sind die Pa. selbsten vorgangenen: brutal!" Weit vor der

Einfahrt haben gewichtige Männer mit schweren Eisenbohlen Barrieren aufgetürmt. „denn es die Polizeifahrzeuge bittschön nicht zu bequem haben". „Uns zu Radikalen stampeln? Das können sie vielleicht mit Studenten machen. Mit uns klappt sowas nicht!" „Wir haben's doch alle bei der Raummung erlebt. Die Polizei flücht sich ganz gezielt die jungen Jahrgangsaus raus, die nicht Kaiserstuhler Dialekt sprechen. Sie nur werden festgenommen, von ihnen nur notiert man Personalien, um hinterher sagen zu können, daß man ausschließlich auf junge Radikale gestoßen sei. Wer aber ein Bauerngesicht hat und mit Kaiserstuhler Zürgenschlag spricht, der wird von der Polizei überhaupt nicht beachtet. Darin liegt doch die Heimtücke!" „Wir halten essen durch, was auch immer das Verwaltungsgericht entscheidet". Eine Gruppe von Männern aus Balingen, „Filibinger unterschätzt unsere Durchhaltewillen", sagt die junge Frau an der Suppenterline.



Bekannte Methoden auch in Wühl

Bauernkrieg auf der Rheinaue

WIR WOLLEN ALLES, bloß kein Atomkraftwerk lauch. Kernkraftwerk, auch KKW! Warum? Das ist jetzt oft genug erklärt worden, nachzulesen bei Holger Ströhm „Friedlich in die Katastrophe" oder KEIN KKW IN WÜHL, Arbeitskreis Umweltschutz, Freiburg c/o FS Chemie. Es hilft uns übrigens, wenn Interessierte sich mit der Sache beschäftigen und in ihrem Umfeld mit diesem Wissen arbeiten, statt hinter dem Jarm der Volkskämpfe her zu laufen. Zur Vorgeschichte der 21 badisch-elässischen Bürgerinitiativen Schlag nach WWA Nr. 22, Kursbuch April 75. Frauenjournal Nr. 2, „Frauen schlagen Alarm" (Bei Trikont), ID-Sendernummer Wühl

1. Wühl

Das badische Dorf Wühl (sprich: Wühl, bitte nicht Wühl!) zwischen Kaiserstuhl und Rhein ist nicht das Zentrum des Widerstandes gegen das KKW, im Gegenteil. Am 12. Januar 75 haben 55 % der Wühler für und 43 % gegen den Verkauf des Geländes an die Kernkraftwerk Süd GmbH gestimmt. Und das liegt nicht nur an der gewissen Propaganda der Regierung, an der arressierenden Einseitigkeit und auch nicht nur an der Cleverness des Bürgermeisters Zimmer. Sondern 80 % der Wühler sind Arbeiter und Angestellte, ein paar Hundert sind Pendler und bei vielen von denen haben die Versprechungen „saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit" eben gewirkt. Der DGB läßt sich raus, die ÖTV macht KKW-Propaganda, und eine eigenständige Arbeiter Argumentation in Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis gibt es kaum. Aber in Wühl hat die KWS eine ziemlich verhasste, antikomunistische Gruppe „KKW JA!" initiiert und die machen den Leuten tatsächlich Angst. Der Widerstand gegen das KKW wird vor allem von Leuten aus den umliegenden Ortschaften getragen, die natürlich genauso betroffen sind, aber niemals gefragt wurden

2. Siegesgewißheit und Resignation

Seit dem 20. September haben die 21 badisch-elässischen Bürgerinitiativen den Bauplatz für ein Blasenwerk in Marklotheim besetzt gehalten und gewonnen. Das KKW aber ist ein größerer Fisch, und die staatliche Gewaltanwendung dementsprechend groß. In den Wochen nach den Straßensperren gegen Wirtschaftsmilitär: Eberle ging die Kripo in den mobilisierten Dörfern ein und aus. Und es soll sich keiner täuschen. Die Drohung mit der Kriminalisierung hat zunächst gewirkt. Viele Verhöre und erkennungsdienstlich behandelte hat man wochenlang bei keiner Aktion mehr gesehen. Die Platzbesetzung in Wühl war die dauernd verschoben, die Angst vor individueller Gefährdung war sehr groß. Das bisher so starke Gefühl, im Recht zu sein, also unerschlagbar, schrumpfte etwas. Wieder einmal wurden die Stimmen lauter die auf das Verwaltungsgericht warten wollten. Trotzdem kamen zu einer Protestversammlung gegen den Kripo-Überfall am 26. Januar 3000 Leute nach Weiswill (Grenz an Wühl). Von Platzbesetzung wurde aber öffentlich nicht geredet.

3. Besetzung, erster Teil

Am Montag, 17. Februar ziehen Arbeiter der besitzanzeigende Zäunchen ums Gelände und fangen an, den Wald zu holzen. 200 Mark Strafe wird jedem angedroht, der überm Zaun steigt. Dazu winken Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und zahllose Paragrafen. Am nächsten Tag Pressekonferenz der Bürgerinitiativen am Zaun, sie soll öffentlich sein mit viel Publikum. Das Publikum betritt erwartungsgemäß das Platz, setzt sich auf die Bagger, richtet nach Marklotheim-Routine die Besetzung ein. (die Leute von der Roter Fahne haben bis heute nicht begriffen, daß diese Pressekonferenz istiger war als ein fetter Aufruf zur Platzbesetzung.) Probleme: Die Arbeiter wurden zum Teil wahrnähm aggressiv, wenn sie von jungen Leuten mit Studenten-Look blockiert wurden. Kamen dagegen erst mal Leute aus den Ortschaften, Bauern, Arbeiter Frauen, gab es sofort ganz freundliche Diskussionen. Weiter: Das war diesmal eine Besetzung Seite an Seite mit der Polizei, sehr unbequem. Auch wußten alle, die Räumung kommt sehr schnell! Wie soll man sich verhalten? Alle plädierten für Gewaltlosigkeit. Hinsetzen, demonstrativ weggeschleppt lassen, Fernsehen ist da. Bloß die zum ersten Mal überhaupt in der Gegend aufgetauchten KSV-Studierenden mit ihrem Stuttgarter Regionalchef eröffneten ihre Belehrungen über staatliche und revolutionäre Gewalt. Sie beriefen sich ständig auf den Volksmund, den sie allenfalls aus der Peking-Rundschau kennen, denn, „die kampfschlossenen Bäuerle aus Wühl" gibt es leider nicht. (In Wühl (3000 Einwohner) findet man noch 5 Bauern.)

4. Räumung

Um 4 Uhr früh, am Donnerstag den 20. Februar (genau vor 5 Monaten haben wir in Marklotheim angefangen), rücken erwartungsgemäß die Hundertschaften an, mit Hund, Wasserwerfer, Panzerspähwagen. Großes militärisches Manöver — gegen 150 Leute, die dichtgedrängt um Feuer sitzen und „die Wacht am Rhein" singen. 54 werden weggeschleppt, einer nach dem anderen, keiner schlägt zurück, aber keiner geht auch freiwillig. Dann Wasserwerfer, dann Rückzug der übrigen. Inzwischen sind, alarmiert durch Telefon und Feuersirenen, Tausende von außen gekommen, erzählen von Augenzeugen, was sie sehen: die Panzerdrahtrollen, die ausgezogen werden, sehen die ganze ml tatische Pracht und lernen. Niemand hätte etwas gelernt, wenn sich da drin 50 geübte Polit-Studierenden mit der Polizei geprügelt hätte. So aber sehen alle, ohne Ausnahme, daß die 150 de drin stillerwartet für alle verletzt und verwundet wurden. Und das tut seine Wirkung.

5. Belagerung

„In den Ortschaften wird von nichts anderem als dieser Räumung und der Polizeiblatzraffal gesprochen. 3 Tage und drei Nächte haben sich unterbrochen einige Hundert Leute am Panzerdrahtzaun auf, legen Holz drauf, treten ihn runter, unterbrochen. Auf der anderen Seite ziehen die Polizisten nach der neunten Rolle, weil vorne alles platziertampelt. Im Wald wird weiter gerodet. Die Demonstranten singen „Im Wald da sind die Räuber,

Schallplatte

Die Wacht am Rhein

Drei Lieder aus dem Kampf gegen Atomkraftwerk und Bleiwerk

Single 33/17 DM 5,-
Trikont-Verlag

Frauen erklären Atom und Blei den Krieg

Bericht des Frauenkollektivs Freiburg erscheint im Journal Nr. 2 (erscheint Ende März) Verlag Frauennoffensive

8 München 80, Josephsburgstr. 16

19

ZUR SITUATION IN PORTUGAL

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der portugiesischen Regierung, veröffentlicht am 20. Februar, bezieht sich nicht auf ökonomische Fragen, sondern umfaßt auch die Bereiche Gesundheit, Erziehung usw., wobei der Schwerpunkt aber auf der Umstrukturierung der Nationalökonomie liegt.

Das Programm legt nur den Rahmen für die Politik der nächsten drei Jahre fest, wobei die Konkretisierung von den jeweiligen politischen Kräftekonstellationen abhängig sein wird. Das Programm sieht aber auch Sofortmaßnahmen für die nächsten drei Monate vor, wie z.B.

Arbeitslosenunterstützung (erstmalig in Portugal), Einschränkung und Kontrolle ausländischer Investitionen in einigen Bereichen wie Banken und Versicherungen werden als verboten; in den Schlüsselindustrien muß das einheimische Kapital bzw. der Staat die dominierende Stellung erhalten. Kapitalgesellschaften sollen unter strengere Aufsicht gestellt, die Kleinaktionäre geschützt, Mittelstand und Kleinbetriebe staatliche besonders gefördert werden, Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten wird angestrebt.

Einführung der Agrarreform: insbesondere Verstaatlichung aller auf Staatskosten bewässerten Ländereien über 50 ha, Verpflichtung für die großen Latifundien, ihren Anbau nach den vorher vom Staat ausgearbeiteten Richtlinien vorzunehmen.

Das Programm ist ein Kompromiß – nicht nur der Koalitionsparteien (Volksdemokraten, Sozialisten, KP Kommunisten), sondern als Kompromiß der portugiesischen Klassen. Das Großkapital bezeichnet es als den „Beginn der totalen Verstaatlichung“ die MFA und KP-Kommunisten sehen es innerhalb ihrer „antimonopolistischen Strategie“ als unbefriedigend, aber für die gegenwärtige Situation als das einzige Erreichbare an, und die Linken bezeichnen es als das, was es ist: ein sozialdemokratisches Reformprogramm. Indem Zugeständnisse sowohl an die technokratische PPD, die möglicherweise als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgehen wird, als auch an die autonome Arbeiterbewegung, die in ihren Initiativen und Forderungen das Programm bereits weit überholt hat, gemacht werden, soll der offene Klassenkonflikt, der auch zum Bürgerkrieg führen könnte, verhindert werden.

Das Programm stellt das Privateigentum nicht in Frage, läßt aber staatlichen Interventionen großen Spielraum und geht in zwei für Portugal wichtigen Bereichen über die „westeuropäischen Verhältnisse“ hinaus. In der Agrarreform, mit der längerfristig der bisher bestehende extreme Gegensatz von Kleinbauern, die am Rande des Existenzminimums leben, und Latifundienbesitzern, also den großen Agrarkapitalisten im Süden, beseitigt werden wird, in der Übernahme von 51 % des Aktienkapitals in folgenden Schlüsselindustrien: Bergbau, Petrochemie, Energieversorgung, Stahl und Eisen, Tabak und Waffen. Dies allerdings ohne wirkliche Enteignung, sondern durch Aufkauf oder Entschädigung.

Beide Reformen muß man als Antwort auf die zutragenden Klassenaktionen, die es in diesen Bereichen in den letzten Monaten gegeben hat, sehen: im Süden Portugals haben die Landarbeiter auf den Großgrundbesitzern mit Landbesitzungen begonnen, die Besetzung von Fabriken und die Übernahme der Produktion durch die Arbeiter, dort wo Betriebe stillgelegt werden sollten, ist inzwischen keine Seltenheit mehr. Nur indem der Staat die Fortsetzung der Produktion und damit die Arbeitsplätze gewährleistet, kann diese Bewegung gestoppt werden.

Hinzu kommt, daß die KP und ihre Gewerkschaften jetzt eine andere Strategie verfolgen als in den ersten beiden Phasen der Kämpfe (bis zum Dezember) aller Voraussicht nach wird die KP nach den Wahlen einen Großteil ihrer Macht auf Regierungsebene verlieren. Ideelle Wahlprognosen schwanken zwischen 5 und 15 % für die KP, daher bemüht sie sich jetzt schon, ihren Einfluß „an der Basis“ zu verankern. Sie kann daher gegenüber Streiks und Besetzungen nicht mehr offen repressiv auftreten, sondern muß versuchen, durch Reformen und Institutionalisierung der Konflikte (Mitbestimmung usw.) den Zusammenhang mit den autonomen Bewegungen nicht zu verlieren. Deshalb mußte sie in der „Januar-Krise“ ihr Konzept der Einheitsgewerkschaft gegenüber zersplitterten Richtungsgruppen und gegenüber den aus der Zeit des Faschismus stammenden Berufsvereinigungen ein Fortschritt. Aber die Forderung nach einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation entsprang nicht einer Massenbewegung, sondern wurde von oben her durchgedrückt, während die Avantgarde der Arbeiterklasse mit dem Aufbau autonomer Kommissionen den ganzen Gewerkschaftstreik schon rechts liegend gelassen hatte.

Die Sozialistische Partei – deren linker Flügel sich im Dezember nicht zuletzt wegen der Gewerkschaftsfrage abgespalten und eine neue Partei gegründet hatte – erfüllte die klassische Rolle des Spalters und damit direkt oder indirekt den Auftrag des CIA, vergleichbar mit der PS in Italien. Über die Sozialisten laufen auch die wichtigsten Interventionen aus dem Ausland, insbesondere der BRD, England und der Niederlande. Sie sind das Einfallstor der ausländischen Kapitalinteressen. Wir verzichten hier darauf, diese Einflüsse nachvollziehbarer darzustellen, weil dazu ein guter und mehrerfacher Artikel im „Arbeiterkampf“ – Zeitung des Kommunistischen Bundes vom 18.2.75 erschienen ist.

Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal

Die Kämpfe 1974

Die Kämpfe der portugiesischen Arbeiter nach dem 25.4.1974 lassen sich in 3 Phasen untergliedern.

In der ersten Streikphase (die in den Mai 74 fällt) nutzten die Arbeiter ihre neuverworbenen Rechte (Versammlung, Diskussion, Kooperationsfreiheit) zur Erlangung eines Minimums an materiellen Lebensbedingungen. Diese Kämpfe endeten mit dem gesetzlich fixierten Lohnminimum, was als Erfolg und zugleich als unabdingbare Notwendigkeit anzusehen war. Ausgangspunkt dieser Kampfphase waren hauptsächlich kleine Betriebe der Metall-, Textil- und der Elektroindustrie. Dieserart Betriebe bilden die Hochburg der PC (daneben noch der Bergbau und das Landproletariat des Alentejo) hier hatten die unteren Parteikader seit Jahrzehnten Widerstandskämpfe gegen den Faschismus organisiert – freilich um ganz andere Inhalte, als ihre Agitation heute sich freut. Die antifaschistische Arbeit der PC war keineswegs gebunden an irgendein „Allgemeinwillen“ durch irgendeine Verpflichtung durch „die gemeinsame Anstrengung aller Kräfte“ die Wirtschaft aufzubauen. Von diesem Hintergrund erklärt sich die besondere Schwermütigkeit der PC, trotz ihres jetzigen Reformismus die alte radikale Arbeiterbasis nicht zu verlassen.

In der zweiten Streikphase radikalisierten sich die Forderungen in ihrem wirtschaftlichen wie auch politischen Inhalt; neben dem politischen Kampf für den Rauswurf des faschistischen Managers aus Verwaltungen und Geschäftsleitungen tritt die Infragestellung der Organisation der Arbeit und des ganzen Lohnsystems überhaupt (häufiger Wechsel zwischen den Abteilungen, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“). Aus der defensiven Situation der Arbeiter in der ersten Phase konnte das Problem des Sinns der Tätigkeit noch nicht aufgegriffen werden, jetzt war es klar, daß sich der politische Umsturz des 25.4. auch im Betrieb niederschlagen mußte.

Träger dieser zweiten Streikwelle sind die modernen Maschinellenarbeiter, die in den durchmischtesten Betrieben arbeiten: Motor, Toyota, Lamer-TAP. In die gleiche Phase fallen auch die Streiks der Postler und der Zeitungsarbeiter (bis Juni 74). Wichtig nicht nur zur Einschätzung dieser Kämpfe, sondern auch für eine Prognose über die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung in Portugal ist, daß nur ca. 15 % der Arbeiter in modernen Großbetrieben arbeiten, 1/3 arbeitet in handwerklich strukturierten Betrieben und die überwiegende Mehrheit in Klein- und Mittelbetrieben.

Die Arbeiter beginnen, neue Kampfmethoden und Organisationsformen zu entwickeln. Bei Sogomil, Uzel, Carmine gab es Produktion/Verkauf in eigener Regie. Durch die Solidarität mit dem Druckern des „Jornal do Comércio“, deren Forderungen nach Entlassung eines faschistischen Direktors durch die Besitzer nicht nachgegeben wurde, kann an einem Tag keine einzige Zeitung erscheinen; die Pres-

se werden zur Herausgabe eigener Streikzeitungen genutzt. Champelamaud (ein führender Vertreter der portugiesischen Großbourgeoisie) kann sein Vorhaben, eine neue Tageszeitung zu gründen, erst gar nicht durchführen.

Im Widerspruch zu den alten faschistischen Berufsgewerkschaften, deren Verantwortliche von oben ernannt wurden, bilden die Arbeiter Kommissionen, die in ständigen Kontakt zur Basis stehen, die ein direktes, später auch politisches Mandat erfüllen. Während bei TAP die Kommission mit dem Arbeitssinnes verhandelt, bleiben die ganze Zeit über die Kollegen auf dem Betriebsgelände versammelt und vermeiden dadurch die Isolation ihrer Vertreter.

Der mittlerweile zur Regierungspartei avancierten PC bleiben diese Vorstöße der Arbeiter nicht im Konzept. Zu diesem Zeitpunkt verfügt die PC bereits über entscheidende gesellschaftliche Machtpositionen, die sich zum einen auf den Versuch der Kontrolle der Arbeitskämpfe beziehen (Intersyndikal, Arbeitsministerium) zum anderen auf wichtige ideologische Schaltstellen erstrecken (Journale in Massenmedien und Tageszeitungen, Lehrkörper an Universitäten). Ein Intersyndikal-Funktionär in einem UZ-Interview vom 6.7.74: „Jetzt ist es am Klasseninteresse der Arbeiter, auf den Zuwachs des rationalen Rechts und auf ökonomische Stabilisierung hinzuwirken, um des Chaos zu verhindern.“ Was das Klasseninteresse der Arbeiter ist, bestimmt die Intersyndikal, den politischen „Kampf“ führt die PC, die Arbeiter sollen v.a. nicht streiken und die PC wählen.



Diese nach dem April gewonnenen Macht wird der PC durch ein breites Bündnis abstrahiert, für das das Kleinrentum durch Übergang gewonnen werden soll. Die kämpfenden Arbeiter der Großbetriebe konnten von Anfang an nicht auf die Unterstützung von PC/Intersyndikal rechnen, die die Arbeiteraktionen auf das defensive Ziel der „Verteidigung der Demokratie“ reduzieren wollten, in zugespitzten Kämpfen ging die PC über eine bloße Distanzierung weit hinaus und organisierte so z.B. gegen den Kampf der Postler eine Straßen demonstration unter der Parole: „Gegen den Streik um des Streiks willen.“

Streikphase 1974: April bis 18. Dezember

Über die Erfahrungen mit den Unternehmen (Entlassungen, Demontage industrieller Anlagen) und in der Auseinandersetzung mit PC und PS politisiert sich in diesen Kämpfen eine Avantgarde der Arbeiter. Die Arbeiterkommissionen werden zur ständigen Einrichtung und entwickeln zwischen den Betrieben eine Koordination ihrer Aktivitäten.

Gegen die Entlassungen (18 000 vom Juni bis Dezember, d.h. ca. 2 % aller Arbeiter – Expresso 22.2.75, nach offiziellen Schätzungen, real ungefähr dreimal soviel) erweisen sich Streiks als unangenehm Mittel, weswegen – als dritte Kampfphase – viele Arbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe die Fabriken besetzen, sie selbst verwalten und weiter produzieren. Diesem Vorgehen bei den Klein- und Mittelbetrieben entspricht der verstärkte Kampf um Arbeiterkontrolle, d.h. Offenlegen der Bücher, keine Privilegien für Manager. Im Februar stehen 250 Betriebe im Kampf (Besetzungen mittlerer und kleiner Betriebe, Verweigerung von Überstunden bei Großbetrieben) die Kämpfe sind nicht vereinzelt. (Expresso, 22.2.75) Zuletzt bezogen die Kämpfe auch den Reproduktionsbereich mit ein. In Lissabon wurden zahlreiche Häuser von Bewohnern der Elendsviertel besetzt. Bei diesen Aktionen wurden sie teilweise von den Bauern unterstützt, d.h. einige Häuser wurden sofort nach der Fertigstellung besetzt.

Im Alentejo besetzten Landarbeiter brachliegende Land zur eigenen Nutzung. (60 % der Bevölkerung lebt auf dem Land, im Norden atomisierte Produktion in selbstversorgenden Kleinbetrieben – 48 % der Bauern besitzen weniger als 1 ha Land –, im Süden Großgrundbesitz mit lohnabhängigen Landarbeitern in kollektiven Arbeitszusammenhängen, die Hälfte der Besitzer haben nur 1,1 % der Fläche, 7 % besitzen 57 %. Trotzdem verzeichnen diese 7 % Latifundienbesitzer auf ertragssteigernde Investitionen (Landstriche liegen brach, das Agrarland Portugal ist nicht in der Lage, seinen Eigenbedarf zu decken und hat mit Abstand den niedrigsten Heckertrag in Europa).)

Diese Kämpfe zwingen auch die PC, nicht mehr offen gegen die Betriebe und Landbesetzungen vorzugehen. Ihre Standardargumentation des letzten Jahres, alle nicht von ihr geführten Arbeitskämpfe seien Provokationen der Rechten, können sie nicht einmal mehr ihren eigenen Anhängern verkaufen.

Einige Daten zur portugiesischen Wirtschaft 1974

Alle diese Daten sind nicht offiziell und liegen meist unter dem Realwert.
Inflation: ca. 33 % (1973 ca. 25 %)
Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts: 2–3 %
Einnahmen aus dem Tourismus: 30 % weniger als 1973
Arbeitslosenquote: ca. 8 % am Jahresende
Industrien, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind: Bau (ca. 30 % aller Arbeitslosen), Metall (15 %), Kleidung und Schuhe (13 %), Textil (13 %).
Zwei Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen haben zwischen Juni und November Entlassungen vorgenommen, aber nur 1 % der Großunternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten.

Höhepunkt dieser dritten Kampfphase war die von den Arbeiterkommissionen mobilisierte Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit vom 5.2. (s. Laborator-Artikel). Die Demonstration war ein offenes, kollektives Kampfmittel gegen das Hauptinstrument der Kapitalisten (Arbeitslosigkeit), die Arbeiter zu spalten, zu schwächen, zu individueller Reaktion auf die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes zu veranlassen.

Wahlen und wie es weitergehen könnte

Die Streiks, die Fabriksbesetzungen und Produktionsübernahmen, die Demonstrationen, die Landbesetzungen, die Bildung autonomer Arbeiterkomitees – das ist die eine Seite der portugiesischen Klassenrealität heute. Die andere Seite wird deutlich z.B. in den Prognosen über die Wahlen vom 12.4.



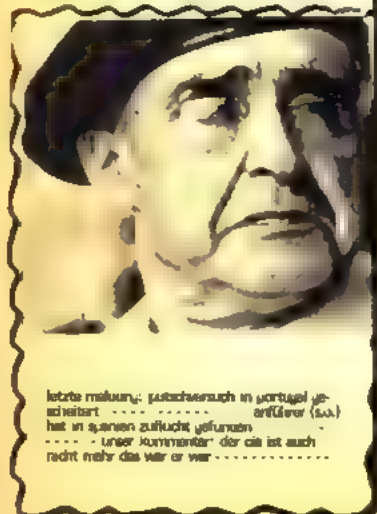
Zur Zeit steht es so aus, daß PPD (technokratische Reformen) und PS als stärkste Parteien bei der Wahl hervorgehen werden. Die Schätzungen für die PC liegen bei ca. 15 %. Diese zunächst überraschende Prognose wird etwas klarer, wenn man sich überlegt, in welch ungeheurer Ausmaß Portugal ein unterentwickeltes Land ist: Trotz formeller 6-jähriger Schulpflicht (erst seit 1968!) die v.a. von der armen Landbevölkerung des Nordens ohnehin kaum absolviert werden kann, hat Portugal eine Analphabetenrate von 18 % (Griechenland: 18 %, Spanien: 13 %). Für je 1 378 Menschen gibt es einen Arzt (wobei das Stadt/Landgefälle unberücksichtigt bleibt). Nur 1 000 Einwohner stehen knapp 6 Krankenhausbetten zur Verfügung. Epidemien sind häufig und weit verbreitet (letztes Jahr Cholera in 11 Stumpfwäldern um die Städte). (Zahlen für die 60er Jahre)

Begründet auf diese existenzielle Not und die daraus resultierende politische Apathie (60 Jahre Faschismus und staatlich geförderter katholischer Aberglaube) des Volkes konnten sich – v.a. im Norden – die faschistischen Strukturen halten. Die Macht der Pfaffen und lokalen Großen ist kaum angestastet. Die „campanha de dinamizacao cultural“ der MFA ist ein erster, wenn auch nur äußerlicher Versuch diese lokalen Strukturen zu brechen. Genossen, die sich vor der MFA-Kampagne an der von Studenten organisierten Alphabetisierungskampagne in den Dörfern beteiligten, holten sich dort teilweise blutige Köpfe. Im Norden wird im Gegensatz zu Südpotugal, den Großstädten und dem Industriegürtel um Lissabon auch nicht die PC, sondern eher die rechte CDS („Zentrumdemokraten“), die kürzlich in Porto auf ihrem Parteikongreß von Genossen besucht wurden) dritstärkste Partei werden.

Gegenüber der möglichen rechten Regierung hat in den letzten Wochen die MFA versucht, sich bestimmte Positionen abzusichern: Bildung eines Staatsrates, der mehrheitlich von MFA-Mitgliedern besetzt wird. Dieser Staatsrat soll unter anderem das Recht haben, sein Veto gegen Gesetze oder Beschlüsse der Zivilregierung einzulegen. Dem Militär soll außerdem die Besetzung des Verteidigungs- und des Wirtschaftsministeriums vorbehalten bleiben.“ (FR, 24.2.74) Außerdem hat die MFA das Vetorecht für die Ernennung des Staatspräsidenten, unter anderem wichtig, um eine mögliche Rückkehr des Reaktionsars Spinola zu verhindern.

Wichtig ist, sich klarzumachen, daß die MFA kein frei über den Bewegungen oder Parteien schwebendes Entscheidungsgremium ist, sondern in sich selbst um diese Fragen gespalten ist. Die Bewegung der Arbeiter und die massenhaften Aktionen gegen die Rechten ermöglichen bisher in den entscheidenden politischen Fragen den linken Kräften in der MFA sich durchzusetzen.

Materialien:
UNO Statistical Yearbook 72
UNESCO Yearbook 72
World Handbook of political and social indicators – Yale University Press 72
Capitalismos E Enragacao em Portugal, 1970, von Carlos Almeida und Antonio Barreto.



letzte meilung: portugiesisch in portugal gearbeitet arbeiter (s.w.) hat in seinen zutritts gefunden unser kummentar der cas ist auch recht mehr das war er war

ARBEITER UND SOLDATEN GEGEN DIE NATO

Die Bewegung der Arbeiter „fernab von den Parteien“

Die Freitage folgen aufeinander — und sie gleichen sich nicht in Portugal. Am Freitag, den 23. Januar mußte die MFA die Straße für alle politischen Parteien der Linken verbieten. So setzte sie daran Querscheit ein Ende. Am letzten Freitag (dem 7. Februar) riefen die Arbeiterkommissionen der 37 wichtigsten Unternehmen Lissabons zu einer Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit auf. Mehr als 20 000 Personen — die Organisatoren sprachen von 40 000 — marschierten trotz Verbot durch die Zivilgouverneure in den Straßen Lissabons. Die MFA hat im portugiesischen Klassenkampf jene autonome Arbeitermacht erscheinen lassen, die der Interessind (von der P.C. beherrschte Dachgewerkschaft) ihre Vertretungsbefugnis sträglich macht. Tausende von Arbeitern versamt — unabhängig von ihren verschiedenen Parteizugehörigkeiten. Die Portugiesen haben ein Wort, um das auszudrücken: als sagen „apartido“ — unersetzbar. (Dem Sinn nach: fernab von allen Parteien.)

Die Portugiesen sind aus der Januar-Krise mehr „apartido“ hervorgegangen als jemals zuvor: die fruchtlosen Auseinandersetzungen der Parteien; die ständige Vermehrung der Organisationen, der Treffen und Gegen-Treffen, Demonstrationen und Gegendemonstrationen. Symptome, die nicht täuschen: die stereotypen Gemeinplätze der Parteien sind mittlerweile Teil der alltäglichen Vergnügen der Portugiesen. Die MFA, die Victor Alves, Staatsminister und einer der Theoretiker der Bewegung erst letzte Woche als politische Bewegung „fernab der Parteien“ definierte, erscheint in den Augen der Massen als Modell der politischen Demokratie.

Die Arbeiterkommissionen

Was die Arbeiter Lissabons in den Straßen der Hauptstadt gezeigt haben, ist auch eine „Lektion in Demokratie“. Um die Bedeutung dieser Demonstration zu verstehen, muß man zur Zeit des 26. April 74 zurückblenden. Der Sturz der Diktatur durch die Streitkräfte hatte eine Bresche geöffnet. In die sich die Arbeiter hineingedrängt hatten. Eine gigantische Streikbewegung — die zeitweise mehr als 200 000 Arbeiter umfaßte — brach hervor, um die Fabriken von faschistischen Elementen zu säubern und um Lohnherabsetzungen durchzusetzen. Interessind, 1970 gegründet, kam aus dem Untergrund hervor, politisch überwiegend von der P.C. beeinflusst. Und hier erster Führer wurde Arbeitsminister in der ersten provisorischen Regierung. Spinoza spezialisierte an die Kommunisten, wie da Gaulle 1944, die Arbeiterklasse im Zaum zu halten. Aber die Interessind ist nicht die CGT und Portugal ist nicht Frankreich. In den meisten Unternehmen besteht die faschistische Gewerkschaftsorganisation fort, und zwar ausschließlich horizontal organisiert. Es gibt eine Gewerkschaft der Büroangestellten, eine der Mechaniker, eine der Elektriker usw., alles in ein und derselben Fabrik. Sie haben nicht das Recht, sich gemäßigt, um zu versammeln. Im rationalen Metallunternehmen gibt es 22 Gewerkschaften. Die Delegierten müssen, um anerkannt zu werden, das Vertrauen der Geschäftsleitung genießen. Und die geheime Infiltration bleibt schwach.

Es kam die „Explosion“ des Mai/Juni und ein starker Drang zur Einheit. Von allgemeinen Arbeiterversammlungen wurden nun Arbeiterkommissionen in den meisten Unternehmen gewählt. Diese Bewegung wurde umso mehr dadurch begünstigt, daß sich die P.C. allen Streikbewegungen widersetzte, um nicht die Militärs und die portugiesische Bourgeoisie zu verschrecken. Deren Allianz mit Spinoza sollte paradoxerweise eine Schwächung der P.C. in den Betrieben zur Folge haben.

200 000 Arbeiterlose — bald 300 000

Diese Kommissionen wurden als „ad-hoc“-Instanzen von der Regierung anerkannt, in dem Maße, wie die Streiks andauerten. So kam es, daß in den 37 größten Unternehmen der Region Lissabons Arbeiterkommissionen, die von Arbeiterversammlungen wählbar und wählbar sind, bestehen. Die Interessind hatte übrigens eingeschätzt, dass ihre Taktik geändert. Sie versucht nun, in diese Kommissionen reinzukommen und dort ihre Vertreter wählen zu lassen. Die Streikbewegung hat praktisch seit dem Juni ununterbrochen bestanden; im allgemeinen, um den Rhythmus der Entlassungen zu beschleunigen. Heute gibt es einen Aufschwung dieser Bewegung durch die Krise, Arbeitslosigkeit und Preissteigerung. Zwei Daten: 200 000 Arbeitslose in einem Land von 9 Mio. Einwohnern und unterentwickelter Wirtschaft; 35 % Inflationsrate in diesem Jahr. Die Arbeiter erwarten 300 000 Arbeitslose im März. Deshalb befürworten sie eine Beschleunigung des revolutionären Prozesses mit deutlich antikapitalistischer Orientierung.

Überbetriebliche Organisation

Seit dem September, nach dem TAP-Streik und dem Marsch der Dockarbeiter von Lissabon durch Lissabon wurde ein erster Versuch gemacht, die Arbeiter-

kommissionen zu vereinigen; bald sollten sich die gewählten und jederzeit abwählbaren Delegierten der Betriebe jeden Sonntag treffen. Aus diesen ersten überbetrieblichen Zusammenkünften entwickelte sich eine Demonstration. Sie fand am 28. September, nach dem Scheitern des spinolistischen Staatsstreiches, statt. Und eben diese überbetriebliche Vereinigung der Arbeiterkommissionen, rief am 7. Februar zu einer Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit auf. Die Initiative ging von dem Betrieb Efficace aus, wo die Demonstration auf einer Betriebsversammlung beschlossen wurde. Auf einer überbetrieblichen Versammlung am 27. Januar setzten die Delegierten der 37 Unternehmen den Zeitpunkt auf den 7. Februar fest.

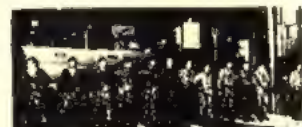
Der Aufruf der Efficace

Der Aufruf zur Demonstration präzierte die Absichten der Kommissionen: „Eine Demonstration mit deutlich außerparteilichem Charakter... Die politischen Organisationen, die diese Initiative unterstützen möchten, können dies über Resolutionen tun, aber auf der Demonstration selbst sollen sie keine eigenen Parolen und Spruchbänder haben... Der Organisationsplan der Demonstration läßt die Teilnahme von unorganisierten Arbeitern, Studenten, Soldaten, Matrosen unter der Voraussetzung zu, daß sie sich der Organisationsdisziplin der Arbeiterkommissionen unterstellen.“

Die Forderungen: „Gegen die Entlassungen, die Arbeitslosigkeit und die Überstunden, für die Anhebung der Grundlöhne, für das Recht auf Arbeit.“ Die Kommissionen wollten folgendes klarmachen: wenn 2 Millionen Arbeiter eine Stunde am Tag weniger arbeiten würden, so würde das 250 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Schließlich betonte der Aufruf zur Demonstration deren deutlich antikapitalistischen Aspekt: „Die Arbeitslosigkeit ist eine unvermeidliche Konsequenz des Kapitalismus. Deshalb wollen die Arbeiter ihn zerstören und eine neue Welt aufbauen.“ Diese Parole der Arbeiter von Efficace war auf eine große rote Banderole geschrieben, mit der die Demonstration angeführt wurde. Schließlich hatten die Arbeiter der Kommissionen noch eine Parole dazugesetzt: „Nato raus, nationale Unabhängigkeit!“

Die Schließlosigkeit von Alvaro Cunhal

Für die Partei von Alvaro Cunhal und seine Freunde war diese Initiative eine Gefahr. Sie betritt die Vertretungsbefugnis der Interessind und zeigte der gesamten Arbeiterklasse und der Bevölkerung, daß es eine autonome Arbeitermacht besteht. Sie inszenierte die Position der PC gegenüber der MFA, nämlich die der einheitlichen Sprecherin der portugiesischen Arbeiterklasse. Der erste, der am Donnerstagmorgen Position bezog, war der Zivilgouverneur von Lissabon. Wie durch Zufall ist er Mitglied der MOP-CODE (einer Art P.C.). Er erklärte: „Alle öffentlichen Demonstrationen in Lissabon sind zwischen dem 7. und 12. Februar verboten.“ Aber der heftigste Angriff sollte von der Gewerkschaftsunion des Südens kommen, die in einem Kommuniqué die Demonstration als idiotisch bezeichnete und hinruffte: „Diese Demonstration beschließt, Verurteilung in die demokratischen Kräfte hineinzulegen und den demokratischen Aufbau Portugals zu sabotieren.“ Weiter heißt es darin: „und bringt damit die Sache auf den Begriff: „Wie es schon am 28. September geschah.“ Alle Parteien der Regierungskoalition fügten sich in diese Linie der Gewerkschaftsunion des Südens ein, von der P.C. und der MOP-CODE bis zur PPD, und inclusive der PS und der MRPP. Nur die LUAR und die MES und UDP unterstützten die Demonstration.



Die MFA als Garant der Demonstration

Während des ganzen Donnerstags hielt die MFA — durch ein rein kalendermäßiges Zusammenfallen — ihre monatliche Delegiertenversammlung ab. In Lissabon wartete man auf eine Bestätigung des Verbots, ausgehend von der MFA.

Tatsächlich aber fand am Morgen des Donnerstags ein erster Kontakt zwischen den Mitgliedern der Arbeiterkommissionen und den Mitgliedern der Koordinationskommission der MFA (Exekutivorgan der Bewegung) statt. Und am Freitagmorgen einer mit der COPCON.

Inzwischen hatten die Kommissionen zu verstehen gegeben, daß sie an ihrer Demonstration festhalten würden. Am Ende der Begegnung mit dem COPCON erfuhr man, daß die Demonstration geduldet werden würde. So gab die MFA die Bürgschaft für die Durchführung der Demonstration. Dies ist ein höchst wichtiger Fakt, der die Kräfteverhältnisse in Portugal verändert. Die MFA ist gegenüber den



P.C. auf Distanz gegangen und hat die Demonstration einer autonomen Arbeitermacht unterstützt und dazu aufgerufen, in den nächsten Wochen den revolutionären Prozeß in Portugal zu beschleunigen.

Die Arbeiter vom linken Tajo-Ufer setzten um 18.30 Uhr nach Lissabon auf dem Kommerzplatz (Lissabon) in Blumensämen, mit Nüssen und roten

Knöpfen gingen sie hinter Spruchbändern „apartido“, wo die Namen von LISNAVE, von La Setenave, von Efficace, der nationalen Metallgesellschaft und der Fabrika Portugal etc. draufstanden. Ein nur von Arbeitern gebildeter Ordnungsdienst mit Walkie-Talkies und roten Armbändern umgab die Demonstration mit einer Körperkette. Im Hintergrund, 300 Meter vom Ufer entfernt, lag der Flugzeugträger „Saragota“ von der amerikanischen Atlantikflotte vor Anker. Angeführt von einem Jeep der Militärpolizei und einem Wagen der DSP bewegte sich die Demonstration zunächst zum Rossio-Platz. Es war Nacht geworden. Andere Delegationen schlossen sich diesem Zug an, der die Parolen der „Überbetrieblichen Versammlung“ befolgte. Der Eindruck von Macht erstaunte alle ausländischen und portugiesischen Beobachter. Sie wurde bestimmt durch das, was ein Verantwortlicher mir gegenüber als „Proletarische Disziplin“ definierte.

Dann marschieren diese tausende von Arbeitern in schnellem Gang die Champs Elysées von Lissabon hinauf, die Avenue da Liberdade. Hundert Meter vor der amerikanischen Botschaft ist die Straße von Einheiten der COPCON abgeriegelt, unter dem Befehl des Majors Jaime Neves, einem Delegierten der Hauptversammlung der MFA. Vor den mit Maschinengewehren bestückten Amphibien-Panzerwagen stehen zwei Kompanien in Waffen und Leopard-Uniform. Die MFA traut nicht der noch sehr faschistisch gebliebenen Polizei. Als die Demonstration nicht weiter als hundert Meter vor den Kommandos ankommen, ist, geht eine Art lazes Rumoren durch die Arbeitermenge: „Weiter“. Neves beschließt daraufhin, die Avenue dem Zug zu öffnen. Er befiehlt seine Truppen zurück auf eine Seite der Straße, vor die Botschaft, einhergeht auf der einen Seite von den Fallschirmjägern, auf der anderen Seite von den Panzer-Kommandos. Auf die Rufe „Nato raus, nieder mit dem Imperialismus“ folgt eisiges Schweigen.

„Die Soldaten sind die Söhne des Volkes“

Die Demonstration setzt sich zum Arbeitsministerium hin fort, die vorderen Reihen rufen: „Die Soldaten mit uns!“ Dann erhebt sich jene Szene, die einen wirklichen Eindruck vom heutigen Portugal vermittelt: die Soldaten in Leopard-Uniform, MP-Munitionsgürtel um die Brust, drehen sich um

zum Gebäude des Arbeitsministeriums und haben unter unbeschreiblichem Jubel der Menge die Fäuste. Arbeiter und Soldaten, die Fäuste gereckt, rufen gemeinsam: „Nato raus, nationale Unabhängigkeit!“ Viele Leute weinen vor Freude. Auf diese außerordentliche Episode, auf dieses Bild der Allianz, die die Grundlage des heutigen Portugal bildet und die die ungeheure Politisierung der Armee deutlich macht, folgen die Kundgebungen. Drei Arbeiter lesen Entschließungen vor, die von den Betriebsversammlungen in den Werken Corgal, Efficace, und den Dock von Setenave verabschiedet worden waren. Danach spricht ein Arbeitsloser. Der Vertreter von Setenave erklärt: „Wozu dient die Großzahl der Bonzen der Gewerkschaften und der Interessind? Sie dient dazu, Demonstrationen zu veranstalten, die die politische Position einiger Parteien stärken sollen, die Verräter an der Arbeiterklasse sind.“

Als sich der Zug auflöste, sagte ein Delegierter einer Kommission: „Dies ist ein nicht rückgängig zu machender Sieg der portugiesischen Arbeiterklasse über die reformistischen und revisionistischen Organisationen, über all die, die sich anmaßen, die Arbeiter zu vertreten.“ Ein anderer Arbeiter, Mitglied einer Kommission, nahm mich am Arm: „Was wir wollen, wir, die Arbeiter, das ist: die Macht zu nehmen. Es lebe die Arbeiterklasse!“ Es war kurz nach Mitternacht.

Übersetzung aus der Liberation vom 10.2.75

Aus einem Bericht der Arbeiterkommission des Konzerns Grupo Borges:

Im Werk Eurofil, wo die Geschäftsleitung versuchte, 300 Arbeiter zu entlassen, besetzten die Arbeiter die Werkshallen. Von der Geschäftsleitung wurde die Marine zu Hilfe gerufen. Die Matrosen kamen, aber sie verstanden die Motive der Arbeiter und verbündeten sich daraufhin mit den Besetzern und den anderen Genossen. Vereint haben sie die Entlassungen verhindert.

(Aus: COMBATE v.14.2.75)

5 JAHRE SSK

Wir drucken hier eigentlich aus Verlegenheit einen Auszug aus einem Buch, was demnächst erscheint, über den SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) ab. Aus Verlegenheit deshalb, weil einige Genossen in der Kürze der Zeit es noch nicht geschafft haben, einen ausführlichen Bericht über den SSK zu veröffentlichen, aus dem auch wirklich hervorgeht, warum es sinnvoll ist, ähnliche Aktivitäten zu entwickeln. Schließlich hat die WWA die Aufgabe, Alternativen über den Weg der Information anzugeben, die auch KONTINUIERLICHES Engagement von Genossen verlangen.

Dieser Vorabdruck, den wir dem KÖLNER VOLKSBLATT entnommen haben, soll einen Ein-

stieg in die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit auf der Ebene des ertl. Machbaren initiieren. Die Leute vom SSK haben Interesse, ihre „Art“ des Widerstandes verständlich zu machen. Einige Frankfurter Genossen, die sich mit dem SSK auseinandergesetzt haben, werden ihr Material in der nächsten WWA in einem Bericht zur Verfügung stellen. Es soll versucht werden, klarzumachen, daß ähnliche Projekte im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit der BRD möglich sein könnten.

Der SSK besteht seit 5 Jahren. 1970 als Projektgruppe für abgehauene sog. Fürsorgezöglinge, dann als Institution der Jugendhilfe und heute als Selbsthilfe junger Arbeiter und Arbeitsloser.



mit Gardinen ausgehängt, daß lauter höhlenartige Zelte entstanden waren, andere Zimmer waren mit Parolen ausgefüllt, wieder andere mit Rockersymbolen und Pornoszeichnungen. Manche dreckig, manche sauber. Auch als das Hotel für 35 Gäste mit 60 Jugendlichen belegt war, traf man nachts noch auf leere Zimmer. Alle, die kamen, wollten sobald wie möglich ein eigenes Zimmer und Arbeit suchen. Aber fast keiner ging von sich aus wieder weg. Manche schoben den Plan zum Ausziehen vor sich her wie die Entscheidung, auszuwandern. Einige, die es probiert hatten, kamen bald wieder zurück. Alle beklagten sich ständig über den ewigen Krach, über den unsäglichen Müll und Dreck, über Klauen im Haus. Die meisten kamen aber immer wieder irgendwann und sagten zum Betreuer, sie hielten es nicht mehr aus. Es war, als hätte diese Teufelskuche „Astor“ alle in ihren Bann.

Wenn ein Außenstehender nur eine halbe Stunde im „Astor“ war, begriff er nicht mehr, wie es einer nur einen Tag dort aushalten konnte. Morgens schliefen alle, wie nach einer schweren Arbeit, total erschöpft. Wenn Hausversammlung war um 11.00 Uhr, dann wurden sie von den Betreuern aus den Betten getrieben. Immer wieder wurden dieselben Probleme in die Hausversammlung gezwungen, wütend, brüllend und oft drohend verliefen die Diskussionen. Zuhilfenahme und die dahinter stehenden sozialen Probleme, Strich bei Mädchen und Jungen, Klauen, und alles unter dem Aspekt, daß das Haus dadurch gefährdet sei. Und mehr und mehr kam das Jugendamt hinein, die Polizei war ohnehin immer ein präsent Problem. Eine Lösung gab es bei den allgemeinen inneren Wohlstand natürlich nie. Den stundenlangen Druck dieser Diskussionen ließen die Jugendlichen dann in der Organisation des Hauses ab: Je tiefer die Hausversammlung in den inneren Verhältnissen gegraben hatte, um so eifriger und verbissener wurde danach

Das alles richtete sich immer voll an die Betreuer. Eine Flut von Wünschen und Forderungen nach Aufmerksamkeit, Zuwendung und Trost, Liebe und Anerkennung umspülte sie ständig, Berge von Erwartungen wurden auf sie abgeladen.

Vieles gingen die Betreuer auf, bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, doch insgesamt blieb das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn zwei oder drei Betreuer standen in den „heißen Zeiten“ abends, einer nur in den ruhigeren Zeiten morgens und nachmittags, achtzig Jugendlichen gegenüber. Das reichte kaum aus, die notwendigsten Grundregeln durchzusetzen. Als „Polisten der Hausordnung“ einen Mindestrahmen aufrechtzuerhalten, fraß unsere ganzen Kräfte auf.

Die seelischen Bedürfnisse der Jugendlichen blieben von den Betreuern daher ewigaligig unbefriedigt, und sie prallten von ihnen in die Gruppen der Jugendlichen zurück.

Die Eigenbewegung des Hauses war so stark, daß die Betreuer mit hineingelassen wurden in den Sturm aus Gewalt und Hysterie, Angst und Verzweiflung. Viele Betreuer verzweiften selber, einige gaben es auf, die meisten aber kamen von dem „Astor“ nicht los, so wenig wie die Jugendlichen. Aufrechterhalten wurde sie äußerlich vom Willen, den Kampf für die Rechte der Jugendlichen zu führen, innerlich von immer wiederkehrenden Momenten seitsamer und tiefer Geborgenheit. Oft, wenn die erschöpfte Ruhe nach dem Sturm eintrat, wurde ein Netz von Zärtlichkeit spürbar, das das ganze Haus durchzog, eine heimliche Brüderlichkeit wagte sich vor, bis an die Grenzen des Bewußtseins.



Rückblick:

Heute erst, ein Jahr danach, trauen wir uns, vorsichtig darüber nachzudenken. Immer haben wir alle ein schlechtes „wissen“ verdrängt, die Angst, was „wutungslos gewesen zu sein, weil wir die Masse von Jugendlichen nur strukturiert haben, jeder einzelne aber mit seinen Problemen alleine blieb. Inzwischen haben wir erlebt, wie Jugendliche von damals wieder auftauchen und deprimiert vor den geschlossenen „Astor“ standen, wie angesetzte Kinder. Wir haben gesehen, wie viele dauerhafte Beziehungen entstanden sind: die geblieben sind und die wiederkommen, alle haben sich verändert. Das Leben ist geblieben, vielleicht ist es jetzt einmal geringer geworden, aber es erscheint beherrschter, fester und ein Stück bewältigt.

Im Blick zurück gewinnt das „Astor“ eine tiefe Dimension, wie eine innere Revolution, ein Aufstand auf der Sklavengalerie der Gefühle, ein verzweifelter und gewalttätiger Versuch, die inneren Fesseln zu sprengen.



Ein Lastwagenunternehmen des SSK, das heute schon 5 Wohngemeinschaften mit ca. 50 Jugendlichen errichtet. Wenn Sie Sperrmüll abscholen, Möbel zu transportieren haben, einen Unzug planen oder einstrampeln wollen, rufen Sie an: 52 99 52, Roemerstr. 102 (Souterrain)

Hotel Astor - Massentherapie

Im „Astor“ und Kontaktzentrum haben wir die Straße in die Häuser gelassen.

Alle Erscheinungen des illegalen Lebens obdachloser Jugendlicher spülten in den SSK hinein: Saufen, Prostitution, Kriminalität, Rauschgift, Schlägereien. Alle dasugehörigen Folgeerscheinungen traten im „Astor“ an die Oberfläche:



Hotel Astor am Salierring

drängt. Ihre Kindheit, ihre Verhältnisse zu Haus oder im Heim. Hier im „Astor“ kam das alles schnell wieder hoch, weil die Jagd nach den materiellen Grundbedürfnissen zu Ende war. Sie konnten leben ohne weiteres seinen Schlafplatz, sein Essen und sein Taschengeld, egal, was mit ihm los war, wo er herkam, was er vorhatte. Es kamen fast erwachsene junge Männer, aus dem Knaat oder aus Heimen, auf offene Gewalttätigkeit trainiert und aufgefüllt mit gefährlicher Verzweiflung, es kamen Mädchen vom Strich und ließen in hysterischen Anfällen ihre unterdrückten Wünsche nach Familie und trautem Heim raus, es kamen Jugendliche aus Elternhäusern, grimmig entschlossen, ihr bis dahin strenges und braves Leben zu beenden, es waren welche da, die aus Irrenhäusern ausgebrochen waren und unter Medikamenteneinsatz zusammengebracht oder durchdrehten, Strichjungen hatten sich überall im Haus festgesetzt und unterließen raffiniert alle Schwellen, dann Rockertypen, die fast nie den Mund aufmachten, ein Kifferklübbchen, Kinder, seelisch „verdorben“, verkommen und mit unstillbarem Bedürfnis nach Zärtlichkeit, wie streunende Katzen.

Das alles bewegte sich durcheinander, die verschiedensten Verhaltensweisen knallten zusammen, es verging kein Tag und vor allem



keine Nacht, in der nicht ein sinnlos Betrunkener ins Haus geschleppt wurde, einer seine Zimmereinrichtung zerschlug, seine Pulsadern aufschnitt, in der nicht Eifersuchtsdramen stattfanden oder in einer Etage wilde Streitereien ausbrachen.

Dann lief immer das ganze Haus zusammen, die einen trennten die Kontrahenten, die anderen saßen sich an, die dritten gaben gute Ratschläge oder nur einfach ihre Kommentare dazu.

Betroffen waren alle, entziehen konnte sich keiner. Mit derartigen inneren Gewalt brach die angestautte Verzweiflung überall heraus, daß alle mit hineingezogen wurden.

Szenen:

Conny, aus der Irrenanstalt abgehauen, von der Mutter zurückgelesen, Besessenen auf dem Strich gelernt. Sie hat mit der Mutter telefoniert, ist danach saufen gegangen, wird ins „Astor“ geschleppt und



dreht durch. Entweder versucht sie sich die Pulsadern aufzuschneiden, aus dem Fenster zu springen oder sie schlägt die Einrichtung kaputt. Sie ist bärenstark. 3 Mann versuchen sie festzuhalten, über Stunden windet sich das Knäuel durch das Haus oder über den Bürgersteig. Wenn sie endlich schlüft oder wenn der Notarztwagen sie abholt, sind alle erschöpft, total mit den Nerven herunter, das Haus ist wie nach einer Schlacht...

Konstanz, frisch aus dem Knaat ins „Astor“ gekommen. Vorher zwei Jahre auf dem Strich, Kind im Heim. Sie hat alle zwei Wochen einen neuen Freund, jedesmal spricht sie nach ein paar Tagen von Heirat, Familie etc. Jedesmal kriegt der Typ Angst, macht Schluß und Konstanz einen Selbstmordversuch. Einmal sprang sie aus dem Fenster auf den Glaskasten über der Hoteltür, weinend, tobend, mit blutenden Handgelenken und drohte, runterspringen. Fast alle Hausbewohner standen auf dem Bürgersteig, hatten ihm mit Matrasen ausgelegt, redeten ihr zu, schimpften sie aus, tröstete und nach einer halben Stunde holte sie einer wieder runter. Als kurz darauf ein Polizeiaufgebot erschien, haben alle, wie verabredet, veruscht, wer der Urheber der „Störung“ war.

Pico Weitzel, 13 Jahre alt, frech, Kinderheim, von den wohlhabenden Adoptiveltern um 12. Mal abgehauen. Er schläft nachts nie. Er ist süchtig nach Fahrtenmessern, Sonnenbrillen, Feuerzeugen. Es ist ihm unmöglich, durch die Stadt zu gehen, ohne etwas zu klauen: Er lebt so in der Großstadt, als lebe er im Wald, in seinem Zimmer versucht er, den ganzen sinnlosen Kram zu verstecken, den er zusammensteckt. Nachts versuchen wir, ihn immer heimlich zu erwischen, wenn er sich wie ein Wiesel über die Feuerleiter und die Hinterhöfe zu seinen Raubstücken stehlen will.

Das Haus war wie eine Welt für sich. Es gab Klümmen, die Massenquartiere waren und wie Notunterkünfte aussahen: Matrasen und Kissenbecher. Es gab peinlich korrekte, kleinbürgerlich penetrante Zimmer, in einigen lebten Paare zusammen wie nach langjähriger Ehe, einen Raum hatten Kinder so



in Großfamilien das Haus gesäubert. Wie symbolisch wühlte sich ein zusehends wachsender Berg von Müll und Dreck das Treppenhäuser hinunter - Ersatzbefreiung.

Hinter diesem Psychodrama verschwanden die sozialen Probleme, Arbeit, Schule, Wohnung gerieten fast in Vergessenheit. Das Leben in dieser Hausgemeinschaft ließ keine Kraft mehr übrig, so offensichtlich, wie es sich abgespielt, blieb kaum eine Verzweiflung im Dunkel, kaum ein innerer Druck, kaum eine Grundangst konnten sich verborgen halten. Die inneren Verhältnisse der Einzelnen drängten sich nach oben. Ob die Großen sich prägelten und auf sich aufmerksam machten oder das Zimmer erschlugen, ob die Strichmädchen Heulkrämpfe kriegten, ob Pulsadern aufgeschnitten wurden oder ob die Kleinen Wasser auf die Passanten abschütteten, alle brachten ihre inneren Probleme auf diesen Weg nach draußen, wie Aufschreie nach Hilfe aus der Not.

Selbstmordversuche, Weinkrämpfe, Wutanfälle, Zusammenbrüche in allen nur denkbaren Formen.

Es gab kaum ein paar ruhige Stunden im Haus, die Einrichtung und das Haus selbst waren bald demoliert.

Wir haben die Straße in unsere Häuser gelassen und dann die Tür zugemacht.

Achtzig junge Arbeiter, gedemütigt, unterdrückt und mißhandelt, hatten plötzlich eine kleine Insel, auf der sie sich sicher fühlen konnten. Ihr Leben war bis dahin geprägt von der Jagd nach Essen, Schlafstellen, Kleidung, Zigarettens, ständig angespannt, auf der Lauer nach Chancen, aus der Mühle rauszukommen. Was vor der Straße lag, hatten die meisten ver-

Ambulanz im SSK sucht

1. Bettwäsche für Wohngemeinschaften von obdachlosen Jugendlichen.
2. Kleine Heißluft- oder Heißwassersterilisator (gebraucht) für ärztliche und zahnärztliche Instrumente. Benachrichtigungen bitte an Dr. Peter Stankowski, 5 Köln 91, Ostermeier Str. 499, Telefon 692090

Wir, die Schreiber dieses Berichts, finden es eigentlich nicht gut, wie Reporter Berichte von Kämpfen zu geben, mit denen wir keine Verbindung haben. Das bedeutet nämlich, daß viele praktisch wichtige Fragen unbeantwortet bleiben: z.B. wie ist die Besetzung vorbereitet worden? Was war früher im Betrieb los? Auf welche Weise konnten Gruppen von außen den Kampf unterstützen? Ist dieser Kampf in Zusammenhang zu sehen mit dem ungeheuren Aufschwung des Wohnungsbau in Holland? Gibt es eine verstärkte Bewegung in den Betrieben? Wie geht es jetzt weiter im Betrieb? etc.

Es ist nur eine schlechte Hilfskonstruktion, daß im Bericht und in wörtlichen Aussagen die Besetzer selber zu Wort kommen lassen.

Eine andere Frage wäre, ob die WWA noch das geeignete Organ ist, um über solche Erfahrungen zu schreiben, weil man heute nicht davon ausgehen kann, daß die WWA die Sponsoringzeit ist, die die Situation, in der sich die arbeitenden Gruppen befinden, tatsächlich widerspiegelt (Sprich Kampf).

Das ist deswegen ein Problem, weil wir glauben, daß diese Besetzung z.B. nicht nur wichtig ist für die Genossen, sondern vor allem für die Kollegen. Obwohl also dieser Artikel eine schlechte Praxis verlängert, die wir an der WWA kritisieren, schreiben wir ihn, weil sonst niemand etwas von diesem Kampf erfahren würde.

Den Bosch: Am 6.1.75 besetzten 39 Arbeiterinnen der Firma Crosland-Filter in Den Bosch ihren Betrieb. Crosland-Filter ist eine Tochterfirma von Crosland in Nottingham (England). Diese gehört wiederum zu 100 % dem englischen Lucas-Konzern. Crosland-Filter produziert Öl- und Luftfilter für Autos und Traktoren.

Die Direktion hatte die Absicht, die Produktion nach England zu verlagern, weil sie nach ihrer Meinung unrentabel geworden war: wegen zu großer Kostensteigerung und Marktenverengung. In Nottingham könne man billiger produzieren. Alleine die Verkaufsbemühung für Holland sollte erhalten bleiben.

Bei Crosland arbeiten vorwiegend Mädchen im Alter von 16-20 Jahren, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Gerade sie würden es nach ihrer Kündigung sehr schwer haben, neue Arbeit zu bekommen. Die Arbeitslosenquote in Den Bosch liegt bei 7,2 %, und die Situation bei den Konfektionseinstellern - wo sehr viele unausgebildete Mädchen arbeiten - ist sehr schlecht. Viele haben in der letzten Zeit pleite gemacht.

Im November 1974 hörten die Arbeiterinnen zum ersten Mal von den bevorstehenden Kündigungen. Die ersten bekamen die Kündigung ins Haus geschickt. Ab 1.2.75 sollte der Betrieb stillgelegt werden.

Ein Kollege schrieb daraufhin einen Bericht über die Situation bei Crosland in der Brabantse Tageszeitung und bekam sofort von der Direktion eine Urteilsurkunde angeboten. Er dürfte mit seiner Familie auf Kosten der Firma eine Zeitlang auf der Insel Texel Urlaub machen. Er lehnte aber ab und ließ seine Kollegen nicht im Stich.

Nachdem die Stilllegungpläne auch außerhalb des Betriebes bekanntgeworden waren, und eine Gruppe junger Arbeiter sofort ihre Unterstützung anbot (werkende Jugend) wollten die Arbeiterinnen genauer über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid wissen. Es wurde diskutiert ob überhaupt Regierungsunterstützung angefragt werden war, und ob die Filter in England tatsächlich billiger hergestellt werden konnten. etc. Um das rauszubekommen, riefen sie einfach das Gewerkschaftsbüro von Nottingham an und erfuhr, daß die Löhne dort sogar höher liegen, daß Männer und Frauen den gleichen Lohn erhalten und auch die Jugendlöhne merklich höher liegen als in Den Bosch. An der Auftragslage konnte es auch nicht liegen, da die Arbeiterinnen sich „aus der Nacht arbeiten“ um den Bestellungen nachzukommen.

Nach weiteren Recherchen stellte sich heraus, daß der Lucas-Konzern nur an einer zeitweisen Übersiedlung der Produktion nach England interessiert war.

In Nottingham ist nämlich die Arbeitslosenzahl besonders hoch, und die englische Regierung zahlt 1/3 der Investitionskosten, 3 Jahre lang, wenn sich ein Betrieb in diesem Raum niederläßt. Außerdem bekommt die Firma vergünstigte Kredite. Nach Ablauf dieser 3 billigen Jahre könnte die Direktion die Firma in Holland eventuell wieder eröffnen.

Die einzige Möglichkeit um die Arbeitsplätze noch zu retten, war eine Besetzung. Nach gründlicher Vorbereitung (darüber wissen wir nicht mehr) war es Montag, den 6.1.75 dann so weit. Die Direktion stand vor einer geschlossenen Tür, und die „Zweifler“ wurden im Aktionszentrum aufgefangen. Transparente wurden ausgehängt, und im Betrieb fanden Diskussionen statt. Ein Aktionskomitee wurde gewählt, Presse herbeigerufen, Forderungen aufgestellt und an die Direktion geschickt.

Die Forderungen waren:

1. Erhaltung der Arbeitsplätze. Wir wollen kein Arbeitslosengeld. Ziel unserer Aktion ist die Sicherstellung unserer Arbeitsplätze. Das gilt auch für diejenigen, denen noch nicht gekündigt wurde.

2. Lohnfortzahlung während der Besetzungszeit. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Produktion weiterlaufen, und dem Betrieb kein Schaden zugefügt werden sollte. Jeder arbeitete mit viel mehr Spaß und keiner machte krank.

Obwohl keine der Frauen gewerkschaftlich organisiert ist, nahmen sie das Angebot der Ortsverwaltung an, als Vermittler bei Verhandlungen mit der Direktion zu fungieren. Die Forderungen für das erste Gespräch waren:

1. Daß das Gespräch geführt werden soll von der Direktion Holland, der Direktion England, und den Besetzern.
2. Daß ein von den Besetzern gewähltes Aktionskomitee ihre Interessen vertritt.
3. Das Gespräch muß außerhalb des Betriebs stattfinden.

Die Diskussion fand im Gewerkschaftsraum statt.

Die Direktion unterbreitete folgendes Angebot:

1. Der Betrieb in Den Bosch könne nicht aufrechterhalten werden.
2. Finanzielle Unterstützung habe die Regierung nach Einsicht der Bücher abgelehnt.
3. Aus England wird keinerlei Unterstützung gewährt.
4. Muß die Besetzung am Mittwoch 12 Uhr abgebrochen werden, und als „Gnadengeschenk“ Löhne werden weiter bezahlt.

keine Gegenmaßnahmen gegen die Besetzer

eine unabhängige Wirtschaftsprüfung

bei deren Ergebnis müssen jeweils beide Parteien (Direktion und Besetzer) das Resultat akzeptieren.

Im Betrieb wurde das Ergebnis nochmals untereinander diskutiert und beschlossen, daß der Betrieb weiter besetzt wird.

Gemeinsam wurde ein Brief an die Direktion verfaßt, in dem sie fragten:

Erstens: Vertreten die sogenannten englischen Direktoren tatsächlich den Lucas-Konzern?

Zweitens: wollten sie Sicherheit darüber, ob Regierungsunterstützung wirklich angefragt wurde oder nicht.

Weiter stellten die Besetzerinnen fest, daß gesetzliche Maßnahmen, womit die Direktoren gedroht hatten, die Kampfkraft eher weiter verstärken würde.

Sie wurden bestärkt durch die Reaktion der öffentlichen Meinung und durch die Empfehlung des Gemeinderats von Den Bosch, den Betrieb weiterlaufen zu lassen.

Nach einer erneuten Verhandlung hatte die Direktion den Forderungen der Besetzer so weit nachgegeben:

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

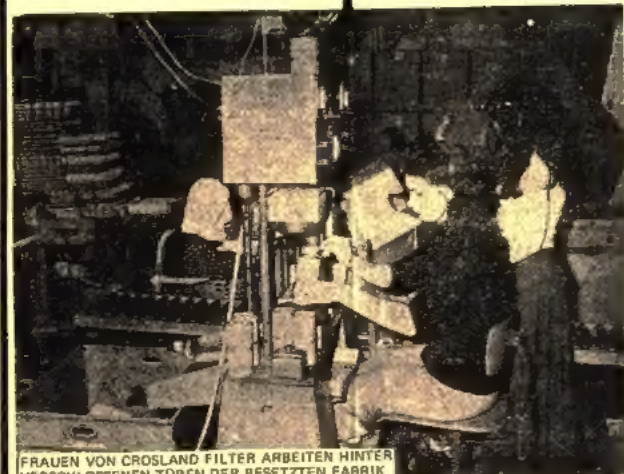
— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

— Die Kündigungen sollten zurückgenommen werden.

HOLLAND: FRAUEN VER- HINDERTEN STILLEGUNG DURCH BETRIEBS- BESETZUNG



39 ARBEITERINNEN AUS DER PRODUKTION VON CROSLAND FILTER BESETZTEN IHREN BETRIEB IN DEN BOSCH. AN DER AUSSENSEITE DES GEBÄUDES WURDEN TRANSPARENTE ANGEBRACHT, WO DRAUFSTEHT: 'Wir wollen Arbeit, keine Arbeitslosenunterstützung!!'



FRAUEN VON CROSLAND FILTER ARBEITEN HINTER VERSCHLOSSENEN TÜR DER BESETZTEN FABRIK

Keine Repressionen nach der Besetzung

Es soll die Möglichkeit einer Regierungsunterstützung geprüft werden.

Erst nach dem Resultat dieser Untersuchung können keine Kündigungen ausgesprochen werden.

Die Direktion drängte auf schnelle Entscheidung und unter diesem Druck stimmte das Aktionskomitee zu.

Ein Mitglied des Aktionskomitees interpretiert diese Entscheidung so:

„Unsere Gruppe stand unter enormen Druck und in dem Moment haben wir einen schweren Fehler gemacht: Wir sind auf die Vorschläge der Direktion eingegangen. Die Arbeiterinnen waren darüber sehr sauer, was auch verständlich war. Das einzige was du daraus lernen kannst ist, daß du bei Aktionen unheimlich aufpassen mußt, daß keine Spaltung zwischen der Verhandlungsgruppe und deinen Kollegen im Betrieb entsteht. Du darfst dir keine Verantwortung aufzwingen lassen, das wichtigste ist, sich an die Absprache mit den Kollegen zu halten und sich nicht durch Drohungen einschüchtern zu lassen. Wenn du nichts zu verlieren hast, kannst du Risiken auf dich nehmen.“

Am 9.2.75 war die Besetzung zu Ende, trotz dem ging der Kampf der Arbeiterinnen weiter. Z. B. S. wurde verhindert, daß ein Angestellter, der sich mit den Besetzerinnen solidarisiert hatte, vom Büro in der Produktion versetzt wurde. Auch das Aktionskomitee traf sich weiter und stellte fest, daß ungenügend Material vorhanden war, um längerfristig weiter produzieren zu können.

In neuen Verhandlungen bei der der Bürgermeister von Den Bosch als Vermittler diente, setzten sie schließlich durch, daß genügend Material und Ersatzteile für mindestens 3 Monate besorgt wurden, und die Arbeiterinnen Einsicht in die Bestellsbücher erhalten.

„Dit is het begin, wij gaan door met de strijd“ (dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter)

Ein paar Genossinnen des RK Offenbach

Bericht einer Besetzerin:

Wenn du zum ersten Mal eine Betriebsbesetzung miterlebst, weißt du gar nicht recht, was da auf dich zukommt. Du müßt morgens rein wie immer und dann gaaatst etwas, worauf du immer gehofft hast, daß eine Stimmung aufkommt, die sagt: Wir lassen es uns nicht mehr gefallen, wir wehren uns!

Aber am Anfang hat du schon ein bißchen Angst, weil allerhand Sachen auf dich zukommen, die du nicht gleich verarbeiten kannst, wie zum Beispiel: Was werden die Folgen sein? Was wird mit mir passieren? Wie denkt meine Familie darüber, und meine Nachbarn? Wie wird das mit dem Arbeitslosengeld sein?

Aber dann siehst du um dich herum deine Kollegen fest entschlossen „ja“ sagen zu einer Besetzung und dann weißt du, daß es eine gute Sache ist. Wenn es dann richtig spannend wird, siehst du auf einmal einige Leute, die doch deine Kollegen sind, nach Hause gehen: sie wollen nichts mit einer Besetzung zu tun haben. Du hast aber gar nicht genug Zeit, um darüber nachzudenken, weil schon wieder was passiert: die Zeitungslieferanten und Fernsehreporter stehen vor der Tür. Und ein wütender Direktor, der fristlos entlassen will. Die Telefonleitung fängt an zu glücken, alles rennt durcheinander und dann siehst du, daß die Mädchen im Betrieb ruhig weiterarbeiten. Andere Mädchen gehen durch einen geheimen Ausgang, um die Zustimmung von Vater und Mutter einzuholen. Und die scheinen alle voll hinter der Besetzung zu stehen. Eine Atmosphäre von Einheit entsteht. Du lernst einander besser kennen, besonders wenn du auch nachts im Betrieb schläfst. Wer hätte das gedacht, daß ich je in meinem Betrieb schlafen würde?

Aber es gibt auch Rückschläge. Es gibt welche, denen es manchmal schwer fällt, so eine Aktion durchzuführen: die Angst bekommen und nach Hause wollen. Aber dann kommen wieder Telegramme, Outzettel, Geschenke, Blumen und Kunden, die versichern, daß sie weiter Filter abnehmen werden und uns unterstützen; du siehst den Betrieb und die Menschen im Fernsehen. Das alles gibt dir neuen Mut weiterzumachen. Das gemeinsam improvisierte Es

Aus einem Bericht eines Mitgliedes des Aktionskomitees

Was dich am meisten ärgert, bei so einer Betriebsbesetzung: du hast immer das Gefühl, zu kämpfen für die Erhaltung eines Betriebes, der nicht den Leuten selbst gehört. Du bist immer abhängig von Menschen, die außerhalb des Betriebes über dich entscheiden.

Nun sind wir wieder abhängig vom Ergebnis der Entscheidung der Untersuchungskommission der Regierung. Gestern waren wir abhängig vom guten oder bösen Willen einiger Typen, die das Sagen haben. Nie wird dir eine Verantwortlichkeit zugestanden, du sollst nur immer auf Entscheidungen warten. Und falls wir doch noch auf die Strafe gesetzt werden, sind wir wieder vom Arbeitsmarkt abhängig.

Vielleicht haben wir mit unserem Kampf dazu beigetragen, daß die Arbeiter sich bewußt werden, daß sie erst dann über ihre eigenen Angelegenheiten bestimmen können, wenn die Betriebe in ihren Händen sind.

Man gibt dir das Gefühl, daß ein ganzer Haufen Leute den festen Willen haben, das Beste herauszuholen.

Am zweiten Tag wird es schwierig: Der Schwung ist etwas weg... es gibt ein bißchen Panik. Es wird viel geredet, um wieder Schwung reinzubringen, aber das ist schwierig, weil auf einmal die Produktion nicht weitergeht. Nach außen hin ist davon nichts zu bemerken. Sobald alle wieder etwas am Arbeiten sind, geht die Stimmung wieder aufwärts... Das schlimmste an einer Besetzung ist, daß soviel geschieht, daß es für jeden einzelnen immer schwieriger wird durchzublicken...

Am dritten Tag kriegt du Sehnsucht nach Hause. Du hast die Empfindung, daß du schon ein Jahr lang am Besetzen bist und kein Ende abzumehen ist. Und wieder diese Spannungen: einer riskiert seine Gesundheit für die Besetzung; ein anderer will abspringen. Kurz darauf eine „Ablenkung“. Ein paar Verwickelte stehen auf der Straße und demonstrieren in aller Einsamkeit mit bemalten Schildern, auf denen steht: Gemeinsam sind wir stärker.

Jeder fühlt, daß die Besetzung auf ihren Höhepunkt zugeht. Es muß unbedingt etwas geschehen. Als einige zu der Verhandlung gehen, wird die Stimmung wieder gereizt. Ob die es wohl richtig machen? Werden sie sich unter den Tisch raden lassen oder werden sie daran denken, daß die Leute im Betrieb gespannt auf ihre Rückkehr warten?

Dann kommt der Höhepunkt. Dinge geschehen, die eine Verschärfung des Kampfes bedeuten können. Wieder wird hin- und herübergelegt: das Aktionskomitee wird nervös und kommt sehr abgespannt zurück. Man kann ihnen ansehen, daß sie ganz schön in die Zange genommen worden sind. Was willst du denn? Ein paar Bosse, deren tägliche Job es ist, Besprechungen abzuhalten und auf der 11. Seite einige junge Leute, die daran nicht gewöhnt sind, vor allem so lange an einem Stück. Du findest es so wie so, daß die hohen Herren alle mit uns sprechen wollen. Da muß also doch wohl eine Kraft von der Besetzung ausgehen.

Dann: endlich haben wir etwas erreicht. Wir haben soviel erreicht wie wir im Moment konnten. Aber ist es das Ende des Kampfes?

ARBEITSLOSEN - BROSCHÜRE

Einige Genossen haben gemeinsam mit arbeitslosen Emigranten eine „Arbeitslosen-Broschüre“ über die Rechte, die man beim Arbeitsamt und anderen Ämtern hat, über die Tricks, die die Behörden anwenden, und über einige Erfahrungen, wie man was dagegen machen kann, zusammengestellt. Der Text der Broschüre ist in 6 Sprachen übersetzt: spanisch, italienisch, griechisch, türkisch, arabisch und französisch. Sie ist so lang, um sie hier ganz abzu- drucken. Damit ein bisschen klar wird, was in der Broschüre steht, drucken wir hier die Einleitung und zwei Beispiele aus dem Text aus.

Wer will, kann sie bestellen bei: Karl Marx Buch- handlung, 6 Frankfurt, Jordanstr. 12. Die Broschüre (alle Sprachen, also auch deutsch, sind in einem Heft) kostet 1,60 DM.

Einleitung

Diese Broschüre soll ein Beitrag zum Kleinkrieg der Arbeiter gegen die Krise sein. Die Arbeitslosigkeit soll Angst und Verzweiflung schaffen; ein paar Informationen und gemeinsames Handeln sind ein kleiner Schritt des Widerstandes. Diese Broschüre ist geschrieben von arbeitslosen und noch arbeitenden Kollegen, die sich vor Weltnot in einer multinationalen Arbeiterversammlung getroffen haben, um gemeinsam zu überlegen, wie wir uns gegen Entlassungen wehren, uns als Arbeitslose gegenseitig helfen und organisieren können.

Die Broschüre ist gerichtet an Kollegen, die sich in der Fabrik gewährt haben und jetzt nicht von ein paar Arbeitsamtbeamten klein gemacht werden wollen - Kollegen in der Fabrik, für die die Solidarität nicht am Fabrikator aufhört.

Mit Entlassungen, Arbeitslosigkeit versuchen die Unternehmer den Widerstand, der sich in den Fabriken seit 1989 neu formiert hat, zu zerschlagen. Angst und Unsicherheit zu produzieren, Disziplin und Arbeitsstopp zu steigern und damit die totale Macht des Kapitals wieder herzustellen.

Auf der anderen Seite existiert auch eine Angst vor der Radikalisierung der Arbeitslosigkeit. Die Kampfa organisiert Arbeitslose und die Arbeiterbewegung in Deutschland hat minimale Rechte für Arbeitslose durchgesetzt (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenrente). Aber das betreffende Gesetz, das Arbeitslosenordnung ist nicht das der Arbeiterbewegung, die Arbeitslosen sind nicht von uns verworfen. Was wir brauchen ist voller Lohn, ob Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit. Wir müssen schließlich leben, hohe Preise zahlen und das nicht auf Kredit, um nach der Arbeitslosigkeit abbezahlen zu müssen oder abgesprochen zu werden. Solange aber der garantierte Lohn nicht durchgesetzt ist, gilt es, wenigstens die Rechte, die wir auf dem Papier schon haben, jeden Tag zu erkämpfen und zu erweitern. Dazu müssen wir diese Rechte kennen, auch die Tricks der Bürokraten. Dazu diese Broschüre.

Wir sind auch bereit, mit Kollegen gemeinsam in Arbeitsamt zu gehen. Daß wir gemeinsam mehr schneller erreichen, dafür gibt es Beispiele genug. Es ist wichtig, sich in Gruppen zu organisieren, um nicht allein zur Stammnummer degradiert und fertig gemacht zu werden.

Früher traf man sich beim „Stempeln“ auf dem Arbeitsamt und erfährt dort den einen oder anderen Tip. Durch das Überweisen ist das vorbei, jeder sitzt allein zuhause. Auch die Gewerkschaften machen nichts für die arbeitslosen Kollegen, gegen die ausländischen betreiben sie sogar eine bewusste Politik - sie spalten, statt Einheit herzustellen. Deshalb müssen wir versuchen, uns mit den ausländischen Kollegen gemeinsam zu organisieren und vom Arbeitsamt und von der Gewerkschaft die Gleichbehandlung zu erzwingen.

Die Arbeitslosigkeit trifft aber nicht nur die, die auf der Straße sitzen, sondern mit ihr werden die Löhne gedrückt, soll die Fabrikdisziplin wiederhergestellt werden, das Arbeitsstopp gestoppt. Der Gebrauch dieses Instruments durch die Unternehmer kann nur durch gemeinsamen Kampf auf der Straße und in der Fabrik gestoppt werden. Stück zahlen nicht erhöhen lassen, Überstunden vermeiden, weiter abgesprochen krank machen sind echte Möglichkeiten, weitere Entlassungen zu verhindern. Fordert die Betriebsräte auf, keine Entlassungen zu unterschreiben, denn Entlassungen sind Sache der Unternehmer und bedürfen nicht der Zustimmung der „Kollegen“. Keine Entlassung ausländischer Kollegen, denn das bedeutet wie jede andere Entlassung für die anderen mehr Arbeit bei weniger Lohn.

Und wenn schon weniger Arbeit da ist, kann doch die Arbeitszeit verkürzt werden, bei Lohnausgleich, das das geht, zeigen die Unternehmen mit der Kurzarbeit selbst.

Und wenn man schon entlassen wird, dann kann man dagegen klagen. Auch wenn die Rechtsstellung der Gewerkschaft oft die Vertretung nicht übernehmen will, besonders bei ausländischen Kollegen, geht mit mehreren Kollegen zur Gewerkschaft und winkt mit den Mitgliedsbüchern, denn ist die Rechtslage oft plötzlich ganz anders.

Wir haben hier eine Broschüre, die nicht politische Parolen verkündet, sondern praktische Tipps für Entlassene gibt. Denn wir wollen nicht ein „Recht auf Arbeit“ verkünden, das in der heutigen Situation nur mehr Arbeit bedeuten würde. Wir wollen keine Überstunden, selbst sechs Stunden täglich würden uns reichen, wir wollen keine Entlassungen, denn Entlassungen bedeuten für die Kollegen in der Fabrik mehr Arbeitslast, weniger Zeit für sich selber bedeutet Zerstörung von Lebens- und Kampfzusammenhängen, die wir brauchen, um im Betrieb aus- halten zu können.

Deutsche Fabrik in Portugal besetzt

LISABON, 14. Februar (döp). Die Arbeiter einer bundesdeutschen Schuhfabrik in Sao-Joao de Modesta bei Porto haben die Fabrikgebäude besetzt. Wie heute von den örtlichen Behörden gemeldet wurde, warfen die Arbeiter der Betriebsleitung „Wirtschaftsab- tagen“ vor. Durch die Verlagerung von Maschinen in andere Fabriken würde Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Nach un- bestätigten Meldungen sei für das Werk der Kontinuierlichkeit gestellt. Die Betriebsleitung soll in die Bundesrepublik abgereist sein.

IST
DA

Beispiel aus der Broschüre.

Sperfristen

Sperfristen von vier Wochen kriegt man bei einer „selbstverschuldeten“ Kündigung, das heißt, fast immer, denn im Sinne des Arbeitsamts ist fast alles eigene Schuld.

Sobald bei Erhalt des Sperfristscheides schriftlichen Widerspruch einlegen! In diesem Schreiben begründet man, was man rausgeworfen hat, weil auf das Arbeitsgerichtsverfahren hin und beantragt eine vorläufige Auszahlung (Vorschub), manchmal klappe.

Außerdem gibt's Sperfristen bei einer vom Arbeitsamt angebotenen „zumutbaren“ Arbeit. „Zumutbar“ ist ein Gummibegriff, aber z. B. sehr lange und schwierige Arbeitszeiten und eine ganz andere Arbeit sind nicht zumutbar.

Achtung: Wer nach der Kündigung als Fabrikarbeiter eine neue Stelle als Putzfrau annimmt, hat bei erneuter Arbeitslosigkeit keinen Anspruch mehr auf eine Stelle als Fabrikarbeiter. (Oder vom Schweißer zum Lagerarbeiter.) Daher: Keine schlechte Arbeit annehmen!

Über die „Zumutbarkeit“ kann man nur auf dem Arbeitsamt verhandeln und sagen, die Stelle wolle man nicht. Wenn die beige (hellbraune) Vermittlungskarte erst ausgefüllt ist, kann man nichts mehr machen. Dann muß man beim Arbeitgeber dafür sorgen, daß man nicht genommen wird, wenn man nicht will. Sei es, daß man kein Deutsch versteht, oder dumm ist, sei es, daß man alle paar Monate die Stelle wechselt, sowieso keine Lust hat, man muß es dem Arbeitgeber nur sagen, man darf nicht vergessen, zu sagen, daß man natürlich die Arbeit nehmen wird, weil man ja muß. Hier kann man sich viel einfalten lassen.

Beim Sozialamt

Wer noch kein Geld vom Arbeitsamt hat oder weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe beanspruchen kann, der kann Sozialhilfe beantragen. Allerdings muß man als Nicht-EWG-Angeböriger vorsichtig sein, denn diese Unterstützung wird der Ausländerpolizei gemeldet. Es ist aber trotzdem möglich, von dort Geld zu kriegen. Die Schwierigkeiten und Gefahren dabei sollte man in einer Gruppe diskutieren und dann gemeinsam entscheiden. Alleine sollte man jedoch die Finger davon lassen.

Dieser Teil erscheint nur in türkisch, griechisch, spanisch und arabisch, da diese nicht EWG.

Bei Kündigungen

Man sollte auch vor der Kündigung nichts unterschreiben, was nicht unmittelbar zum Arbeitsvertrag gehört. Einer der beliebtesten Kündigungsgründe großer Firmen ist es, vor dem Urlaub von Ausländern Erklärungen unterschreiben zu lassen, daß sie mit einer Kündigung einverstanden sind, falls sie zu spät vom Urlaub zurückkommen. Andere Firmen legen ähnliche Erklärungen vor, daß man bei der nächsten längeren Krankheit oder Verspätung oder einfach bei „schlechter Arbeitsleistung“ mit der Kündigung einverstanden ist, so was darf man und muß man auch nicht unterschreiben. Es gibt Fälle, bei denen nach dem Urlaub von denen, die zu spät zurückgekehrt wären, diejenigen entlassen wurden, die unterschrieben hatten und die anderen, die sich geweigert hatten, jetzt noch arbeiten.

Ein weiterer Trick wird bei Frauen angewandt (Meistens vom Arbeitsamt, das sich um die Zahlungen drücken will): Wenn die betreffende Frau Kind hat, und nicht nachweisen kann, daß jemand die Kinder während der Arbeitszeit beaufsichtigt, gilt sie als „arbeitsunfähig“, und kann aus diesem Grund gekündigt werden oder von Unterstützungsleistungen des Arbeitsamts ausgeschlossen werden. Gegenmittel: Man bringt eine Bescheinigung bei, daß sich die Großmutter oder die Nachbarin um das Kind kümmert.

Frau eines Arbeitslosen erhängt sich nach Diebstahl

GRAZENAU, 12. Februar (AP). Eine 34jährige Hausfrau und Mutter dreier Kinder aus Oberkurburg im Landkreis Freyung-Grafenau hat sich das Leben genommen, weil sie in einem Kaufhaus beim Diebstahl erfaßt worden war. Wirtschaftliche Schwierigkeiten - ihr Mann ist seit vier Monaten arbeitslos - und das Gerüchte der Leute über ihre Tat trieben sie in den Tod. Die Familie hatte mit 700 Mark Arbeitslosengeld nicht mehr ihr Ausgehen bestreiten können; zum klärenden Bedarf waren noch Raten für ein gekauftes Haus hinzugekommen. Als Kleidung für die Kinder und Bettwäsche dringend nötig wurden, entwendete die Frau Textilien im Wert von 600 Mark. Drei Tage später erhängte sie sich in einem Abschiedsbrief schrieb sie: „Ich kann mit der Schande nicht länger leben.“

In Frankfurt gibt es eine Gruppe arbeitsloser Arbeiter, die regelmäßig trifft. Diese Gruppe hat eine ausführliche Informations- schrift zusammengestellt, die auf die bestehenden Probleme arbeitsloser Arbeiter und Studenten und Sozialisten hinweist. Wie die Schrift haben wir die erste in die WMA, die 2. in die WMA, die 3. in die WMA, die 4. in die WMA, die 5. in die WMA, die 6. in die WMA, die 7. in die WMA, die 8. in die WMA, die 9. in die WMA, die 10. in die WMA, die 11. in die WMA, die 12. in die WMA, die 13. in die WMA, die 14. in die WMA, die 15. in die WMA, die 16. in die WMA, die 17. in die WMA, die 18. in die WMA, die 19. in die WMA, die 20. in die WMA, die 21. in die WMA, die 22. in die WMA, die 23. in die WMA, die 24. in die WMA, die 25. in die WMA, die 26. in die WMA, die 27. in die WMA, die 28. in die WMA, die 29. in die WMA, die 30. in die WMA, die 31. in die WMA, die 32. in die WMA, die 33. in die WMA, die 34. in die WMA, die 35. in die WMA, die 36. in die WMA, die 37. in die WMA, die 38. in die WMA, die 39. in die WMA, die 40. in die WMA, die 41. in die WMA, die 42. in die WMA, die 43. in die WMA, die 44. in die WMA, die 45. in die WMA, die 46. in die WMA, die 47. in die WMA, die 48. in die WMA, die 49. in die WMA, die 50. in die WMA, die 51. in die WMA, die 52. in die WMA, die 53. in die WMA, die 54. in die WMA, die 55. in die WMA, die 56. in die WMA, die 57. in die WMA, die 58. in die WMA, die 59. in die WMA, die 60. in die WMA, die 61. in die WMA, die 62. in die WMA, die 63. in die WMA, die 64. in die WMA, die 65. in die WMA, die 66. in die WMA, die 67. in die WMA, die 68. in die WMA, die 69. in die WMA, die 70. in die WMA, die 71. in die WMA, die 72. in die WMA, die 73. in die WMA, die 74. in die WMA, die 75. in die WMA, die 76. in die WMA, die 77. in die WMA, die 78. in die WMA, die 79. in die WMA, die 80. in die WMA, die 81. in die WMA, die 82. in die WMA, die 83. in die WMA, die 84. in die WMA, die 85. in die WMA, die 86. in die WMA, die 87. in die WMA, die 88. in die WMA, die 89. in die WMA, die 90. in die WMA, die 91. in die WMA, die 92. in die WMA, die 93. in die WMA, die 94. in die WMA, die 95. in die WMA, die 96. in die WMA, die 97. in die WMA, die 98. in die WMA, die 99. in die WMA, die 100. in die WMA, die 101. in die WMA, die 102. in die WMA, die 103. in die WMA, die 104. in die WMA, die 105. in die WMA, die 106. in die WMA, die 107. in die WMA, die 108. in die WMA, die 109. in die WMA, die 110. in die WMA, die 111. in die WMA, die 112. in die WMA, die 113. in die WMA, die 114. in die WMA, die 115. in die WMA, die 116. in die WMA, die 117. in die WMA, die 118. in die WMA, die 119. in die WMA, die 120. in die WMA, die 121. in die WMA, die 122. in die WMA, die 123. in die WMA, die 124. in die WMA, die 125. in die WMA, die 126. in die WMA, die 127. in die WMA, die 128. in die WMA, die 129. in die WMA, die 130. in die WMA, die 131. in die WMA, die 132. in die WMA, die 133. in die WMA, die 134. in die WMA, die 135. in die WMA, die 136. in die WMA, die 137. in die WMA, die 138. in die WMA, die 139. in die WMA, die 140. in die WMA, die 141. in die WMA, die 142. in die WMA, die 143. in die WMA, die 144. in die WMA, die 145. in die WMA, die 146. in die WMA, die 147. in die WMA, die 148. in die WMA, die 149. in die WMA, die 150. in die WMA, die 151. in die WMA, die 152. in die WMA, die 153. in die WMA, die 154. in die WMA, die 155. in die WMA, die 156. in die WMA, die 157. in die WMA, die 158. in die WMA, die 159. in die WMA, die 160. in die WMA, die 161. in die WMA, die 162. in die WMA, die 163. in die WMA, die 164. in die WMA, die 165. in die WMA, die 166. in die WMA, die 167. in die WMA, die 168. in die WMA, die 169. in die WMA, die 170. in die WMA, die 171. in die WMA, die 172. in die WMA, die 173. in die WMA, die 174. in die WMA, die 175. in die WMA, die 176. in die WMA, die 177. in die WMA, die 178. in die WMA, die 179. in die WMA, die 180. in die WMA, die 181. in die WMA, die 182. in die WMA, die 183. in die WMA, die 184. in die WMA, die 185. in die WMA, die 186. in die WMA, die 187. in die WMA, die 188. in die WMA, die 189. in die WMA, die 190. in die WMA, die 191. in die WMA, die 192. in die WMA, die 193. in die WMA, die 194. in die WMA, die 195. in die WMA, die 196. in die WMA, die 197. in die WMA, die 198. in die WMA, die 199. in die WMA, die 200. in die WMA, die 201. in die WMA, die 202. in die WMA, die 203. in die WMA, die 204. in die WMA, die 205. in die WMA, die 206. in die WMA, die 207. in die WMA, die 208. in die WMA, die 209. in die WMA, die 210. in die WMA, die 211. in die WMA, die 212. in die WMA, die 213. in die WMA, die 214. in die WMA, die 215. in die WMA, die 216. in die WMA, die 217. in die WMA, die 218. in die WMA, die 219. in die WMA, die 220. in die WMA, die 221. in die WMA, die 222. in die WMA, die 223. in die WMA, die 224. in die WMA, die 225. in die WMA, die 226. in die WMA, die 227. in die WMA, die 228. in die WMA, die 229. in die WMA, die 230. in die WMA, die 231. in die WMA, die 232. in die WMA, die 233. in die WMA, die 234. in die WMA, die 235. in die WMA, die 236. in die WMA, die 237. in die WMA, die 238. in die WMA, die 239. in die WMA, die 240. in die WMA, die 241. in die WMA, die 242. in die WMA, die 243. in die WMA, die 244. in die WMA, die 245. in die WMA, die 246. in die WMA, die 247. in die WMA, die 248. in die WMA, die 249. in die WMA, die 250. in die WMA, die 251. in die WMA, die 252. in die WMA, die 253. in die WMA, die 254. in die WMA, die 255. in die WMA, die 256. in die WMA, die 257. in die WMA, die 258. in die WMA, die 259. in die WMA, die 260. in die WMA, die 261. in die WMA, die 262. in die WMA, die 263. in die WMA, die 264. in die WMA, die 265. in die WMA, die 266. in die WMA, die 267. in die WMA, die 268. in die WMA, die 269. in die WMA, die 270. in die WMA, die 271. in die WMA, die 272. in die WMA, die 273. in die WMA, die 274. in die WMA, die 275. in die WMA, die 276. in die WMA, die 277. in die WMA, die 278. in die WMA, die 279. in die WMA, die 280. in die WMA, die 281. in die WMA, die 282. in die WMA, die 283. in die WMA, die 284. in die WMA, die 285. in die WMA, die 286. in die WMA, die 287. in die WMA, die 288. in die WMA, die 289. in die WMA, die 290. in die WMA, die 291. in die WMA, die 292. in die WMA, die 293. in die WMA, die 294. in die WMA, die 295. in die WMA, die 296. in die WMA, die 297. in die WMA, die 298. in die WMA, die 299. in die WMA, die 300. in die WMA, die 301. in die WMA, die 302. in die WMA, die 303. in die WMA, die 304. in die WMA, die 305. in die WMA, die 306. in die WMA, die 307. in die WMA, die 308. in die WMA, die 309. in die WMA, die 310. in die WMA, die 311. in die WMA, die 312. in die WMA, die 313. in die WMA, die 314. in die WMA, die 315. in die WMA, die 316. in die WMA, die 317. in die WMA, die 318. in die WMA, die 319. in die WMA, die 320. in die WMA, die 321. in die WMA, die 322. in die WMA, die 323. in die WMA, die 324. in die WMA, die 325. in die WMA, die 326. in die WMA, die 327. in die WMA, die 328. in die WMA, die 329. in die WMA, die 330. in die WMA, die 331. in die WMA, die 332. in die WMA, die 333. in die WMA, die 334. in die WMA, die 335. in die WMA, die 336. in die WMA, die 337. in die WMA, die 338. in die WMA, die 339. in die WMA, die 340. in die WMA, die 341. in die WMA, die 342. in die WMA, die 343. in die WMA, die 344. in die WMA, die 345. in die WMA, die 346. in die WMA, die 347. in die WMA, die 348. in die WMA, die 349. in die WMA, die 350. in die WMA, die 351. in die WMA, die 352. in die WMA, die 353. in die WMA, die 354. in die WMA, die 355. in die WMA, die 356. in die WMA, die 357. in die WMA, die 358. in die WMA, die 359. in die WMA, die 360. in die WMA, die 361. in die WMA, die 362. in die WMA, die 363. in die WMA, die 364. in die WMA, die 365. in die WMA, die 366. in die WMA, die 367. in die WMA, die 368. in die WMA, die 369. in die WMA, die 370. in die WMA, die 371. in die WMA, die 372. in die WMA, die 373. in die WMA, die 374. in die WMA, die 375. in die WMA, die 376. in die WMA, die 377. in die WMA, die 378. in die WMA, die 379. in die WMA, die 380. in die WMA, die 381. in die WMA, die 382. in die WMA, die 383. in die WMA, die 384. in die WMA, die 385. in die WMA, die 386. in die WMA, die 387. in die WMA, die 388. in die WMA, die 389. in die WMA, die 390. in die WMA, die 391. in die WMA, die 392. in die WMA, die 393. in die WMA, die 394. in die WMA, die 395. in die WMA, die 396. in die WMA, die 397. in die WMA, die 398. in die WMA, die 399. in die WMA, die 400. in die WMA, die 401. in die WMA, die 402. in die WMA, die 403. in die WMA, die 404. in die WMA, die 405. in die WMA, die 406. in die WMA, die 407. in die WMA, die 408. in die WMA, die 409. in die WMA, die 410. in die WMA, die 411. in die WMA, die 412. in die WMA, die 413. in die WMA, die 414. in die WMA, die 415. in die WMA, die 416. in die WMA, die 417. in die WMA, die 418. in die WMA, die 419. in die WMA, die 420. in die WMA, die 421. in die WMA, die 422. in die WMA, die 423. in die WMA, die 424. in die WMA, die 425. in die WMA, die 426. in die WMA, die 427. in die WMA, die 428. in die WMA, die 429. in die WMA, die 430. in die WMA, die 431. in die WMA, die 432. in die WMA, die 433. in die WMA, die 434. in die WMA, die 435. in die WMA, die 436. in die WMA, die 437. in die WMA, die 438. in die WMA, die 439. in die WMA, die 440. in die WMA, die 441. in die WMA, die 442. in die WMA, die 443. in die WMA, die 444. in die WMA, die 445. in die WMA, die 446. in die WMA, die 447. in die WMA, die 448. in die WMA, die 449. in die WMA, die 450. in die WMA, die 451. in die WMA, die 452. in die WMA, die 453. in die WMA, die 454. in die WMA, die 455. in die WMA, die 456. in die WMA, die 457. in die WMA, die 458. in die WMA, die 459. in die WMA, die 460. in die WMA, die 461. in die WMA, die 462. in die WMA, die 463. in die WMA, die 464. in die WMA, die 465. in die WMA, die 466. in die WMA, die 467. in die WMA, die 468. in die WMA, die 469. in die WMA, die 470. in die WMA, die 471. in die WMA, die 472. in die WMA, die 473. in die WMA, die 474. in die WMA, die 475. in die WMA, die 476. in die WMA, die 477. in die WMA, die 478. in die WMA, die 479. in die WMA, die 480. in die WMA, die 481. in die WMA, die 482. in die WMA, die 483. in die WMA, die 484. in die WMA, die 485. in die WMA, die 486. in die WMA, die 487. in die WMA, die 488. in die WMA, die 489. in die WMA, die 490. in die WMA, die 491. in die WMA, die 492. in die WMA, die 493. in die WMA, die 494. in die WMA, die 495. in die WMA, die 496. in die WMA, die 497. in die WMA, die 498. in die WMA, die 499. in die WMA, die 500. in die WMA, die 501. in die WMA, die 502. in die WMA, die 503. in die WMA, die 504. in die WMA, die 505. in die WMA, die 506. in die WMA, die 507. in die WMA, die 508. in die WMA, die 509. in die WMA, die 510. in die WMA, die 511. in die WMA, die 512. in die WMA, die 513. in die WMA, die 514. in die WMA, die 515. in die WMA, die 516. in die WMA, die 517. in die WMA, die 518. in die WMA, die 519. in die WMA, die 520. in die WMA, die 521. in die WMA, die 522. in die WMA, die 523. in die WMA, die 524. in die WMA, die 525. in die WMA, die 526. in die WMA, die 527. in die WMA, die 528. in die WMA, die 529. in die WMA, die 530. in die WMA, die 531. in die WMA, die 532. in die WMA, die 533. in die WMA, die 534. in die WMA, die 535. in die WMA, die 536. in die WMA, die 537. in die WMA, die 538. in die WMA, die 539. in die WMA, die 540. in die WMA, die 541. in die WMA, die 542. in die WMA, die 543. in die WMA, die 544. in die WMA, die 545. in die WMA, die 546. in die WMA, die 547. in die WMA, die 548. in die WMA, die 549. in die WMA, die 550. in die WMA, die 551. in die WMA, die 552. in die WMA, die 553. in die WMA, die 554. in die WMA, die 555. in die WMA, die 556. in die WMA, die 557. in die WMA, die 558. in die WMA, die 559. in die WMA, die 560. in die WMA, die 561. in die WMA, die 562. in die WMA, die 563. in die WMA, die 564. in die WMA, die 565. in die WMA, die 566. in die WMA, die 567. in die WMA, die 568. in die WMA, die 569. in die WMA, die 570. in die WMA, die 571. in die WMA, die 572. in die WMA, die 573. in die WMA, die 574. in die WMA, die 575. in die WMA, die 576. in die WMA, die 577. in die WMA, die 578. in die WMA, die 579. in die WMA, die 580. in die WMA, die 581. in die WMA, die 582. in die WMA, die 583. in die WMA, die 584. in die WMA, die 585. in die WMA, die 586. in die WMA, die 587. in die WMA, die 588. in die WMA, die 589. in die WMA, die 590. in die WMA, die 591. in die WMA, die 592. in die WMA, die 593. in die WMA, die 594. in die WMA, die 595. in die WMA, die 596. in die WMA, die 597. in die WMA, die 598. in die WMA, die 599. in die WMA, die 600. in die WMA, die 601. in die WMA, die 602. in die WMA, die 603. in die WMA, die 604. in die WMA, die 605. in die WMA, die 606. in die WMA, die 607. in die WMA, die 608. in die WMA, die 609. in die WMA, die 610. in die WMA, die 611. in die WMA, die 612. in die WMA, die 613. in die WMA, die 614. in die WMA, die 615. in die WMA, die 616. in die WMA, die 617. in die WMA, die 618. in die WMA, die 619. in die WMA, die 620. in die WMA, die 621. in die WMA, die 622. in die WMA, die 623. in die WMA, die 624. in die WMA, die 625. in die WMA, die 626. in die WMA, die 627. in die WMA, die 628. in die WMA, die 629. in die WMA, die 630. in die WMA, die 631. in die WMA, die 632. in die WMA, die 633. in die WMA, die 634. in die WMA, die 635. in die WMA, die 636. in die WMA, die 637. in die WMA, die 638. in die WMA, die 639. in die WMA, die 640. in die WMA, die 641. in die WMA, die 642. in die WMA, die 643. in die WMA, die 644. in die WMA, die 645. in die WMA, die 646. in die WMA, die 647. in die WMA, die 648. in die WMA, die 649. in die WMA, die 650. in die WMA, die 651. in die WMA, die 652. in die WMA, die 653. in die WMA, die 654. in die WMA, die 655. in die WMA, die 656. in die WMA, die 657. in die WMA, die 658. in die WMA, die 659. in die WMA, die 660. in die WMA, die 661. in die WMA, die 662. in die WMA, die 663. in die WMA, die 664. in die WMA, die 665. in die WMA, die 666. in die WMA, die 667. in die WMA, die 668. in die WMA, die 669. in die WMA, die 670. in die WMA, die 671. in die WMA, die 672. in die WMA, die 673. in die WMA, die 674. in die WMA, die 675. in die WMA, die 676. in die WMA, die 677. in die WMA, die 678. in die WMA, die 679. in die WMA, die 680. in die WMA, die 681. in die WMA, die 682. in die WMA, die 683. in die WMA, die 684. in die WMA, die 685. in die WMA, die 686. in die WMA, die 687. in die WMA, die 688. in die WMA, die 689. in die WMA, die 690. in die WMA, die 691. in die WMA, die 692. in die WMA, die 693. in die WMA, die 694. in die WMA, die 695. in die WMA, die 696. in die WMA, die 697. in die WMA, die 698. in die WMA, die 699. in die WMA, die 700. in die WMA, die 701. in die WMA, die 702. in die WMA, die 703. in die WMA, die 704. in die WMA, die 705. in die WMA, die 706. in die WMA, die 707. in die WMA, die 708. in die WMA, die 709. in die WMA, die 710. in die WMA, die 711. in die WMA, die 712. in die WMA, die 713. in die WMA, die 714. in die WMA, die 715. in die WMA, die 716. in die WMA, die 717. in die WMA, die 718. in die WMA, die 719. in die WMA, die 720. in die WMA, die 721. in die WMA, die 722. in die WMA, die 723. in die WMA, die 724. in die WMA, die 725. in die WMA, die 726. in die WMA, die 727. in die WMA, die 728. in die WMA, die 729. in die WMA, die 730. in die WMA, die 731. in die WMA, die 732. in die WMA, die 733. in die WMA, die 734. in die WMA, die 735. in die WMA, die 736. in die WMA, die 737. in die WMA, die 738. in die WMA, die 739. in die WMA, die 740. in die WMA, die 741. in die WMA, die 742. in die WMA, die 743. in die WMA, die 744. in die WMA, die 745. in die WMA, die 746. in die WMA, die 747. in die WMA, die 748. in die WMA, die 749. in die WMA, die 750. in die WMA, die 751. in die WMA, die 752. in die WMA, die 753. in die WMA, die 754. in die WMA, die 755. in die WMA, die 756. in die WMA, die 757. in die WMA, die 758. in die WMA, die 759. in die WMA, die 760. in die WMA, die 761. in die WMA, die 762. in die WMA, die 763. in die WMA, die 764. in die WMA, die 765. in die WMA, die 766. in die WMA, die 767. in die WMA, die 768. in die WMA, die 769. in die WMA, die 770. in die WMA, die 771. in die WMA, die 772. in die WMA, die 773. in die WMA, die 774. in die WMA, die 775. in die WMA, die 776. in die WMA, die 777. in die WMA, die 778. in die WMA, die 779. in die WMA, die 780. in die WMA, die 781. in die WMA, die 782. in die WMA, die 783. in die WMA, die 784. in die WMA, die 785. in die WMA, die 786. in die WMA, die 787. in die WMA, die 788. in die WMA, die 789. in die WMA, die 790. in die WMA, die 791. in die WMA, die 792. in die WMA, die 793. in die WMA, die 794. in die WMA, die 795. in die WMA, die 796. in die WMA, die 797. in die WMA, die 798. in die WMA, die 799. in die WMA, die 800. in die WMA, die 801. in die WMA, die 802. in die WMA, die 803. in die WMA, die 804. in die WMA, die 805. in die WMA, die 806. in die WMA, die 807. in die WMA, die 808. in die WMA, die 809. in die WMA, die 810. in die WMA, die 811. in die WMA, die 812. in die WMA, die 813. in die WMA, die 814. in die WMA, die 815. in die WMA, die 816. in die W